



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1958

Samstag, den 27. September 1958

Nr. 39

INHALT

Der Hessische Ministerpräsident	
Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik	1145
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1146
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes	1146
Der Hessische Minister des Innern	
Arbeitserlaubnispflicht für ausländische Angestellte, deren Jahresverdienst die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht übersteigt	1146
Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Deutsche im Reiseverkehr mit Argentinien	1146
Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugendschöffen	1147
Beschaffung von Filmkopien für die Jugendarbeit aus dem 9. Bundesjugendplan	1147
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Johannisberg im Rheingaukreis	1147
Richtlinien für die Heranziehung Unterhaltspflichtiger im Rahmen der öffentlichen Fürsorge	1147
Der Hessische Minister der Finanzen	
Abschluß einer Regreßhaftpflichtversicherung für die Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen des Landes Hessen	1147
Änderung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	1148
Anrechnung der Renten auf die Versorgungsbezüge nach § 86 Abs. 2 HBG	1149
Vergabe von Aufträgen an Schwerbeschädigtenbetriebe	1149
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr	
Anordnung V Nr. 27 für Transportleistungen im Nahverkehr bei Großbauvorhaben der öffentlichen Hand	1150
Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen	1151
II. Nachtrag zur Genehmigungsurkunde der Kleinbahn Wächtersbach—Birstein—Hartmannshain (Vogelsberger Südbahn) vom 26. November 1930 (Amtsblatt der Regierung in Kassel S. 287)	1151
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
Schlußschein für Roggen	1151
Flurbereinigung Niederbächen, Krs. Limburg	1151

Seite

Seite

Personalnachrichten	
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	1151
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landw. und Forsten	1153
Der Präsident des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen	
Urteil vom 6. 9. 1958 betr. Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 153 HBG	1154
Regierungspräsidenten	
DARMSTADT	
Bildung des Zweckverbandes zur Förderung des Landschaftsschutzgebietes Naturschutzpark Hoher Vogelsberg und Feststellung der Verbandssatzung	1158
KASSEL	
Verordnung über die Öffnungszeiten für Verkaufsstellen in Kurorten und in Erholungs- und Wallfahrtsorten mit besonders starkem Fremdenverkehr	1158
Verordnung über die Verlängerung der Verkaufszeiten an Werktagen und die Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen in ländlichen Gebieten	1159
Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Verkaufszeiten bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen im Regierungsbezirk Kassel vom 21. März 1958	1159
Verlust von Vertriebenenausweisen nach dem BVFG	1159
Befreiung der Stadt Melsungen von den Vorschriften des Eigenbetriebengesetzes vom 9. März 1957	1159
Zurückziehung der Bestellung als fliegerärztlicher Sachverständiger	1159
WIESBADEN	
Ungültigkeitserklärungen von Bescheiden über die Registrierung Evakuierter	1160
Ungültigkeitserklärung von Bescheinigungen nach § 10 Abs 4 des Häftlingshilfegesetzes	1160
Buchbesprechungen	1160
Öffentlicher Anzeiger	1161

949

Der Hessische Ministerpräsident

Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen:

GROSSVERDIENSTKREUZ

Bach, Hermann J., Sekretär, Wiesbaden,
 Flesch-Thebesius, Prof. Dr., Max, Direktor, Frankfurt/Main,
 Horn, Peter, Bundestaatsgeordneter, Frankfurt/Main,

VERDIENSTKREUZ I. KLASSE

Gutermuth, Friedrich, Regierungsdirektor, Gießen,
 Hofmann, Dr. Hans, Regierungsdirektor, Frankfurt/M.,
 Kamm, Prof. Dr. Wunibald, Frankfurt/Main,
 Neff, Lorenz, Bürgermeister, Viernheim,
 Ranft, Gerhard, Verwaltungsdirektor, Marburg/Lahn,
 Ruttloff, Alfons, Direktor, Königstein

VERDIENSTKREUZ AM BANDE

Alles, Wilhelm, Oberverwalter, Ostheim,
 Becker, Jakob, Baumeister, Gießen,
 Bock, Dr. Alfred, Fabrikant, Frankfurt/Main,
 Dörrbaum, August, Kassierer, Frankfurt/Main,
 Heuss, Karl, Kaufmann, Frankfurt/Main,

Henkel, Karl Martin, Justizoberinspektor a. D., Fulda,
 Koch, Robert, Versicherungsangestellter, Frankfurt/Main,
 Krauss, Paul, Prokurist, Frankfurt/Main,
 Möller, Karl, Verwaltungsamtmann a. D., Kassel,
 Rohde, Käthe, Direktorin, Wiesbaden,
 Roth, Carl, Justizobersekretär a. D., Dillenburg,
 Schudt, Philipp, Pferdezüchter, Gut Londorf,
 Steuernagel, Albert, Metzgermeister, Weilburg/Lahn,
 Tapp, Otto, Rechtspfleger, Bad Orb,
 Ulbrich, Max, Obermeister, Frankfurt/Main,
 Watz, Karl, Kreisangestellter, Garbenheim

VERDIENSTMEDAILLE

Elter, Margarete, Mühlheim/Main,
 Jorda, Dorothea, Klein-Auheim,
 Pauly, Therese, Ordensschwester, Winkel (Schwester Godehardis),
 Reichenbach, Christine, Mühlheim/Main,
 Schlapp, Dorothea Lina, Egelsbach

Wiesbaden, 16. 9. 1958

Der Hessische Ministerpräsident

II/3 Az. 14a 02/03

St.Anz. 39/1958 S. 1145

950

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 19. März 1958 spreche ich dem Schüler Klaus-Dieter Henkel, Kassel, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, den 10. August 1958

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 19. März 1958 spreche ich Herrn Klaus Beyer, Kassel, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, den 10. August 1958

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 21. März 1958 spreche ich Herrn Wilhelm Sandner, Wetzlar, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, den 10. August 1958

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 14c

St.Anz. 39/1958 S. 1146

951

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 8. bis 11. 9. 1958**„Staat und Wirtschaft in Hessen“**

Preis

DM

1,50

13. Jahrgang, 7. Heft, Juli 1958

Inhaltsangabe:

1. Der Personalaufwand der öffentlichen Verwaltung in Hessen
2. Erkrankungen und Sterbefälle an Tuberkulose in Hessen
3. Die gewerblichen Schweine- und Hühnerhaltung 1957 in Hessen
4. Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1957 in Hessen
5. Der Fremdenverkehr in den Betrieben des hessischen Beherbergungsgewerbes im Fremdenverkehrsjahr 1956/57
6. Konkurse und Vergleichsverfahren im Jahre 1957 in Hessen
7. Hessischer Zahlenspiegel

Der Verkaufsgemüsebau in Hessen 1958	—,50
Zweite Erntevorschätzung Ende Juli 1958 in Hessen	—,50
Erntevorschätzung für Steckzwiebeln, Bohnen, Gurken und Tomaten Ende Juli 1958	—,50
Endgültige Ernteschätzung für einige Gemüsearten und Winterzwiebeln	
Wachstumstand des Sommer- und Herbstgemüses Ende Juli 1958	
Vorschätzung der Kernobst-, Steinobst- (ohne Kirschen) Himbeer- und Erdbeerernte Anfang Juli 1958	—,25
Endgültige Schätzung der Kirschen-, Johannis- und Stachelbeerernte 1958	
Die Mirabellen-, Aprikosen-, Pfirsich-, Himbeer- und Erdbeerernte 1958	—,25
Stand der Reben in Hessen Ende Juli 1958	—,25
Viehhaltung, Fleisch- und Milcherzeugung Schlachtungen in Hessen im Juli 1958	—,75
Durchschnittliches Schlachtgewicht im Juli 1958	
Gesamtschlachtgewichte im Juli 1958	
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Juli 1958	
Kuhmilchverwendung im Juli 1958	
Schlacht- und Fleischbeschaustatistik für das Jahr 1957 in Hessen	1,—
An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben (ohne Wandergewerbe) im Juli 1958	—,50
Industrie und Bauhauptgewerbe im Juni 1958	1,—
Baufertigstellungen im Juli 1958	—,50
Der Umsatz-Index der Einzelhandelsgeschäfte in Hessen; Berichtsmonat Juli 1958	—,25
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 1958	—,75
Der Schiffs-, Güter- und Floßverkehr in den hessischen Häfen Juli 1958	—,75
Preise wichtiger Baustoffe und Bauarbeiten in mittleren und kleineren Gemeinden in Hessen im Juni 1958	—,25
Angestelltenverdienste in Hessen im Mai 1958 (Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel)	—,75

Wiesbaden, 11. 9. 1958

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 4 (a) Az.: 7a 240/58
St.Anz. 39/1958 S. 1146

952

Der Hessische Minister des Innern

An die
Ausländerpolizeibehörden

Arbeiterlaubnispflicht für ausländische Angestellte, deren Jahresverdienst die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht übersteigt

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat die bisherige Ausnahme von der Arbeiterlaubnispflicht für ausländische Angestellte, deren Jahresverdienst die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht übersteigt (§ 2 Ziffer 3 der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23. Januar 1933 —Reichsgesetzbl. I S. 26 —) durch Erlaß vom 30. Mai 1958 (Bundesarbeitsblatt Nr. 13/58) mit Wirkung vom 1. Juli 1958 aufgehoben. Die Vorschriften der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer gelten somit von diesem Zeitpunkt ab für ausländische Arbeitnehmer einschließlich ausländischer Künstler ohne Rücksicht auf Verdienstgrenzen; die bisherigen Ausnahmen in § 2 Nr. 1, 2 und 5 (Lehrlinge, Arbeitnehmer der See- und Binnenschifffahrt, Arbeitnehmer diplomatischer Vertretungen) bleiben jedoch vorläufig weiterhin bestehen.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat das Genehmigungsverfahren für den neu erfaßten Arbeitnehmerkreis mit Runderlaß Nr. 187/58 vom 26. Juni 1958 (veröffentlicht im Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Nr. 27 vom 18. 7. 1958) geregelt. Die Neuregelung gilt für die Übergangszeit bis zum Erlaß der in Vorbereitung befindlichen neuen Rechtsverordnung über die Beschäftigung nichtdeutscher Arbeitnehmer gemäß § 43 Abs. 2 des Gesetzes

über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (Bundesgesetzblatt I S. 322).

Ich bitte, den Wortlaut der einschlägigen Erlasse erforderlichenfalls bei dem zuständigen Arbeit oder bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, Frauentorgraben 35, zu beschaffen.

Wiesbaden, 12. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23
St.Anz. 39/1958 S. 1146

953

Aufhebung des Sichtvermerkszwang für Deutsche im Reiseverkehr mit Argentinien

Die argentinische Regierung hat am 1. August 1958 den Sichtvermerkszwang für Touristen deutscher Staatsangehörigkeit unter folgenden Bedingungen aufgehoben:

- a) Deutsche Staatsangehörige, deren Ehefrauen und minderjährigen Kinder können Touristen ohne argentinisches Visum nach Argentinien einreisen, wenn sie im Besitz eines gültigen deutschen Reisepasses sind.
- b) Die unter a) bezeichneten Personen können sich drei Monate im Lande aufhalten und dieser Zeit können die Reisenden nach Belieben einreisen. Die Frist kann von der Einwanderungsbehörde (Dirección Nacional de Migraciones) um weitere Monate verlängert werden.

den. Diese Erleichterungen können nicht in Anspruch genommen werden, wenn die Aufenthaltsdauer im Lande sechs Monate im Jahr übersteigt. In diesen Fällen ist ein Visum erforderlich.

- c) Die zuständigen argentinischen Behörden behalten sich das Recht vor, bei Personen, deren Einreise nach Argentinien als unerwünscht angesehen wird, Ausnahmen von der vorstehenden Regelung zu treffen.
- d) Die unter den erwähnten Bedingungen eingereisten Personen dürfen in Argentinien weder eine Stellung annehmen noch eine sonstige bezahlte Tätigkeit ausüben.

Unbeschadet der Aufhebung des Sichtvermerkszwanges benötigen nach Argentinien Einreisende (auch Durchreisende) einen Pockenimpfschein. Reisenden, die diesen Pockenimpfschein nicht vorlegen können, wird das Betreten des Landes verweigert werden.

Wiesbaden, 17. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 d

St.Anz. 39/1958 S. 1146

954

Herrn Regierungspräsidenten in Kassel

Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugend-schöffen

hier: Bestimmung der Verwaltungsbeamten, die gemäß § 40 GVG in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 9. 1950 (BGBl. S. 513) dem bei jedem Amtsgericht zu bildenden Ausschuß als Beisitzer angehören.

Bezug: Ihr fernschriftlicher Bericht vom 13. 8. 1958 — I/1 Az.: 25 c 06 —

In Ergänzung des Kabinettsbeschlusses vom 15. 7. 1958 (St.Anz. S. 891) hat die Landesregierung im Umlaufverfahren für den beim Amtsgericht in Karlshafen, Landkreis Hofgeismar, zu bildenden Ausschuß (§ 40 Abs. 2 GVG)

als Beisitzer:

Reg. Amtmann Georg Menke, Hofgeismar, und

als Stellvertreter:

Reg. Oberinspektor Albert Wagner, Hofgeismar, bestimmt.

Ich bitte, den Kreisausschuß des Landkreises Hofgeismar von vorstehendem Ergänzungsbeschuß zu unterrichten.

Wiesbaden, 16. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IV a — 25 c 06 — 04/07

St.Anz. 39/1958 S. 1147

955

Beschaffung von Filmkopien für die Jugendarbeit aus dem 9. Bundesjugendplan

Nach dem Rundschreiben des Herrn Bundesministers für Familien- und Jugendfragen vom 22. 8. 1958 werden auch in diesem Jahr wiederum Mittel für die Fortführung des Programms zur Beschaffung von geeigneten Filmkopien für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt.

Die durch diese Aktion beschafften Schmalfilmkopien sollen von Jugendgruppen und Einrichtungen der Jugendbildungspflege dazu verwendet werden, den Film intensiv für die Selbsterziehung, Lebensführung, Bildung und Freizeitbetätigung der Jugendlichen außerhalb des schulischen Raumes einzusetzen.

Als geeignet für die Jugendgruppenarbeit und Jugendpflege gelten Filme, in denen

- a) in altersgemäßer Form und nach den Erfordernissen der

Jugendarbeit zentrale Fragen des jungen Menschen behandelt werden;

- b) zentrale Themen aus den Lebensbereichen der Jugend gestaltet werden, die für die Erziehung des Jugendlichen besonders wertvoll sind;
- c) Filmkundliche Themen behandelt werden.

Da diese Filme hauptsächlich in der Jugendgruppenarbeit ausgewertet werden sollen, kommen aus psychologischen und pädagogischen Gründen nur 16-mm-Kopien bis zu einer Länge von 300 m oder bis zu einer Laufzeit von 30 Minuten in Frage.

Im Rahmen dieser Aktion können dagegen nicht angeschafft werden: Kopien von Sachfilmen, Kunstfilmen oder von allgemeinen Kultur- und Dokumentarfilmen.

Für die diesjährige Aktion wird ausnahmsweise eine Vorschlagsliste nicht aufgestellt. Die Auswahl der Kopien bleibt vielmehr den Antragstellern überlassen. Die Mittel des Bundesjugendplanes können in der Regel nur für die Beschaffung von Kopien solcher Filme verwendet werden, die zum 1. Oktober 1958 fertiggestellt und vorführreif sind. Vor dem Ankauf der Kopien bitte ich darauf zu achten, daß der Übergang der Schmalfilmrechte gesichert ist.

Zu den Anschaffungskosten für die Filmkopien tragen der Bund und das Land je 33 $\frac{1}{3}$ % sofern die Restfinanzierung (Eigenmittel) nachgewiesen ist.

Es können nur solche Filmkopien bezuschußt werden, deren Kaufsumme insgesamt mindestens 1200,— DM ausmacht.

Aus den Anträgen müssen Titel, Produktionsfirma, Laufzeit oder Länge sowie ein verbindlicher Kosten- und Finanzierungsplan ersichtlich sein.

Die Anträge der Stadt- und Landkreise sind mir über das Landesjugendamt Hessen bis spätestens zum 1. 12. 1958 vorzulegen; die Jugendverbände reichen mir ihre Anträge ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt über das Landesjugendamt ein

Wiesbaden, 11. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
— Jugendwohlfahrt —

Az.: IX e / 52 r — 24 — 15

St.Anz. 39/1958 S. 1147

956

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Johannisberg im Rheingaukreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Johannisberg im Rheingaukreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„In Silber ein rotes sechsspeichiges Rad“.

Wiesbaden, 15. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58

St.Anz. 39/1958 S. 1147

957

Richtlinien für die Heranziehung Unterhaltspflichtiger im Rahmen der öffentlichen Fürsorge

In dem Erlaß, St.Anz. 37/1958 S. 1089 muß es im Abschnitt „II. Unterhaltspflicht“ unter d) statt §§ 108 ff. richtig heißen: „§§ 1708 ff. BGB“.

Im gleichen Erlaß, St.Anz. S. 1091, muß es unter „C. Heranziehung bei gesteigerter Unterhaltspflicht“ im 3. Absatz richtig heißen: „... außerhalb der Haushaltsgemeinschaft...“.

St.Anz. 39/1958 S. 1147

958

Der Hessische Minister der Finanzen

Abschluß einer Regreßhaftpflichtversicherung für die Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen des Landes Hessen

Der in meinem Erlaß vom 31. 8. 1951 (St.Anz. S. 566) wieder-gegebene Rahmenvertrag mit der Gothaer Allgemeinen Versicherungs AG ist unter dem 20./21. 8. 1958 geändert und neu-gefaßt worden.

Ich gebe den Rahmenvertrag in der nunmehr geltenden

Fassung, wie aus der Anlage ersichtlich, bekannt und bitte, die nachgeordneten Dienststellen entsprechend zu unter-richten.

Wiesbaden, 2. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1408 A — 1 a — 1/8

St.Anz. 39/1958 S. 1147

*

Anlage

Abschrift

Mit Wirkung ab 1. 1. 1958 gilt der Rahmenvertrag zwischen dem

Land Hessen, vertreten durch den Hess. Minister der Finanzen, und der

Gothaer Allgemeinen Versicherungs A.G. in Göttingen, Gothaer Platz 7 (nachstehend kurz „Gothaer Allgemeine“ genannt),

in folgender Fassung:

§ 1 Versicherungsgebiet

Versichert sind die im Dienste des Landes Hessen stehenden Kraftfahrer.

§ 2 Versicherungsgegenstand

(1) Die Gothaer Allgemeine gewährt den versicherten Fahrern von Dienstkraftfahrzeugen Versicherungsschutz im Rahmen der Dienstfahrzeug - Haftpflichtversicherung für Schäden an den gelenkten Dienstfahrzeugen und an sonstigem Landeseigentum, und zwar bezüglich der Schadensersatzansprüche, die das Land im Rahmen der jeweils für die Inanspruchnahme der Beamten, Angestellten und Arbeiter geltenden Gesetze nach Maßgabe der Rechtsprechung erheben kann.

(2) Auf das Vertragsverhältnis finden die beigefügten Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrversicherung - AKB - (Abschnitt A und B) sinngemäß Anwendung, soweit sich nicht aus diesem Verträge etwas anderes ergibt.

(3) Die Leistungspflicht ist auf 10 000,— DM für jedes Schadensereignis begrenzt.

(4) Die Versicherung umfaßt die Befriedigung begründeter und die Abwehr unbegründeter Ansprüche, die gegen die versicherten Fahrer wegen Schäden an gelenkten Dienstfahrzeugen oder an sonstigem Landeseigentum erhoben werden. In diesem Sinne umfaßt der Versicherungsschutz auch

- a) Rechtsschutz in anhängig werdenden Strafverfahren, wenn das zur Abwendung oder Verringerung von Ansprüchen angezeigt erscheint. Die Entscheidung über die Bestellung eines Verteidigers im Strafverfahren liegt allein bei der Gothaer Allgemeinen;
- b) Privatfahrten mit Dienstkraftfahrzeugen insoweit, als sie dienstlich zulässig sind;
- c) Schäden, die beim Abschleppen von Behörden-Fahrzeugen eintreten;
- d) Schäden bei Ausbildungsfahrten der Fahrschüler auf Dienstkraftfahrzeugen in Begleitung des Fahrlehrers.

§ 3 Beitrag und Beitragszahlung

(1) Der Beitrag beträgt einheitlich für alle versicherten Fahrer ohne Rücksicht auf die Art des gelenkten Fahrzeugs je 1,50 DM pro Monat einschl. Versicherungssteuer; er wird durch die Dienststelle, bei der der Kraftfahrer beschäftigt ist, im Lohnabzugsverfahren einbehalten und vierteljährlich an die Gothaer Allgemeine überwiesen.

(2) Dem Lande Hessen erwachsen aus diesem Vertrag keine Verpflichtungen; der Beitrag ist von den Kraftfahrern, die sich an der Versicherung beteiligen wollen, selbst aufzubringen.

§ 4 Beginn und Ende des Versicherungsschutzes

(1) Der einzelne Kraftfahrer beantragt die Teilnahme an der Versicherung durch Eintragung in das Versichertenverzeichnis, das bei den Dienststellen geführt wird. Diese senden bis zum 30. eines jeden Monats bei der ersten Anmeldung einen Durchschlag des Versicherten-Verzeichnisses und bei späteren Veränderungen einen Durchschlag der Fortführung des Versicherten-Verzeichnisses über die Neu- und Abmeldung der Gothaer Allgemeinen.

(2) Die Versicherung beginnt unabhängig von dem Eingang der in Absatz 1 Satz 2 genannten Angaben bei der Gothaer Allgemeinen und der Aushändigung eines Versicherungsscheines an den Versicherungsnehmer mit dem Beginn des auf die Eintragung in das Versicherten-Verzeichnis folgenden Kalendermonats. Erfolgt die Eintragung nicht bis zum 25. eines Kalendermonats, so beginnt die Versicherung erst mit dem Beginn des übernächsten Kalendermonats.

(3) Bei Neueinstellung von Kraftfahrern gilt der Versicherungsschutz durch unverzügliche Nachmeldung abweichend von der unter (1) vorgesehenen Regelung nach Wahl mit dem Tag der Einstellung oder mit dem 1. des folgenden Monats.

Der Monatsbeitrag ist auch für den Einstellungsmonat in voller Höhe zu entrichten, wenn der Versicherungsschutz vom Tage der Einstellung ab beantragt wird. Der Beitrag kann zusammen mit der nächsten Sammelüberweisung abgeführt werden.

(4) In Urlaubs- und Krankheitsfällen gilt der Versicherungsschutz für den amtlich bestellten Ersatzfahrer; Voraussetzung ist, daß die Beitragszahlung nicht unterbrochen wird.

(5) Die Abmeldung kann jederzeit zum Monatsende bei der das Versicherten-Verzeichnis führenden Stelle erfolgen.

(6) Beim Ausscheiden aus dem Dienst erlischt die Versicherung; Beitragsrückerstattung für Teile eines Monats bei vorzeitigem Erlöschen der Versicherung findet nicht statt.

§ 5 Anmeldung von Schäden

Die nach Maßgabe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen durch die Versicherungsnehmer zu erstattenden Schadensmeldungen sind bei der Dienststelle vorzunehmen, die diese Meldungen an die Gothaer Allgemeine weiterleitet.

§ 6 Gewinnbeteiligung

Die Gothaer Allgemeine ist verpflichtet, den Überschuß bzw. die Rückvergütung für die Versicherungen der Personen, die sich an dem Rahmenvertrag beteiligen, alsbald nach Ermittlung des Gewinns der Dienststelle des Versicherungsnehmers mitzuteilen, die den Betrag bei der nächstfolgenden Beitragszahlung in Abzug bringt. Hinsichtlich der Ermittlung des Überschusses bzw. der Rückvergütung gelten die für die Gothaer Allgemeine satzungsgemäß vorgesehenen Bestimmungen für Rückvergütung bei schadenfreiem Verlauf.

§ 7 Schadensverlauf

Bei besonders günstigem oder ungünstigem Verlauf des Vertrages werden die Parteien wegen einer Neufestsetzung des Beitragsatzes Verhandlungen aufnehmen.

§ 8 Mitbeteiligung anderer Gesellschaften

Die Gothaer Allgemeine ist berechtigt, im Einverständnis mit dem Hess. Minister der Finanzen andere Gesellschaften an diesem Verträge bis zu höchstens 50 v. H. zu beteiligen.

§ 9 Vertragsdauer

Dieser Vertrag gilt ab 1. Januar 1958 bis zum 1. Januar 1963; er verlängert sich von Jahr zu Jahr, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Wiesbaden, den 20. August 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1408 A — 1 a — I/8

I. V. gez. Dr. Krauß

Göttingen, den 21. 8. 1958

Gothaer Allgemeine Versicherung A. G.
gez. Dr. Winter gez. Dreger

959

Änderung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

Nachstehend wird der vom Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder vorgeschlagene und vom Bundesminister der Finanzen gem. § 64 Abs. 1 der Anstaltssatzung genehmigte Satzungsnachtrag über die Erhöhung von Leistungen aus alten Versicherungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder an Rentenberechtigten in Berlin bekanntgegeben:

1. Bei Rentenberechtigten, die am 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Gebiet der früheren Reichshauptstadt Berlin und am 31. März 1951 im Gebiet des Landes Berlin hatten, erhöht die VBL, solange die Rentenberechtigten ihren Wohnsitz im Land Berlin oder im Bundesgebiet haben, die Rente mit Wirkung vom 1. Oktober 1958 auf den Betrag, der sich ergeben würde, wenn die Rentenberechtigung am 8. Mai 1945 eingetreten wäre.
2. Voraussetzung hierfür ist, daß
 - a) vor dem 8. Mai 1945 mindestens 120 gültige Monatsbeiträge (520 Wochenbeiträge) geleistet worden sind,
 - b) die Versicherung am 8. Mai 1945 bestanden hat,
 - c) nach diesem Zeitpunkt eine Wiederaufnahme in die Versicherung nicht stattgefunden hat,

- d) die Rentenberechtigung in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis 15. Oktober 1957 eingetreten ist.
3. Für Sterbefälle nach dem 30. September 1958 werden unter den gleichen Voraussetzungen Sterbegelder gemäß § 48 der Satzung gewährt. Für die Berechnung des Sterbegeldes nach § 49 wird unterstellt, daß der Sterbefall am 8. Mai 1945 eingetreten ist.
4. Der Satzungsnachtrag tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1958 in Kraft.
- Wiesbaden, 4. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2174 A — 15 — I/43
St.Anz. 39/1958 S. 1148

960

Anrechnung der Renten auf die Versorgungsbezüge nach § 86 Abs. 2 HBG

Bezug: Mein Runderlaß vom 18. 2. 1958 — P 1607 A — 1150 — I/43 (StAnz. S. 301)

Nach Abschnitt III Abs. 2 des Runderlasses vom 18. 2. 1958 (StAnz. S. 301) sind in Abweichungen von Abschn. I C für die unter das HBG fallenden Personen für die Zeit vom 1. 5. bis 31. 12. 1957 nach bisherigem Recht gezahlten Versorgungsbezüge in Ausgabe zu belassen, während vom 1. 1. 1958 an in allen Fällen ein Zahlungsausgleich durchzuführen ist. Da diese Regelung nur in Verbindung mit Abschn. I C des vorgenannten Erlasses gilt, können die für die Zeit vom 1. 5. bis 31. 12. 57 nach bisherigem Recht gezahlten Versorgungsbezüge nur dann in Ausgabe belassen werden, wenn die Voraussetzungen des genannten Abschnitts I C vorliegen, d. h. wenn bereits in der Zeit vom 1. 5. bis 31. 12. 1957 Anrechnungsbeträge berücksichtigt werden mußten und nunmehr der neue Anrechnungsbetrag den bisherigen übersteigt. In den Versorgungsfällen, in denen seither weder Steigerungsbeträge noch Rententeile angerechnet, Zeiten nach § 86 Abs. 1 HBG aber berücksichtigt worden sind und eine Rente rückwirkend auf Grund der Rentenversicherungsneuregelungsgesetze gewährt wird, ist ein Zahlungsausgleich bereits mit Wirkung vom 1. 5. 1957 oder vom späteren Rentenbeginn an durchzuführen.

Wiesbaden, 12. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1607 A — 1150 — I/43
St.Anz. 39/1958 S. 1149

961

An alle staatlichen Behörden, Anstalten und Betriebe des Landes Hessen

Vergabe von Aufträgen an Schwerbeschädigtenbetriebe

Der Bundesminister der Finanzen verweist in seinem Runderlaß vom 1. 8. 1958, Az.: I A/2 — H 4020 — 9/58 unter Hinweis auf § 9 (4) des Schwerbeschädigtengesetzes vom 16. 6. 53 (BGBl. I, S. 389) auf das neue Bundesverzeichnis der anerkannten Schwerbeschädigtenbetriebe. Es ist im Beiheft Nr. 5/1958 des Bundesarbeitsblattes Nr. 11/58 abgedruckt. Die in Hessen ansässigen Betriebe sind aus dem untenstehenden auszugsweisen Abdruck ersichtlich.

Der BMF bittet unter Bezug auf § 1 der Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Bundesanzeiger vom 7. 4. 1954), die im Verzeichnis genannten Schwerbeschädigtenbetriebe nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Hessische Minister der Finanzen schließt sich unter dem 22. 8. 58, Az.: H 4020 B — 13 — I/31 dieser Bitte an und empfiehlt, daß alle staatlichen Behörden, Anstalten und Betriebe des Landes Hessen im Benehmen mit der Landesbeschaffungsstelle Hessen die Schwerbeschädigtenbetriebe bei der Vergabe von Aufträgen so weit wie möglich berücksichtigen.

Auszug aus dem Beiheft 5/1958 des Bundesarbeitsblattes Nr. 11/58 vom 1. Juni 1958

H E S S E N

- | | | |
|--|--|------|
| 1. *Franz Stettin, Biedenkopf, Obere Pfingstweidstraße 2 | Webwaren | (1) |
| 2. *Blindenarbeitshilfe Hessen e. V., Darmstadt, Karlstraße 21 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Rohrklopfer, Matten, Federwäscheklammern, Webwaren | (24) |

- | | | |
|---|--|------|
| 3. *Erich Veith, D o d e n a u, (Krs. Frankenberg/Eder), Poststraße 3 | Bürsten- und Korbbwaren | (1) |
| 4. *Vereinigte Blindenwerkstätten aus den Kreisen Wetzlar, Dillenburg und Oberlahn, D o r l a h r (Krs. Wetzlar), Hauptstraße 158 | Bürsten, Besen, Matten, Stuhlfechtarbeiten, Rohrklopfer | (6) |
| 5. *Blindenanstalt, F r a n k f u r t / M a i n, Adlerfluchtstraße 8 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Korbmöbel, Flechtsessel, Wäschestruhen, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Rohrklopfer, Doppel-, Rippen- und Glieder-matten, Strick-, Knüpf- und Häkelarbeiten, Webwaren, Federwäscheklammern | (45) |
| 6. *Blindenwerkstätte West, Inh. Heinrich Hofmann, F r a n k f u r t / M a i n, Mainzer Landstraße 282 | Bürsten, Körbe, Matten | (9) |
| 7. *Staatliche Blindenschule mit Heim, F r i e d b e r g (Hessen), Mainzer Toranlage 6 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Matten, Federwäscheklammern | (6) |
| 8. *Kriegsblinden-Arbeitsring, G i e ß e n, Sudetenlandstraße 30 | Bürsten, Besen, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Rohrklopfer, Baumbänder, Mattengefächte, Federwäscheklammern | (7) |
| 9. *Blindenarbeitshilfe Hessen e. V., Werkstatt Kassel, K a s s e l, Weißensteinstraße 49 | Bürsten- u. Korbbwaren, Fußmatten | (20) |
| 10. *Kriegsblinden-Handwerkerfürsorge Hessen, K a s s e l, Ludwig-Mond-Straße 39 | Bürsten- u. Korbbwaren, Fußmatten | (67) |
| 11. *Anneliese Mensing, M e l s u n g e n, Forstgarten 6 | Webwaren | (1) |
| 12. *Heinrich Scherer, M e n s f e l d e n (Krs. Limburg/Lahn), Gartenstraße | Bürsten | (1) |
| 13. *Niederroßbacher Blindenwerkstätte, Inh. Reinh. Hofheinz, N i e d e r r o ß b a c h (Dillkreis) | Bürsten, Besen | (3) |
| 14. Blindenheim e. V., O f f e n b a c h (Main), Senefelderstraße 100 | Bürsten, Besen, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Matten, Federwäscheklammern | (14) |
| 15. *Hess. Kriegsblinden-Heimindustrie Fritz Schneider, S c h w a r z e n b o r n (Krs. Ziegenhain) | Bürsten- und Korbbwaren, Fußmatten | (25) |
| 16. *Jos. Bausch, Wiesbaden, Walramstraße 4 | Bürsten, Besen, Federwäscheklammern | (1) |
| 17. *Alois Kloker, F r a n k f u r t / M a i n, Güentherburg-Allee 32 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Matten | (3) |
| 18. *Georg Schaub, S c h l i t z (Hessen), Schlesische Straße 30 | Bürsten, Besen | (1) |
| 19. *Blindenarbeitsring, O f f e n b a c h (Main), Bernardstraße 35 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten, Rohrklopfer, Matten, (Doppel-, Rippen-, Gitter-, Velours- und Glieder-matten), Webwaren, Federwäscheklammern | (22) |
| 20. *Blinden- und Schwerbeschädigtenwerkstätte Gottfried Mertens, W i e s b a d e n, Walkmühlstraße 21 | Bürsten, Besen, Stuhlfechtarbeiten | (6) |
| 21. *Karl Sens, A s s m a n n s h a u s e n, Lorcher Straße 42 | Bürsten, Besen, Korbbwaren, Korbmöbel, Flechtsessel, Wäschestruhen, Rahmen- und Stuhlfechtarbeiten | (1) |
| 22. *Gerhard Ewert, C a p p e l (Krs. Marburg/Lahn), Am Rödchen 5 | Bürsten | (1) |
| 23. *Alfons Knapp, V i e r n h e i m, Ludwigstraße 46 | Bürsten, Besen | (1) |
| 24. *Adolf Müller, F r a n k f u r t / M a i n, Darmstädter Landstraße 108 | Bürsten, Besen | (1) |
| 25. Joseph Zimmer, F r a n k f u r t - F e c h e n h e i m / M a i n, Starkenburger Straße 33 | Fußboden- und Schuhpflegemittel | (1) |
| 26. *Heinrich Gaul, L o h r a, Krs. Marburg/Lahn | Bürstenwaren | (1) |

* = Blindenwerkstätten und Zusammenschlüsse von Blindenwerkstätten, die nach § 4 Abs. 3 des Blindenwarengesetzes anerkannt sind.

() in der rechten Spalte = Anzahl der beschäftigten Schwerbeschädigten (Blinden) nach dem Stand vom 1. 1. 1958.

Wiesbaden, 10. 9. 1958

Landesbeschaffungsstelle Hessen
I — 105

St.Anz. 39/1958 S. 1149

962

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Anordnung V Nr. 27 für Transportleistungen im Nahverkehr bei Großbauvorhaben der öffentlichen Hand

Auf Grund der §§ 16 Abs. 6 und 17 Abs. 1 der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 14. September 1951 PR Nr. 45/51 (BAnz. Nr. 185 vom 25. September 1951) wird für das

Großbauvorhaben der Bundesrepublik Deutschland Bundesautobahn Frankfurt/M. — Aschaffenburg, XI. und XII. Bauabschnitt (von der Landstraße II. 0. 190 bis zur bayerischen Landesgrenze)

folgendes angeordnet:

- Für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr dürfen nur die in den anliegenden Preistafeln A, B und C festgesetzten Preise gefordert, versprochen, gezahlt oder angenommen werden. Diese Preise dürfen weder über- noch unterschritten werden.
- Diese Anordnung erstreckt sich auf
 - Beförderungsaufträge der Bauunternehmer an gewerbliche Fuhrunternehmer,
 - Beförderungsaufträge der Zulieferfirmen (Baustoffhändler und sonstige Herstellerfirmen usw.) an gewerbliche Fuhrunternehmer, wenn es sich um Lieferungen zur Baustelle handelt.

Diese Anordnung gilt nicht für den Werkverkehr im Sinne des § 48 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697).

- Im übrigen gelten die Vorschriften der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) PR Nr. 45/51 vom 14. September 1951.
- Die Entgelte der unter Ziffer 1 genannten Transportleistungen unterliegen der Abrechnungspflicht. Als Abrechnungsstelle wird die Güterkraftverkehr e.G.m.b.H., Frankfurt/M., Mainzer Landstr. 54, bestimmt.
- Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 19. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 924) geahndet.

Wiesbaden, 8. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Sb4 — 75 — S3c — 58 — W III a / 2660

St.Anz. 39/1958 S. 1150

Preistafel A (Teil II)

(Stundensätze)

I. Einzelfahrzeuge

bis 3 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 9,30
bis 4 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 10,50
bis 5 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 11,50
bis 6 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 12,50
bis 7 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 13,30
bis 8 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 14,10

II. Lastzüge

bis 7 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 13,30
bis 8 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 14,10
bis 9 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 15,—
bis 10 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 15,60
bis 11 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 16,30
bis 12 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 16,90
bis 13 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 17,60
bis 14 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 18,20
bis 15 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 18,90
bis 16 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 19,50
bis 17 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 20,20
bis 18 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 20,80
bis 19 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 21,50
bis 20 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 22,—

Bemerkungen:

Für die Berechnung maßgebend sind die im Kraftfahrzeugschein oder -brief enthaltenen Angaben über die Nutzlast.

Die Stundensätze finden nur für Regiefahrzeuge Anwendung, z. B. für die Beförderung von Baugeräten, Baugerüsten, Baubuden usw., im Bereiche der Baustelle bzw. Baustelleneinrichtung.

Ist der Einsatz von Allradfahrzeugen erforderlich, so wird hierfür ein Zuschlag von 10% gewährt.

Preistafel B (Teil III)

Leistungssätze für Einzelfahrzeuge

Entfernung	Aushub lose Masse	Sand	Kies	Splitt Schot- ter Gruß	Packlagen Pflaster- Hausteine	Sonst. Beförd. Güter
	cbm	cbm	cbm	cbm	cbm	to
bis 1 km	1,90	1,80	2,10	1,85	2,25	1,12
bis 2 km	2,30	2,15	2,50	2,20	2,70	1,35
bis 3 km	2,70	2,50	2,90	2,55	3,15	1,57
bis 4 km	3,05	2,90	3,35	2,95	3,60	1,80
bis 5 km	3,45	3,25	3,75	3,30	4,05	2,02
bis 6 km	3,75	3,55	4,10	3,60	4,40	2,20
bis 7 km	4,10	3,85	4,45	3,95	4,85	2,41
bis 8 km	4,45	4,15	4,80	4,25	5,20	2,60
bis 9 km	4,75	4,50	5,20	4,55	5,60	2,80
bis 10 km	5,10	4,80	5,55	4,90	6,30	3,—
bis 12 km	5,70	5,35	6,20	5,45	6,70	3,34
bis 14 km	6,25	5,90	6,80	6,—	7,35	3,68
bis 16 km	6,85	6,45	7,45	6,55	8,05	4,03
bis 18 km	7,45	7,—	8,10	7,15	8,75	4,37
bis 20 km	8,—	7,55	8,70	7,65	9,40	4,70

Bemerkungen:

Für je weitere 3 Kilometer werden zu dem 20-Kilometer-Satz DM 0,50 je cbm bzw. DM 0,30 je Tonne zugeschlagen.

Die Preise gelten für mechanische Beladung. Unter mechanischer Beladung ist die Beladung durch Bagger, Greifer, Schrapper, Silo, mechanisch beschickte Förderbänder und die lückenlose Kippwagenbeladung zu verstehen.

Bei Handladung erfolgt ein Zuschlag von DM 0,35 pro cbm bzw. DM 0,20 je Tonne.

Als Berechnungsgrundlage gelten allein die Lastkilometer; Leerkilometer bleiben unberücksichtigt.

Ist der Einsatz von Allradfahrzeugen erforderlich, so wird hierfür ein Zuschlag von 10% gewährt.

Preistafel C (Teil III)

Leistungssätze für Lastzüge

Entfernung	Aushub lose Masse	Sand	Kies	Splitt Schot- ter Schrot- ten Gruß	Packlagen Pflaster- Stück- steine Hau- steine	Sonst. Beförd. Güter
	cbm	cbm	cbm	cbm	cbm	to
bis 1 km	—	1,35	1,60	1,40	1,70	0,85
bis 2 km	—	1,60	1,85	1,65	2,—	1,—
bis 3 km	—	1,80	2,10	1,85	2,25	1,13
bis 4 km	—	2,05	2,35	2,10	2,55	1,28
bis 5 km	2,45	2,30	2,65	2,35	2,85	1,43
bis 6 km	2,60	2,45	2,85	2,50	3,10	1,54
bis 7 km	2,85	2,65	3,10	2,70	3,35	1,66
bis 8 km	3,05	2,85	3,30	2,90	3,65	1,78
bis 9 km	3,25	3,05	3,50	3,10	3,80	1,90
bis 10 km	3,40	3,20	3,70	3,25	4,—	2,—
bis 12 km	3,75	3,55	4,10	3,60	4,25	2,21
bis 14 km	4,10	3,90	4,50	3,95	4,85	2,42
bis 16 km	4,45	4,20	4,85	4,30	5,25	2,62
bis 18 km	4,80	4,50	5,20	4,60	5,65	2,82
bis 20 km	5,15	4,85	5,60	4,95	6,05	3,02

Bemerkungen:

Für je weitere 3 Kilometer werden zu dem 20-Kilometer-Satz DM 0,45 je cbm bzw. DM 0,25 je Tonne zugeschlagen.

Die vorstehenden Preise gelten für mechanische Beladung. Bei Handladung erfolgt ein Zuschlag von DM 0,35 je cbm bzw. DM 0,20 je Tonne.

Als Berechnungsgrundlage gelten allein die Lastkilometer; Leerkilometer bleiben unberücksichtigt.

Ist der Einsatz von Allradfahrzeugen erforderlich, so wird hierfür ein Zuschlag von 10% gewährt.

963

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen

Nachstehend bezeichnete Sprengstofferaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Wilhelm Schmidt, Fellinghausen/Krs. Wetzlar	B 6 1958	GAA Limburg
Hermann Wagner Obertiefenbach/Oberlahnkreis	B 138 1958	GAA Limburg
Heinrich Hedtrich Maar/Krs. Lauterbach	A 32 1958	GAA Gießen

Wiesbaden, 11. 9. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr

A III — Az. 53 c 04.05.2 — Tgb.Nr. 7307/58

St.Anz. 39/1958 S. 1151

965

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Schlusschein für Roggen — St.Anz. 1958 S. 1066 —

Im St.Anz. 1958 S. 1066 Abs. 1 Zeile 4 (am Schluß) muß es statt „Landeswirtschaftsämter“ „Landwirtschaftsämter“ heißen.

Wiesbaden, 12. 9. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

R 2 — Tgb.Nr. 1200/58

St.Anz. 39/1958 S. 1151

966

Flurbereinigung Niederbrechen, Krs. Limburg

Ergänzungsbeschluss

Auf Grund der §§ 4 bis 6 in Verbindung mit § 8 Absatz 2 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird der Flurbereinigungsbeschluss vom 10. 4. 1956 — W F 133 — G.Nr. 7358/56 — St. Anz. S. 482 — wie folgt ergänzt.

1. Zum Flurbereinigungsverfahren von Niederbrechen werden Teile der Gemarkungen von Nauheim, Mensfelden, Eschhofen, Villmar, Werschau, Lindenholzhausen, Oberbrechen und Niederbrechen nachträglich zugezogen. Die nachträglich zugezogenen Grundstücke sind aus dem beigefügten Grundstücksverzeichnis ersichtlich. Das Verzeichnis der zugezogenen Grundstücke bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses. Das Flurbereinigungsgebiet vergrößert sich um 95 ha.

2. Änderungen in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergemeinschaft treten durch diesen Beschluss nicht ein.

3. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg/Lahn, Gymnasiumsplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen wie der Be-

967

Personalnachrichten

Es sind

F. im Bereich des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung

a) Volks-, Mittel- und Sonderschuldienst des Reg.-Bezirks Wiesbaden

ernannt

zu Lehramtsanwärtern (BaW)

die Lehramtsbewerber Theo Vogt, Elz (Krs. Limburg) (21. 2. 58), Helmut Ruhöfer, Anspach, Usingen (28. 2. 58), Rudolf Freundel, Ffm. (15. 3. 58), Werner Goldbeck, Ffm.

964

II. Nachtrag zur Genehmigungsurkunde der Kleinbahn Wächtersbach-Birstein-Hartmannshain (Vogelsberger Südbahn) vom 26. November 1930 (Amtsblatt der Regierung in Kassel S. 267)

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes von Bahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs vom 7. März 1934 (Reichsgesetzbl. II S. 91) in Verbindung mit § 2 des preußischen Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juni 1892 (Gesetzsammlung S. 225) entbinde ich den Landkreis Gelnhausen wegen erheblicher Unrentabilität des Betriebes der nichtbundeseigenen Eisenbahn Wächtersbach-Birstein-Hartmannshain (Vogelsberger Südbahn) für den Streckenabschnitt Vöhlberg-Hartmannshain von der ihm obliegenden Betriebspflicht für den Personen- und Güterverkehr und erkläre die durch den I. Nachtrag zur Genehmigungsurkunde vom 23. April 1938 (Amtsblatt 1938) auf den Kreis Gelnhausen übergegangene Genehmigung insoweit für erloschen.

Dieser Nachtrag tritt am 28. September 1958 in Kraft.

Wiesbaden, 12. 9. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr

W III b 1 — Az.: 66 d 10.07

St.Anz. 39/1958 S. 1151

teiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

4. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamts erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beeresträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

5. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Niederbrechen und Nachbargemeinden Nauheim, Mensfelden, Eschhofen, Villmar, Werschau, Lindenholzhausen und Oberbrechen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Niederbrechen, Nauheim, Mensfelden, Eschhofen, Villmar, Werschau, Lindenholzhausen und Oberbrechen 2 Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 4. 9. 1958

Landeskulturamt

Az.: WF 133 G.Nr. 29912/58

St.Anz. 39/1958 S. 1151

(8. 3. 58), Hans Berger, Niederwalluf/Rhg. (18. 4. 58), Wolfgang Scholz, Ffm. (22. 3. 58), Otto Engelhard, Limburg (23. 4. 58), Klaus Aschenbrenner, Wbn (5. 5. 58), Hanns Amann, Ffm. (24. 3. 58), Engelbert Schickel, Ffm. (15. 4. 58), Joachim Witte, Oberursel/Obertaunus (10. 6. 58), Karlheinz Preißler, Weilburg/Oberlahn (19. 6. 58)

die Lehrkraft im Angest.-Verh. Werner Klöckling, Idstein/Kalmenhöf (14. 6. 58)

die Lehramtsbewerberinnen Helga Bonerz, Wbn. (12. 5. 58), Hildegard Hürthle, Bad Homburg/Obert. (20. 6. 58), Marie-Luise Dittmer, Idstein/Untert. (26. 4. 58)

die Lehrkräfte im Angest.-Verh. Eva-Maria Köppen, Ffm. (15. 4. 58), Ursula Hager, Brandobendorf/Wetzlar (9. 5. 58), Erika Behrendt, Nordenstadt/Maint. (11. 6. 58)

zur techn. Lehramtsanwärterin (BaW)

die techn. Lehramtsbewerberin Rosa Mücke, Ffm. (26. 6. 58)

zu apl. Lehrern (BaW)

die Lehramtsbewerber Hch. Schönmeier, Birstein/Gelnhausen (19. 6. 58), Bernh. Koch, Niedermittlau/Gelnhausen (2. 7. 58), Kurt Birnbaum, Horbach/Gelnhausen (25. 6. 58), Paul Bonk, Holzhausen/Unterts. (12. 7. 58), Helmut Mück, Wetzlar (21. 7. 58), Ulrich Dorsch, Kempfenbrunn (3. 7. 58), Erich Watz, Krofdorf/Wetzlar (4. 8. 58), Lothar Roth, Salzböden/Wetzlar (29. 7. 58)

die Lehramtsbewerberinnen Edith Jüngst, Nanzenbach/Dillkrs. (18. 6. 58), Renate Siebert, Bad Orb/Gelnh. (1. 7. 58), Christa Weinrich, Langensfeld/Hanau (27. 7. 58), Ilse Schoenlank, Oberursel/Oberts. (11. 7. 58), Johanna Petersson, Garbenheim/Wetzlar (11. 6. 58), Ingrid Müller, Ffm. (29. 3. 58) die Lehrkraft im Angest.-Verh. Ursula Wald, Wbn. (18. 7. 58)

zur techn. apl. Lehrerin (BaW)

die techn. Lehramtsbewerberin Elsbeth Hühn, Gelnhausen (26. 6. 58)

die techn. Lehrkraft i. A.-V. Martha Stürzinger, Eschbach/Usingen (1. 7. 58)

zur Lehrerin (BaW)

die Lehramtsanwärterinnen Waltraut Großmann, Ffm. (15. 4. 58), Kordula Schmelzeisen, Kransberg/Usingen (4. 7. 58), Gertraude Wagner, Haigerseelbach/Dillkrs. (20. 7. 58)

zur techn. Lehrerin (BaW)

die techn. Lehrkräfte im Ang.-Verh. Elis. Jungbauer, Waldensberg/Gelnhausen (5. 4. 58), Vera Wüstenberg, Langensfeld/Hanau (4. 6. 58)

zum Lehrer (BaK)

die Lehramtsanwärter Heinz Hamm, Gaudernbach/Weilburg (27. 3. 58), Eberhard Höhne, Ffm. (14. 4. 58), Richard Jung, Camberg/Limburg (7. 6. 58), Wilh. Bartsch, Ffm. (30. 4. 58), Helmut Schubert, Ffm. (13. 5. 58), Fritz Neubieser, Wbn. (7. 5. 58), Karl Bartelt, Weilmünster/Oberlahn (2. 5. 58), Berthold Franz, Haiger, Dillkrs. (30. 4. 58), Paul Gaever, Atzbach/Wetzlar (19. 5. 58), Gerhard Schwarz, Biedenkopf (13. 5. 58), Norbert Schickel, Oberbrechen/Limburg (6. 6. 58), Bertold Mennigen, Hasselbach/Limburg (6. 6. 58), Erich Schneider, Ffm. (6. 6. 58), Willi Rauchhaus, Obershausen/Oberlahn (9. 6. 58), Fritz Höhler, Königstein/Oberts., Günther Jung, Gladenbach/Biedenkopf (28. 6. 58), Hans Epstein, Fellerdill/Dillkrs. (23. 6. 58), Gerhard Müller, Wbn. (9. 6. 58), Hermann Koch, Gladenbach/Biedenkopf (18. 6. 58), Walter Diehl, Sinkershausen/Biedenkopf (26. 6. 58), Günther Ludig, Oberhöchstadt/Oberts. (9. 7. 58), Bernhard Kaps, Waldaubach/Dillkrs. (14. 7. 58), Ewald Klös, Schwalbach/Wetzlar (18. 7. 58), Karl-Heinz Friedrich, Wallau/Biedenkopf (22. 6. 58), Paul Rachow, Steinbrücken/Dillkrs. (10. 7. 58), Friedr. Wilh. Hedrich, Wetzlar (8. 7. 58), Karl Weiß, Hanau (8. 7. 58), Alois Peschka, Haiger/Dillkrs. (12. 3. 58)

die apl. Lehrer Leopold Lapp, Wetzlar (21. 7. 58), Hans-Joachim Kopmann, Langendernbach/Krs. Limburg (26. 7. 58)

die Lehrkraft im Angest.-Verh. Siegfried Schmidt, Ffm. (27. 6. 58)

die Lehramtsanwärterinnen Antonie Jäger, Neuses/Gelnh. (7. 4. 58), Margrit Ansorg, Wetzlar (25. 6. 58), Inge-Sigrid Kegenbein, Ffm. (22. 4. 58), Annemarie Hanussek, Ffm. (21. 4. 58), Ilse Ries, Breithardt/Unterts. (26. 4. 58), Marie von Saint-George, Ffm. (8. 5. 58), Adelheid Wawrzik, Atzbach/Wetzlar (5. 5. 58), Birgit Kleinicke, Wbn. (6. 5. 58), Herta Wirz, Hirzenhain/Dillkrs. (3. 5. 58), Ruth Spiecker, Ffm. (22. 5. 58), Gisela Meinkus, Ffm. (23. 5. 58), Renate Reußner, Heubach/Schlücht. (18. 6. 58), Birgit Schröder, Wbn. (3. 6. 58), Irmgard Blase, Ffm. (16. 6. 58)

zur Lehrerin (BaK)

die Lehramtsanwärterinnen Edeltrud Hampel, Bruchköbel/Hanau (26. 6. 58), Berta-Helene Rauber, Bad Homburg/Oberts. (4. 6. 58), Gertrud, Thöt, Kinzenbach/Wetzlar (9. 6. 58), Gerda Simon, Niedergirmes/Wetzlar (4. 7. 58), Marga Burggraf, Niederlauken/Usingen (24. 6. 58), Liselotte Gierke, Köppern/Oberts. (27. 6. 58), Waldtraud Bögel Sinn/Dillkrs. (14. 7. 58), Hilde Weiß, Hanau (8. 7. 58), Ruth Retat, Ffm. (4. 7. 58)

die apl. Lehrerin Eleonore Fuhrer, Niederwalluf/Rhg. (30. 6. 58)

die Laa. Therese Huhn, Ffm. (10. 3. 58), Jutta Zimmermann, Sulzbach/Maint. (14. 3. 58)

die Lehrkräfte im Angest.-Verh. Isolde Müller, Ffm. (24. 3. 58), Ruthild Röder, Ffm. (15. 4. 58), Bertha Adam, Wetzlar (31. 3. 58), Edith Fanghänel, Bissenberg/Wetzlar (6. 5. 58), Else Busch, Wbn. (29. 3. 58)

zur techn. Lehrerin (BaK)

die techn. Lehrkräfte im Angest.-Verh. Zita Menzler, Ffm. (4. 5. 58), Ruth Baumbach, Bernbach/Gelnhausen (15. 4. 58)

zum Lehrer (BaL)

Lehramtsanwärter Hans Klopsch, Buchenau/Biedenkopf (19. 6. 58)

die Lehrkräfte im Angest.-Verh. Julius Kayser, Bergen-Enkheim/Hanau (23. 6. 58), Herbert Dornig, Fischbach/Utkrs. (6. 6. 58), Johannes Höhle, Lohrhaupten/Gelnh. (11. 7. 58)

zur Lehrerin (BaL)

apl. Lehrerin Hildegard Schulz, Wetzlar (21. 7. 58)

die ehem. Lehrerinnen Magda Göst, Hanau (28. 3. 58), Katharina Weidl, Erbach/Rhg. (19. 4. 58), Amalia Fischer, Niederselters/Limburg (2. 5. 58)

zum Mittelschullehrer (BaK)

die Lehramtsanwärter Wilh. von Schenk zu Schweinsberg, Ffm. (8. 5. 58), Paul Carl, Birstein/Gelnhausen (15. 4. 58), Gotthard Hönig, Wbn. (14. 6. 58)

Lehrer Hubert Paulat, Bad Schwalbach/Utkrs. (27. 6. 58)

zur Mittelschullehrerin (BaK)

Lehramtsanwärterin Ursula Schatter, Wbn. (14. 6. 58)

zur Mittelschullehrerin (BaL)

Lehrerin Hildegard Köpke, Hanau (3. 6. 58)

zum Mittelschullehrer

die Lehrer (BaL) Klaus Foucar, Ffm. (7. 7. 58), Karl Wagner, Gelnhausen (26. 7. 58)

zu Konrektoren

die Lehrer Herbert Masseck, Ffm. (4. 6. 58), Walter Weber, Ffm. (4. 6. 58), Paul Kaminski, Ffm. (24. 6. 58), Julius Bauspief, Ffm. (7. 7. 58), Kurt Stang, Wetzlar (14. 7. 58), Richard Hahn, Wbn. (14. 7. 58), Hugo Bergener, Schlüchtern (13. 3. 58), Karl Schüttler, Ffm. (8. 3. 58)

zu Konrektorinnen

Lehrerin Eva Rings, Ffm. (21. 6. 58)

zu Hauptlehrern

die Lehrer (BaL) Bruno Seyffert, Würges/Limburg (21. 4. 58), Ernst Schlosser, Naurod/Maint. (15. 4. 58), Heinrich Lotz, Lohrhaupten/Gelnh. (16. 4. 58), Georg Zahn, Höchst/Gelnhausen (13. 4. 58), Willi, Diefenbach, Oberbrechen/Limburg (17. 7. 58), Friedr. Adam, Kinzenbach/Wetzlar (21. 7. 58)

zu Hilfsschullehrern

die Hptl. Lehrer Herbert Steuder, Dillenburg/Dillkrs. (7. 3. 58), Karlheinz Fath, Kelkheim-Münster (M.-T.) (15. 4. 58), Horst Liebusch, Ffm. (9. 5. 58)

Lehrkraft im Angest.-Verh. Karl Fischer, Ffm. (15. 4. 58)

Hi. Lehrerin i. R. Martha Koettnitz, Wbn. (27. 3. 58)

zur Hilfsschullehrerin (BaW)

Lehrkraft im Angest.-Verh. Hildegard Loots, Ffm. (3. 6. 58)

zum Konrektor an einer Hilfsschule

Hilfsschullehrer Willi Schubert, Ffm. (6. 6. 58)

zum Rektor als Leiter einer Hilfsschule

Hptl. (Hi) Alois Greif, Wetzlar (28. 6. 58)

Hilfsschullehrerin Ilse Schäfer, Ffm. (22. 5. 58)

zum Rektor

die Hptl. August Kleinert, Schwalbach/Maint. (23. 6. 58), Dr. Adolf Fischer, Dillenburg/Dillkrs. (16. 7. 58)

die Lehrer Erich Weyl, Herbornseelbach/Dillkrs. (30. 4. 58), Karl Vering, Ffm. (12. 6. 58), Otfried Reinhardt, Ffm. (28. 6. 58), Ludwig Reckhart, Wetzlar (28. 6. 58), Walter Schaub, Hermannstein/Wetzlar (4. 7. 58), Paul Heindel, Wetzlar (23. 7. 58), Herbert Flender, Wetzlar (21. 7. 58)

zum Mittelschulkonrektor

die Mi. Lehrer (BaL) Helmut Eicke, Ffm. (15. 4. 58), Willy Lohmann, Herborn/Dillkrs. (7. 7. 58)

zum Mittelschulrektor

Mi. Lehrer Hans Sippel, Hanau (30. 4. 58)

Mi. Konr. Rudolf Marz, Ffm. (19. 6. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Lehrer Karl, Beierlein, Hennethal/Utkrs. (4. 3. 58), Karlheinz Bernhard, Ehrenbach/Utkrs. (4. 3. 58), Ernst Böhm, Kath. Willenroth/Gelnh. (20. 2. 58), Heino Pfaff, Wehrheim/Taunusheim, Usingen (19. 3. 58), Hch. Zimmermann, Wbn. (15. 4. 58), Herbert Lux, Anspach/Usingen (9. 4. 58), Wilh. Schmidt, Wbn. (15. 4. 58), Herbert Ellinghaus, Wörsdorf/Utkrs. (1. 4. 58), Franz Blaschka, Ffm. (15. 4. 58), Armin Müller, Kronberg/Obert. (21. 4. 58), Helmut Dauber, Wbn. (25. 4. 58), Johannes Lindenblatt, Ffm. (23. 4. 58), Walter Schmidt, Wbn. (1. 5. 58), Karl Pitzer, Wbn. (9. 6. 58), Hugo Mey, Ffm. (6. 6. 58), Rudolf Hudler, Ffm. (6. 6. 58), Alfred Divisch, Fischbach/Maint. (11. 6. 58), Richard Schmandt, Bad Soden/Maint. (10. 6. 58), Wilh. Schmittel, Niederhöchstädt/Maint. (11. 6. 58), Helmut Bleß, Ffm. (20. 6. 58), Fritz Walter, Wbn. (13. 6. 58), Paul Birkenbach, Somborn/Gelnh. (13. 6. 58), Erich Rübsam, Großauheim/Hanau (2. 7. 58), Karl-Heinz Blättel, Hadamar/Limburg (6. 8. 58)

Hi. Lehrer Karl Viehmann, Wbn. (14. 6. 58)

die Mi. Lehrer Erwin Birkenhauer, Wbn. (16. 6. 58), Adolf Reitz, Wbn. (28. 6. 58), Dr. Georg Gegenwart, Ffm. (9. 7. 58), Dr. Erich Werner, Wbn. (7. 7. 58), Dr. Alfred Baumgärtner, Wbn. (18. 7. 58)

die Lehrerinnen Käthe van Husen, Eibingen/Rhg. (7. 3. 58), Eleonore Bodem, Ffm. (28. 2. 58), Irmgard Bierstaedt, Limburg (5. 3. 58), Herta Thorand, Schönberg/Obert. (18. 3. 58), Gisela Näthe, Ffm. (21. 3. 58), Marianne Bromm, Bad Orb (21. 3. 58), Hilde Hansen, Ffm. (22. 3. 58), Elis. Maul, Ffm. (29. 3. 58), Elli Hennemann, Limburg (5. 4. 58), Sakuntala Schellong, Wbn. (1. 4. 58), Gerlinde Kocanda, Schwalbach (Maint.) (4. 4. 58), Therese Reichert, Wbn. (15. 4. 58), Johanna Jäger, Ffm. (15. 4. 58), Anna-Marthe Glinda, Hochstadt/Hanau (9. 4. 58), Stephanie Wagner, Hanau (23. 4. 58), Ilse Werlich, Ffm. (23. 4. 58), Ingeborg Burger, Wbn. (26. 4. 58), Mathilde Schneider, Ffm. (8. 5. 58), Edith Trybull, Bad Homburg (Obert.) (3. 5. 58), Kath. Scherer, Hadamar/Limburg (9. 5. 58), Maria Püsch, Limburg (12. 5. 58), Hannelore Gerber, Ffm. (5. 6. 58), Christa-Maria Brust, Ffm. (4. 6. 58), Martha Meyer, Großauheim/Hanau (23. 5. 58), Erna Düring, Ffm. (6. 6. 58), Marga Scheu, Ffm. (4. 6. 58), Hedwig Rüdell, Hochheim (Maint.) (10. 6. 58), Eva-Maria Jaensch, Wbn. (3. 6. 58), Annemarie Kögel, Neuenhain/Maint. (12. 6. 58), Maria-Theresia Klemann, Wbn. (3. 6. 58), Helga Büschenfeld, Wbn. (2. 6. 58), Irmgard Walther, Wetzlar (15. 6. 58), Hedel Puschmann, Fischbach/Maint. (11. 6. 58), Lotte Roy, Wbn. (3. 6. 58), Adele Thuma, Altenhäßlau/Gelnh. (9. 6. 58), Otti Stiebing, Gladenbach/Biedenkopf (19. 6. 58), Marg. Leuschner, Steinbach/Limburg (7. 7. 58), Dorothea Wylenzek, Marköbel, Hanau (21. 6. 58), Elfriede Beck, Ffm. (25. 6. 58), Dr. Maria Peltermann, Dillenburg/Dillkr. (18. 6. 58), Eva Bahr, Wbn. (26. 6. 58), Emmi Winter, Langendiebach/Hanau (27. 7. 58), Ruth Kehr, Lieblos/Gelnh. (25. 6. 58), Eva Menzel, Ffm. (11. 7. 58), Else Kochendörfer, Bad Homburg (24. 7. 58), Ruth Ruth, Hanau (22. 7. 58), Elis. Lindner, Ehringshausen/Wetzlar (5. 8. 58)

die techn. Lehrerinnen Hildegard Thoma, Wetzlar (5. 5. 58), Senta Weygandt, Wbn. (9. 6. 58), Helga Mork, Wbn. (19. 6. 58), Elis. Strasser, Bad Schwalbach/Unterts. Krs. (17. 7. 58), Gertraut Schade, Langendernbach/Limburg (16. 6. 58)

Hilfslehrerin Ottilie Aüder, Königstein/Obert. (7. 6. 58)

Mi. Lehrerin Dr. Annemarie Beck, Wbn. (25. 4. 58)

Mi. Lehrerin Magdalene Schulte, Wbn. (14. 6. 58)

Mi. Lehrerin Dr. Ursula Johow, Ffm. (3. 7. 58)

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer Georg Kaiser, Hanau (1. 4. 58), Arthur Fries, Wbn. (1. 6. 58), Hermann Korn, Bad Schwalbach/Utkrs. (1. 4. 58), Alfred Goltz, Seulberg/Oberts. (1. 5. 58), Erich Albrecht, Ffm. (1. 5. 58), Emil Reinecker, Frohnhausen/Dillkreis (1. 6. 58), Max Schmidt, Wetzlar-Niedergirmes (1. 4. 58), Johann Schmitt, Ffm. (1. 4. 58), Wilh. Herr, Sinn/Dillkreis (1. 6. 58), Waldemar Hiensch, Ramschied/Uts. Krs. (1. 7. 58), Karl Göpel, Ffm. (1. 7. 58), Reinhard Maier, Erbach/Limburg (1. 7. 58), Hubert Schmitt, Werschau/Limburg (1. 7. 58), Wilhelm Reitz, Ffm. (1. 8. 58), Julius Bayer, Friedrichsdorf (Oberts.) (1. 8. 58)

die Mi. Lehrer Michael Reiter, Camberg/Limburg (1. 5. 58), Karl Mahr, Ffm. (1. 5. 58)

die Hptl. Wilh. Beth, Niederwalluf/Rhg. (1. 9. 58), Heinr. Wißner, Roßdorf/Hanau (1. 10. 58), Josef Herber, Weißkirchen/Oberts. (1. 10. 58)

die Konrektoren Waldemar Weber, Flörsheim/Maints. (1. 5. 58), Adolf Scherer, Rüdesheim/Rhg. (1. 10. 58)

die Direktoren Bernh. Wüst, Ffm. (1. 4. 58), Alexander Keller, Ffm. (1. 5. 58), Gustav Beck, Oberursel/Oberts. (1. 6. 58), Heinr. Müller, Wbn. (1. 10. 58), Georg Krauskopf, Langendiebach/Hanau (1. 10. 58)

Schulrat Philipp Willich, Wetzlar (1. 4. 58)

die Lehrerinnen Marg. Bilger, Biedenkopf (1. 5. 58), Charlotte Mittler, Wbn. (1. 4. 58), Anni Banner, Ffm. (1. 5. 58), Elise Jerschenkowski, Ffm. (1. 4. 58)

die techn. Lehrerinnen Johanna Porkert, Driedorf (1. 7. 58), Erna Geißel, Wbn. (1. 4. 58), Kath. Mathi, Ffm. (1. 6. 58), Bertha Gold, Ewersbach/Dillkrs. (1. 8. 58)

die Lehrerinnen Elis. David, Oberursel/Oberts. (1. 6. 58), Elis. Faltin, Wilsenroth, Limburg (1. 8. 58), Hildegard von Stwolinski, Aulhausen/Rhg. (1. 8. 58)

die Mi. Lehrerinnen Mathilde Sahner, Bad Homburg/Obts. (1. 4. 58), Leni Wendorf, Ffm. (1. 5. 58), Else Rodembusch, Ffm. (1. 7. 58)

Mi. Konrektorin Elly Lamprecht, Wbn. (1. 4. 58)

Mi. Rektorin Petronella Brang, Hanau/M. (1. 4. 58)

entlassen

Lehramtsanwärter Hans Lifschitz, Hanau (1. 4. 58)

Lehrer Hubert Hettwer, Bad Homburg/Oberts. (1. 5. 58)

die Lehramtsanwärterinnen Helga Wunderlich, Ffm. (1. 4. 58), Hildegard Fernges, Bad Homburg/Oberts. (1. 7. 58), Maria Stolle, Marburg/Schlücht. (1. 8. 58)

apl. L. Käthe Wiesmann, Kirchbracht/Gelnh. (1. 8. 58)

die Lehrerinnen Doris Braszus, Ffm. (1. 4. 58), Antonie Schmauß, Ffm. (1. 5. 58), Dr. Brigitte Enders, Weilburg (Oberlahn) (1. 5. 58), Eleonore Weingärtner, Wbn. (1. 6. 58), Friedgunde Knab, Ffm. (1. 5. 58), Helga Seel, Neuenhäßlau (Gelnh.) (1. 5. 58), Barbara Veidt, Wbn. (1. 8. 58), Hildegard Geiter, Kiedrich/Rhg. (1. 10. 58)

apl. Mi. Lehrerin Hildegard Hürthle, Bad Homburg/Oberts. (1. 9. 58)

Wiesbaden, 15. 8. 1958

Der Regierungspräsident

II/2 1 r

St.Anz. 39/1958 S. 1151

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten**a) Ministerium**

ernannt zum

Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Carl Rathmackers (9. 7. 1958)

Oberregierungsrat Regierungsrat (BaL) Franz Storch (9. 7. 1958)

Regierungsrat (BaK) Regierungsassessor Heribert Roeskens (5. 9. 1958)

Forstassessor (BaW) Assessor im Forstdienst Dr. Eberhard Westernacher (9. 7. 1958)

Amtsrat Regierungsamtmann (BaL) Ernst Ködding (4. 8. 1958)

Amtsrat Regierungsbauamtmann (BaL) Alfred Schneider (5. 8. 1958)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsrat Hans Ohlendorf (15. 8. 1958)

Regierungsinspektor Erwin Bechlinger (17. 7. 1958)

Umbenennung der Amtsbezeichnung

Oberregierungsbaudirektor Karl Berg, neue Amtsbezeichnung: Ministerialrat

b) Landeskulturverwaltung

ernannt zum

Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor (BaL) Hans-August Kilian, Kulturamt Limburg (16. 7. 58)

Regierungsoberbauinspektor Regierungsbauinspektor (BaL) Artur Stuhlemmer, Kulturamt Friedberg (4. 8. 58)

Regierungsinspektor (BaK) die außerplanmäßigen Regierungsinspektoren Walter Gerlach, Kulturamt Bad Hersfeld (3. 9. 58), Ludwig Hillgärtner, Kulturamt Darmstadt (3. 9. 58), Hans Werner Kropf, Kulturamt Kassel (3. 9. 58)

Vermessungsinspektor (BaK) die außerplanmäßigen Vermessungsinspektoren Albert Bender, Kulturamt Limburg (3. 9. 58), Gerhard Schaaf, Kulturamt Dillenburg (3. 9. 58), Karlheinz Seyffarth, Kulturamt Lauterbach (3. 9. 58)

Regierungsobersekretär Regierungsssekretär (BaK) Günter Kirchberg, Kulturamt Limburg (22. 8. 58)

Vermessungssekretär (BaW) Vermessungssekretär z. Vv. Hermann Heumann, Landeskulturamt Wiesbaden (13. 8. 58) außerplanmäßigen Regierungsssekretär (BaW) Beamtenanwärter Bernhard Sattler, Kulturamt Hanau (16. 7. 58)

außerplanmäßigen Vermessungsinspektor (BaW) Vermessungsinspektoranwärter Rudolf Thiem, Kulturamt Hanau (3. 9. 58) und die b. g. Vermessungstechniker Erwin Benz, Kulturamt Wetzlar (2. 9. 58), Heinrich Mainz, Kulturamt Hanau (2. 9. 58), Heinrich Cronau, Kulturamt Kassel (2. 9. 58), Theodor Schellenberg, Kulturamt Kassel (2. 9. 58)

in den R u h e s t a n d versetzt

Vermessungsoberinspektor Karl Fähnrich, Kulturamt Hanau (1. 8. 58)

Vermessungsoberinspektor Emil Schilling, Kulturamt Fulda (1. 8. 58)

Vermessungsobersekretär Hermann Schmidt, Kulturamt Darmstadt (1. 9. 58)

c) Wasserwirtschaftsverwaltung

ernannt zum

Regierungsobersekretär Regierungsssekretär (BaL) Erich Kramski, Reg. Präsident Wiesbaden (21. 7. 58)

außerplanmäßigen Regierungsbauinspektor (BaW) Ing. für Wasserwirtschaft, Kultur und Tiefbau Eberhard Stork, Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden — Außenstelle Hanau — (21. 7. 58) und die Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik Franz Steiner, Wasserwirtschaftsamt Kassel (3. 9. 58), Heinrich Ussele, Wasserwirtschaftsamt Kassel — Außenstelle Korbach — (5. 8. 58)

in den R u h e s t a n d versetzt

Regierungsbauamtmann Karl Schmitt, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (1. 9. 58)

Wiesbaden, 9. 9. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Ib — 7 o 16

St.Anz. 39/1958 S. 1153

968

Der Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

Urteil vom 6. September 1958

— P. St. 221 —

Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 153 HBG

Im Namen des Volkes!

In dem Verfahren

zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 153 HBG hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen auf Grund der Hauptverhandlung vom 4. Juli 1958, bei der mitgewirkt haben

1. der Präsident des Staatsgerichtshofes, Landgerichtspräsident Dr. Lesser, als Vorsitzender
2. der Vizepräsident des Staatsgerichtshofes, Landgerichtspräsident Dr. Schröder,
3. Universitätsprofessor Dr. Coing,
4. Universitätsprofessor Dr. Düker,
5. Rechtsanwalt und Notar Engel,
6. Senatspräsident Dr. Goldschmidt,
7. Landgerichtsdirektor Dr. Hornef,
8. Landgerichtsdirektor Dr. Nickel,
9. Landgerichtspräsident Dr. Speith,
10. Freifrau von Stein,
11. Rechtsanwalt und Notar Dr. Vollert, als beisitzende Richter,

Amtsrat Witte

— als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle —

für Recht erkannt:

1. § 153 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienste des Landes Hessen in der Fassung vom 11. November 1954 GVBl. S. 239 widerspricht, soweit er den Minister des Innern ermächtigt, gemeinsam mit dem Direktor des Landespersonalamtes nach den Bestimmungen des Gesetzes Rechtsvorschriften zur Ergänzung des Gesetzes zu erlassen, nicht der Hessischen Verfassung.
2. Die Entscheidung ergeht gebührenfrei; Auslagen werden nicht erstattet.

Gründe

I.

Das Gesetz über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienste des Landes Hessen in der Fassung vom 11. November 1954 (HBG) enthält in den §§ 10 ff. Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Behördenbediensteten. § 21 (in der Fassung vom 25. 6. 1948 GVBl. S. 101 § 19) lautet:

Das Nähere über die Tätigkeit der Bediensteten wird durch Verordnung geregelt. Dabei wird auch bestimmt, ob und inwieweit der Bedienstete die für eine Nebentätigkeit gezahlte Vergütung abzuführen hat.

§ 153 HBG (in der früheren Fassung § 106 Abs. 1) bestimmt: Der Minister des Innern kann gemeinsam mit dem Di-

rektor des Landespersonalamtes nach den Bestimmungen dieses Gesetzes Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Ausführung und Ergänzung dieses Gesetzes erlassen.

Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Hess. Minister des Innern gemeinsam mit dem Direktor des Landespersonalamtes am 21. Juni 1950 die erste Verordnung zur Durchführung des HBG (im folgenden kurz VO) GVBl. S. 110 erlassen, in der in § 15 u. a. Hochschullehrern und Direktoren der städtischen und sonstigen öffentlichen Kliniken die Verpflichtung auferlegt wird, einen Hundertsatz ihrer Einnahmen an die Kasse des Dienstherrn abzuführen, soweit diese Bediensteten Einrichtungen, Personal oder Material ihres Dienstherrn in Anspruch nehmen. § 16 VO lautet:

(1) Soweit die in § 15 aufgeführten Personen für die Behandlung von Privatpatienten in öffentlichen Kliniken oder Anstalten Einrichtungen (Behandlungsräume, Inventar, Apparate, Maschinen, Instrumente usw.), Personal oder Material ihres Dienstherrn in Anspruch nehmen, gilt folgendes:

Die ihnen durch die private Behandlung der Patienten sowie aus der sonstigen ärztlichen Nebentätigkeit zufließenden Bruttoeinnahmen werden ihnen in Höhe von 10 000 Deutsche Mark jährlich ungekürzt belassen. Von Bruttoeinnahmen über 10 000 Deutsche Mark bis 20 000 Deutsche Mark jährlich sind 20 von Hundert, von jeden weiteren 5000 Deutsche Mark Bruttoeinnahmen jährlich jeweils weitere 5 vom Hundert bis zum Höchstsatz von 50 vom Hundert an die Kasse des Dienstherrn abzuführen.

(2) Die den öffentlichen Kassen hiernach zufließenden Einnahmen sollen zur Deckung der persönlichen, sächlichen und allgemeinen Verwaltungsausgaben der betreffenden Kliniken oder Anstalten mitverwendet werden.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) hat die ihm unterstellten Klinikdirektoren des Städtischen Krankenhauses Frankfurt (Main)-Höchst aufgefordert, über die nach der Verordnung der Abführungspflicht unterliegenden Einnahmen zu berichten und die Leistungen zu erbringen. Diese Beamten haben sich geweigert, der Aufforderung nachzukommen. Sie bestreiten die Rechtsgültigkeit der Verordnung, die in ihrem Ausmaß durch die Ermächtigung des Gesetzes nicht gedeckt werde; sie sind der Meinung, § 16 VO verletze den Gleichheitssatz und verstoße gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums; die ihnen in der VO auferlegte Abgabe stelle sich als eine unzulässige diskriminierende Umsatzsteuer dar.

Die Stadt Frankfurt (Main), vertreten durch den Magistrat, hat darauf beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) die Nachprüfung der Rechtsgültigkeit der Verordnung, insbesondere des § 16, gemäß § 25 des Verwaltungsgerichtsgesetzes (VGG) beantragt. In der Begründung zu dem Antrag wird auch die Stellungnahme der Beamten dargelegt, die sich u. a. auf Gutachten namhafter Rechtslehrer stützt. Am 27. Februar 1957 hat der 1. Senat des VGH folgenden Beschluß erlassen:

I. Die Entscheidung in der Sache wird ausgesetzt.

II. Die Akten sollen dem Präsidenten des Hess. Verwaltungsgerichtshofes vorgelegt werden mit der Bitte, gemäß Art. 132, 133 der Verfassung des Landes Hessen und § 41 des (Hess.) Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 12. 12. 1947 (GVBl. 1948 S. 3) beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen eine Entscheidung über folgende Rechtsfrage zu beantragen:

Ist § 153 HBG (i. d. F. v. 11. Nov. 1954) insoweit mit Art. 107 Hess. Verfassung vereinbar, als er den Minister des Innern ermächtigt, gemeinsam mit dem Direktor des Landespersonalamtes nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienste des Landes Hessen Rechtsvorschriften zur Ergänzung des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienste des Landes Hessen zu erlassen?

In den Gründen hat der Senat ausgeführt, daß gegen seine Zuständigkeit zur Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit der §§ 15 und 16 VO keine Bedenken beständen. Der Stadt Frankfurt könne das Rechtsschutzinteresse für das Normenprüfungsverfahren nicht abgestritten werden. Obwohl sie selbst der Meinung sei, daß sich die genannten Bestimmungen im Rahmen der Hessischen Verfassung (HV) hielten, müsse das Rechtsschutzbedürfnis bejaht werden, weil mehrere Rechtsgutachter die gegenteilige Auffassung verträten. Bei der in § 21 HBG erteilten Ermächtigung handele es sich, soweit die Entscheidungspflicht nach § 15 VO in Betracht komme, um eine Ermächtigung zum Erlaß einer Ausführungsverordnung, jedoch, soweit die Abführungspflicht nach § 16 VO in Frage stehe, um eine Ermächtigung zum Erlaß einer Gesetzesergänzenden Verordnung. Hinsichtlich dieser Ermächtigung beständen Bedenken, inwieweit sich die Zuständigkeitsregelung nach § 153 HBG im Rahmen der HV halte. Nach Art. 107 HV könne der Gesetzgeber den zuständigen Minister zum Erlaß von Rechts- und Verwaltungsverordnungen, nicht aber von Ergänzungsverordnungen ermächtigen; nach Art. 118 HV könne die Gesetzgebungsgewalt für bestimmte einzelne Gegenstände nur auf die Landesregierung übertragen werden. Daher sei die Zuständigkeitsregelung, soweit sie sich auf Gesetzesergänzende Verordnungen erstrecke, verfassungswidrig. Über die Verfassungswidrigkeit des § 153 HBG könne aber nur der Staatsgerichtshof entscheiden.

Der Präsident des VGH hat unter Vorlage dieses Senatsbeschlusses und unter Bezugnahme auf dessen Begründung beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung über die Rechtsfrage des Vorlagebeschlusses beantragt. Er hat erklärt, er habe diesen Antrag auf Grund des ihm in § 41 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (StGHG) eingeräumten Antragsrechts gestellt; hilfsweise möge der Antrag als Vorlage nach Art. 133 Abs. 1 HV aufgefaßt werden.

Der Hessische Ministerpräsident hat beantragt, den Antrag als unzulässig zurückzuweisen, hilfsweise, festzustellen, daß § 153 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienste des Landes Hessen in der Fassung vom 11. November 1954 mit der Hessischen Verfassung widerspricht.

Zum Hauptantrag er ausgeführt, § 41 Abs. 1 StGHG räume dem Präsidenten eines höchsten Gerichtes nicht das Recht ein, eine abstrakte Normenkontrolle zu beantragen. Voraussetzung für den Antrag sei vielmehr die zulässige Vorlage eines Rechts nach Art. 133 Abs. 1 HV. Die Vorlage sei aber nicht zulässig. Der VGH sei nämlich für die von der Stadt Frankfurt geführte Entscheidung nicht zuständig, da er nur über die Gesetzmäßigkeit einer Norm zu entscheiden habe. Die Stadt begehre jedoch nicht die Gesetzmäßigkeit der §§ 15 und 16 VO, sondern wolle nur die Bedenken ausgedrückt wissen, die von anderer Seite gegen die Verfassungsmäßigkeit dieser Rechtsvorschriften erhoben werden; damit begehre die Stadt eine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit einer Rechtsverordnung als Hauptfrage; dafür sei nicht der VGH sondern der StGH zuständig. Dem Normenkontrollantrag fehle zudem der Gegensatz zur Annahme des Senats das Rechtsschutzbedürfnis; außerdem könne der Ansicht des Senats, § 16 VO enthalte Gesetzesergänzende Bestimmungen, nicht zugestimmt werden; der StGH sei an die unzutreffende Auffassung des Senats nicht gebunden.

Zum Hilfsantrag hat der Ministerpräsident den Standpunkt eingenommen, daß der Gesetzgeber den einzelnen Minister

auch zu Ergänzungs- und Abänderungsverordnungen ermächtigen könne, da es sich dabei nicht um Normen über bestimmte einzelne Gegenstände handele, zu deren Erlaß nur die Landesregierung gemäß Art. 118 HV ermächtigt werden könne. In der Hauptverhandlung hat sein Vertreter ausgeführt, daß die in § 153 HBG getroffene Regelung — trotz entgegenstehendem, während der Besetzungszeit gewähltem Wortlaut — sich nur auf Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen, nicht aber Ergänzungsverordnungen erstrecke.

Der Landesanwalt hat sich dem Verfahren nicht angeschlossen; er ist der Ansicht, daß es sich bei der Verordnung nicht um eine Ergänzungsverordnung handele, da der Anwendungsbereich des Gesetzes nicht auf neue Personengruppen oder Tatbestände erweitert werde; zudem enthalte Art. 107 HV kein Verbot Gesetzesergänzender Verordnungen.

Dem Vorsitzenden und den Berichterstattern des kommunalpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags, der mit den Vorarbeiten für das HBG (Fassung von 1948) befaßt war, ist vor der Hauptverhandlung Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden; auch die Stadt Frankfurt (Main) ist gehört worden.

II.

1. Der StGH ist gemäß Art. 131 und 132 HV zur Entscheidung über die vorgelegte Frage berufen.
2. Dem Präsidenten des VGH steht ein selbständiges Antragsrecht gemäß § 41 Abs. 1 StGHG nicht zu. Zwar spricht der Wortlaut dieser unter dem Abschnitt „Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen“ eingereichten Bestimmung

„der Antrag kann auch von dem Präsidenten eines höchsten Gerichtes gestellt werden“

nicht gegen ein selbständiges Antragsrecht; aber die Art. 131 und 133 HV im Zusammenhang mit den Materialien zum jetzigen § 41 Abs. 1 StGHG lassen eindeutig erkennen, daß der Gesetzgeber an ein selbständiges Antragsrecht der höchsten Richter nicht gedacht hat. In Art. 131 Abs. 2 HV sind diejenigen, die den Antrag auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen beim StGH stellen können, einzeln aufgeführt. Darunter befinden sich nicht die Präsidenten der höchsten Gerichte. Diese werden in der Verfassung lediglich in Art. 133 erwähnt; nach dieser Vorschrift liegt es ihnen ob, die Entscheidung des StGH über ihnen unterbreitete Vorlagebeschlüsse der unterstellten Gerichte herbeizuführen. Schon bei den Beratungen über den Verfassungsentwurf ist die den Präsidenten in Art. 133 HV übertragene Aufgabe unwidersprochen als nichtselbständige Funktion bezeichnet worden (StenBericht der 15. Sitzung des Verf. Ausschusses v. 1. 10. 46 S. 231).

Von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung dieser Frage ist jedoch die Entstehungsgeschichte des § 41 Abs. 1 StGHG und der innere Aufbau dieses Gesetzes. Der Entwurf des Ministerpräsidenten für ein Gesetz über den Staatsgerichtshof (Hess. Landtag I. Wahlperiode, Drucksache Abt. I Nr. 118) und seine Begründung sprechen bereits gegen ein selbständiges Antragsrecht der Präsidenten. Dort heißt es:

§ 26

Das Verfahren nach Art. 133 der Verfassung wird dadurch eingeleitet, daß der Präsident des Gerichts dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes die Akten mit einem Bericht, aus welchem sich seine Stellungnahme ergibt, vorlegt,

und weiter,

§ 36 Abs. 1

Im Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Rechtsverordnungen kann der Antrag auf Entscheidung außer den in § 25 (betrifft den öffentlichen Kläger)- und § 26 bezeichneten Fällen auch von den in Art. 131 Abs. 2 der Verfassung genannten Berechtigten gestellt werden.

In der Begründung zu § 26 heißt es:

Jedes Gericht ist verpflichtet, auf dem Dienstwege dem Präsidenten des höchsten ihm übergeordneten Gerichts seine Bedenken mitzuteilen, wenn es ein Gesetz oder eine Verordnung, auf deren Gültigkeit es bei einer Entscheidung in einer anhängenden Sache ankommt, für verfassungswidrig hält. Der Präsident übergibt die Sache dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung.

Der Entwurf des Rechtsausschusses (Drucks. Abt. II Nr. 176) sagt in § 31 Abs. 1:

- Den Antrag festzustellen, ob ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung verfassungsmäßig ist, können stellen
1. die in § 23 Abs. 3 Genannten (entspricht dem Art. 131 Abs. 2 HV),
 2. der Landesanwalt,
 3. im Falle des Art. 133 HV die Präsidenten der dort bezeichneten Gerichte.

Später hat der Rechtsausschuß aus gesetzestechnischen Gründen (vgl. Drucks. Abt. II Nr. 268) den Landesanwalt in § 17 (bisher 23), der zu den allgemeinen Vorschriften gehört und eine Wiederholung der Antragsregelung in der HV (Art. 131 Abs. 2) enthält, mitaufgeführt und in § 42 Abs. 1 nur die Präsidenten erwähnt, weil diese nach Art. 133 HV die Entscheidung des StGH herbeizuführen haben, ohne allerdings hier die Worte „im Falle des Art. 133 HV“ hinzuzufügen. Dem diesem Antrag beigefügten Bericht (Nr. 269) ist jedoch zu entnehmen, daß an dem Inhalt des bisherigen § 31 des Entwurfs nichts geändert werden sollte. § 42 Abs. 1 des Entwurfs ist als § 41 Abs. 1 Gesetz geworden. Nimmt man noch hinzu, daß der Landesanwalt als die unabhängige Stelle gewollt und bezeichnet worden ist, so ist der Schluß gerechtfertigt, daß der Gesetzgeber nicht außerdem noch mehrere Präsidenten als weitere unabhängige Antragsberechtigte hat einführen wollen.

In Übereinstimmung mit der nichtveröffentlichten Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 6. 1. 1950 P. St. 29 und abweichend von dem im Urteil vom 27. 3. 1953 P. St. 96 St. Anz. S. 546 ohne nähere Begründung eingenommenen Standpunkt muß daher dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes das Recht versagt werden, selbständig auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzutragen; ihm steht ein Antragsrecht nur im Rahmen des Art. 133 HV zu.

3. a) Nach Art. 133 HV ist Voraussetzung für die Vorlage, daß ein Gericht eine Entscheidung zu treffen hat, bei der es — zum mindesten nach seiner Auffassung — auf die Gültigkeit des für verfassungswidrig gehaltenen Gesetzes ankommt. Das Normenkontrollverfahren schließt, obwohl es kein Rechtsstreit im üblichen Sinne ist (vgl. VGH in NJW 56, 525 und BGHZ 22, 42), mit einer Entscheidung des Gerichts ab; auch ein Normenprüfungsverfahren beschränkteren Umfangs, wie es das VGG vorsieht, vermag den Weg zum Verfassungsgericht zu eröffnen (vgl. von Mangoldt, Bonner Grundgesetz Art. 100 Anm. 5; Bonner Kommentar Art. 100 Erl. A 2 f; Ipsen DV 1949, 488). Am Ende des Vorlagebeschlusses, der in eingehenden Ausführungen die in § 153 HBG getroffene Zuständigkeitsregelung, soweit sie sich auf gesetzesergänzende Verordnungen erstreckt, für verfassungswidrig erachtet, wird die Frage aufgeworfen, aber nicht beantwortet, inwieweit eine Landesermächtigung dem Art. 80 des Grundgesetzes entsprechen muß und ob bejahendenfalls die Ermächtigung im HBG den Anforderungen des Grundgesetzes entspricht. Danach könnte der Senat es offengelassen haben, ob er die Rechtsgültigkeit des § 16 VO auch dann verneinen würde, wenn der Staatsgerichtshof die Vereinbarkeit des § 153 HBG mit der HV bejahte, so daß es auf die im Vorlagebeschuß gestellte Frage nicht ankäme. Das Bundesverfassungsgericht hat im Hinblick auf § 80 BVerfGG Vorlagen für unzulässig erklärt, in denen die Entscheidungserheblichkeit der vorgelegten Frage nach der Begründung des Vorlagebeschlusses nicht außer allem Zweifel steht (vgl. BVerfGE 7, 171). Aus der Tatsache der Vorlage an den StGH und aus der eingehenden Begründung des Beschlusses ergibt sich mit hinreichender Deutlichkeit, daß die vorgelegte Frage für den Verwaltungsgerichtshof das eigentliche Problem ist. Der Hinweis auf Art. 80 GG soll nur anzeigen, daß auch das Grundgesetz in die Überlegungen des Senats einbezogen worden ist, ohne daß ihm für den zur Entscheidung anstehenden Fall weitere Bedeutung beigemessen wird, die ihm auch nicht zukommt; vgl. hierzu § 14 des DBG in der Bundesfassung vom 30. 6. 1950 und § 69 BBG.

b) Die von dem Ministerpräsidenten geltend gemachten Bedenken gegen die Zulässigkeit der Vorlage sind nicht begründet. Richtig ist, daß der VGH nur über die Gesetzmäßigkeit einer Verordnung zu befinden hat, im vorliegenden Fall, ob die Verordnung mit dem HBG vereinbar ist. Die Stadt Frankfurt (Main) verlangt auch nichts anderes als diese Klärung, obwohl sie in der Begründung ihres Antrages an den VGH auf — von den Klinikdirektoren vor-

gelegte — Rechtsgutachten verweist, in denen vorwiegend Fragen der Verfassungsmäßigkeit erörtert werden. Jedemfalls kann der VGH, der die Gesetzmäßigkeit unter jedem Gesichtspunkt im Rahmen seiner Zuständigkeit zu prüfen hat, gleichgültig mit welcher Begründung der Antrag vorgelegt wird, endgültig entscheiden, ohne seine Kompetenz zu überschreiten. Wenn der StGH den § 153 HBG mit der HV für vereinbar erklärt, kann der VGH die Verfassungsmäßigkeit des beanstandeten § 16 VO bejahen. Für das verwaltungsgerichtliche Normenprüfungsverfahren ist die Frage nach der Gesetzmäßigkeit die Hauptfrage, die nach der Verfassungsmäßigkeit die Inzidentfrage (vgl. BGHZ 22, 40/41). Dieser Auffassung steht die Bindungswirkung des § 25 Abs. 2 VGG nicht entgegen; diese kann sich im Hinblick auf Art. 133 der später erlassenen HV und das Grundgesetz nur auf die Gesetzmäßigkeit beziehen, so daß in einem künftigen Rechtsstreit zwischen der Stadt Frankfurt (Main) und den Klinikdirektoren das angerufene Gericht zwar außerstande ist zu entscheiden, daß die Verordnung durch die Ermächtigung des Gesetzes nicht gedeckt werde; sollte es aber im Gegensatz zu einem Beschluß nach § 25 VGG die Verfassungsmäßigkeit verneinen, wäre es gehalten, darüber das Verfassungsgericht anzurufen.

c) Die Zulässigkeit der Vorlage kann auch nicht mit dem Hinweis beanstandet werden, die sonstigen Ausführungen des VGH über das Rechtsschutzinteresse und insbesondere die Ausführungen über den Rechtscharakter des § 16 VO (Durchführungsverordnung oder Ergänzungsverordnung) seien nicht frei von Rechtsirrtum; ob der Auffassung des VGH hierzu beizutreten ist oder nicht, unterliegt nicht der Prüfung des Staatsgerichtshofes; denn für die Beurteilung der Entscheidungserheblichkeit im Sinne des Art. 133 HV ist grundsätzlich die Rechtsauffassung des vorlegenden Gerichts, nicht eine etwa abweichende des Staatsgerichtshofes maßgebend. Zu diesem Problem hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt Stellung genommen und den hier eingenommenen Standpunkt vertreten (vgl. BVerfGE 2, 191, 389). Es hat zwar die Frage offengelassen, ob dieser Grundsatz dann eine Ausnahme erleben müsse, wenn der Rechtsstandpunkt des vorlegenden Gerichts offensichtlich unhaltbar ist. Davon kann hier weder bezüglich der Frage des Rechtsschutzinteresses (vgl. BVerfGE 7, 23/24) noch hinsichtlich des umstrittenen Rechtscharakters des § 16 VO die Rede sein. Das Bundesverfassungsgericht begründet seine Ansicht für das Normenkontrollverfahren sei der Rechtsstandpunkt des vorliegenden Gerichts maßgebend, damit, daß andernfalls „unerträgliche praktische Ergebnisse“ die Folge seien. Das Verfassungsgericht könnte dann eine Sachentscheidung nicht treffen, wenn es seiner Ansicht nach auf die Gültigkeit des angegriffenen Gesetzes bei der Entscheidung des vorlegenden Gerichts nicht atommt; dieses aber könnte, ohne die von ihm als notwendig angesehene Sachentscheidung des Verfassungsgerichts, ne Entscheidung in seinem Verfahren nicht fällen, die Bindung des vorlegenden Gerichts aber an die Entscheidung des Verfassungsgerichts erstrecke sich nicht auf die zu Inzidentfragen entwickelten Rechtsansichten, die das Verfassungsgericht zur Abweisung des Antrages aus prozessualen Gründen bestimmen. Diese untragbaren Folgen können auch hiezutreten. Auf Grund eines zurückweisenden Beschlusses wie es im Normenkontrollverfahren nach § 25 VGG zu dem non liquet. Falls später ein Rechtsstreit zwischen der Stadt Frankfurt und den Klinikdirektoren anhängig wäre, hätte das Verwaltungsgericht über die Gültigkeit des § 16 VO zu entscheiden; sollte es sich dann bei Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Verordnung der Auffassung des Verwaltungsgerichtshofes anschließen, müßte es erneut vor, ohne daß jemals, wenn der Staatsgerichtshof bei der gegenteiligen Meinung bliebe, eine Sachentscheidung gefällt werden könnte. Die Entscheidung des BVerfG (E. 45) — wonach das Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit einer Norm nicht auf der Grundlage einer unrichtigen Auslegung dieser Norm durch das vorliegende Gericht prüfen kann — steht der zitierten Rechtsprechung nicht entgegen. Offensichtlich handelte es sich dort um einen fiktiven rechtlichen Tatbestand, und dem Bundesverfassungsgericht erschien es nicht möglich, der vom vorlegenden Gericht vertretenen Auslegung zu folgen. Hier besteht, was die Auslegung der §§ 21 und 153 HBG anlangt, kein Unterschied zwischen den Auffassungen beider Gerichte. Die Entscheidungserheblichkeit von der Rechtsauffassung des VGH ausgeht, werden die Gren-

zen zwischen Art. 131 HV, der den Aufgabenkreis des Verfassungsgerichts umreißt, und § 25 VGG, der die Zuständigkeit für die vom VGH auszuübende Normenkontrolle festlegt, nicht verwischt. Die Rechtsansichten des VGH werden vom Staatsgerichtshof nicht übernommen, sondern nur für die Beurteilung der Entscheidungserheblichkeit für maßgebend erachtet.

III.

1. Kann danach die Vorlage unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt als unzulässig angesehen werden, so obliegt dem StGH die Entscheidung darüber, ob § 153 HBG mit irgend einer Bestimmung der HV unvereinbar ist. Das vorliegende Gericht kann die Prüfung nicht auf die Frage der Vereinbarkeit mit einem bestimmten Artikel der Verfassung beschränken (vgl. BVerfGE 3, 196/7). Im übrigen ist der Vorlagebeschluß durch Heranziehung der Gründe auch dahin auszulegen, daß der VGH den § 153 HBG mit der Hessischen Verfassung (nicht nur mit Art. 107) für unvereinbar hält, wie umgekehrt der Hilfsantrag des Ministerpräsidenten folgerichtig dahin geht, das Gegenteil festzustellen.

2. Nach Art. 107 HV erläßt die Landesregierung die zur Ausführung eines Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsverordnungen, soweit das Gesetz diese Aufgabe nicht einzelnen Ministern zuweist. Die Bedeutung dieses Artikels liegt in der Ermächtigung an die Landesregierung, Ausführungsverordnungen zu erlassen (hierzu vgl. Urteil d. StGH v. 11. 5. 1956 P. St. 191 St.Anz. S. 552 unter II 2). Der Nebensatz dieser Vorschrift setzt voraus, daß die Verfassung die Delegation an die Exekutive auf Grund Gesetzes nicht verbietet, ohne daß dort die Grenzen der Ermächtigungsbefugnis aufgezeigt werden; er besagt nur, daß die etwaige Zuweisung an den Fachminister durch Gesetz den Vorrang haben soll vor der verfassungsmäßig verankerten allgemeinen Ermächtigung an die Landesregierung. Der Wortlaut dieser Bestimmung läßt eine Deutung dahin nicht zu, daß der gewöhnliche Gesetzgeber an den einzelnen Minister nur die Ermächtigung zum Erlaß von Ausführungsverordnungen erteilen könne. Auch die Einreihung dieser Bestimmung in den Abschnitt „Die Landesregierung“ läßt erkennen, daß das Delegationsrecht des Gesetzgebers hier überhaupt nicht berührt werden sollte. Wenn es die Absicht des Verfassungsgebers gewesen wäre, das Delegationsrecht einzuschränken, hätte eine solche Bestimmung eher ihren Platz im nächsten Abschnitt (Die Gesetzgebung) finden müssen.

Schack (Die Verlagerung der Gesetzgebung im gewaltenteilenden Staat in der Festschrift für Karl Haff 1950, S. 348) ist der Auffassung, daß in strikter Interpretierung des Wortes „Ausführung“ anzunehmen sei, die Ermächtigung beziehe sich nur auf Ausführungsverordnungen, mithin sei jede Änderung oder Ergänzung dem Verordnungsweg entzogen. Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht gerechtfertigt, soweit damit auch das Verbot des Erlasses solcher Verordnungen auf Grund der Gesetzgebung, als gegen Art. 107 HV verstößend, gemeint sein sollte. Der Hinweis auf Art. 55 Ziffer 2 der Verfassung des Freistaates Bayern, in dem eine ähnliche Regelung wie in Art. 107 HV getroffen, aber hinzugefügt ist, daß Rechtsverordnungen, die über den Rahmen einer Ausführungsverordnung hinausgehen, besonderer gesetzlicher Ermächtigung bedürfen, ist kein Argument dafür, daß ohne diesen Zusatz der Gesetzgeber kein Recht zur Delegation hätte; der Zusatz dient nur der Klarstellung.

Daher ist § 153 HBG, auch soweit es sich um die Delegation zum Erlaß von Ergänzungsverordnungen handelt, mit Art. 107 HV vereinbar.

Daß mit dem Wort „Ergänzung“ in § 153 HBG nichts anderes als „Durchführung“ gemeint sei, trifft nicht zu. Im ursprünglichen Text des HBG ist im entsprechenden § 103 nur von Ausführungsbestimmungen die Rede. Diese Fassung steht im Gesetz vom 12. 11. 1946 GVBl. S. 205 ff., das vom Staatsministerium gemäß der Anweisung der Militärregierung erlassen ist. Erst in dem vom Landtag beschlossenen Änderungsgesetz vom 24. 3. 1948 GVBl. S. 53 findet sich der Ausdruck „Ergänzung“ (später § 106 Abs.1), der in der neuesten Fassung beibehalten wurde.

3. Der von Ehrig (Kommentar zum HBG 1956 S. 264) geäußerten Meinung, § 153 HBG sei mit Art. 116 HV nicht zu vereinbaren, tritt der Staatsgerichtshof nicht bei. Nach Art. 116 HV wird die Gesetzgebung durch das Volk im Wege des Volksentscheides und durch den Landtag ausgeübt.

Art. 116 HV bezieht sich auf das förmliche Gesetzgebungsverfahren und schließt die Möglichkeit nicht aus, Rechtsätze von Organen der Staatsverwaltung im Verordnungswege zu erlassen; insoweit ist in der HV eine abschließende Regelung nicht getroffen (vgl. hierzu Urteil des StGH vom 12. 6. 1953 P.St. 130 St.Anz. S. 749 unter II 3).

4. Nach Art. 118 HV kann der Landesregierung die Befugnis zum Erlaß von Verordnungen über bestimmte einzelne Gegenstände, nicht aber die Gesetzgebungsgewalt im ganzen oder für Teilgebiete übertragen werden. Der Staatsgerichtshof hat bereits in seiner Entscheidung vom 12. 6. 1953 die Tragweite dieser Verfassungsbestimmung umrissen; sie verbietet dem Gesetzgeber, ein Ermächtigungsgesetz zu erlassen, wodurch die Gesetzgebungsgewalt im ganzen oder für Teilgebiete auf die Exekutive übertragen wird; im übrigen besagt sie nicht, daß dem Gesetzgeber eine Delegationsbefugnis eingeräumt werde — die Hessische Verfassung geht hier wie beim Art. 107 davon aus, daß grundsätzlich die Möglichkeit dazu besteht, wie sie auch während der Geltung der Weimarer Reichsverfassung bestanden hat —, vielmehr nur, daß die Ermächtigungsbefugnis beschränkt wird, indem für einen besonderen Fall die Rechtsetzung lediglich auf die Landesregierung übertragen werden darf. Soweit der Exekutive das Recht zum Erlaß von Verordnungen zugestanden wird, die nicht bestimmte einzelne Gegenstände regeln sollen, sondern von geringerem Umfang oder eingeschränkter Tragweite sind, bedarf es nicht der Delegation an die Landesregierung. Hierbei hat der Gesetzgeber vielmehr freie Hand bei der Auswahl des Delegatars.

Die Vereinbarkeit des § 153 HBG mit Art. 118 HV hängt daher von der Beantwortung der Frage ab, ob die Delegation Ergänzungsverordnungen zu erlassen, der Ermächtigung zum Erlaß einer Verordnung zur Regelung einzelner Gegenstände gleichkommt oder ob sie ein weniger bedeutet.

Die Verordnung, deren Erlaß nach Art. 118 HV nur der Landesregierung übertragen werden darf, kann sich zwar nur auf einen gegenständlich eng begrenzten Bereich beziehen. Aber die Landesregierung wird als gesetzgebende Gewalt mit der Befugnis einer umfassenden Ordnung eines bestimmten Gegenstandes tätig, die der Gesetzgeber aus besonderen Gründen nicht selbst übernimmt; diese zwar gegenständlich begrenzte gesetzgeberische Gewalt steht im übrigen aber der des ordentlichen Gesetzgebers gleich; das ergibt sich aus dem Gegensatz zu den Worten „aber nicht die Gesetzgebungsgewalt im ganzen“ sowie aus der Überschrift des Abschnittes VI des zweiten Hauptteils der HV „Die Gesetzgebung“. In einem solchen Falle wird der Vorrang des Gesetzes von der Ermächtigung einbezogen. Eine auf Art. 118 HV gestützte Verordnung könnte das Gesetz, auch das ermächtigende, abändern; eine Ergänzungsverordnung aber, die ergeht, nachdem der Gesetzgeber selbst die Materie geregelt hat, und in der der Delegatar nur beschränkte Befugnisse ausüben kann — beispielsweise die mit einem Tatbestand im Gesetz verknüpften Rechtsfolgen auf weitere gleichartige Tatbestände auszudehnen oder solche, die Zwecksetzung des Gesetzes nicht berührende Einzelheiten zu regeln —, kann keine echte Gesetzesänderung vornehmen, jedenfalls keine praeter rationem legis vgl. Scheuner in „Die Übertragung rechtsetzender Gewalt im Rechtsstaat“, 1952 S. 143, 144 und 163). Bei dieser Deutung des Wesens der Ergänzungsverordnung als einer gesetzesabhängigen, also rangniedrigeren, in der Geltungsintensität den Verordnungen im Sinne des Art. 118 HV nicht gleichgestellten Rechtsverordnung kommt der StGH zu dem Ergebnis, daß die Ermächtigung an den Minister des Innern, gemeinsam mit dem Direktor des Landespersonalamtes nach den Bestimmungen des HBG auch Ergänzungsverordnungen zu erlassen, zulässig ist und daß § 153 HBG — da die darin enthaltene Ermächtigung durch die übrigen Vorschriften des Gesetzes (z. B. §§ 21, 24) genügend bestimmt wird (vgl. Bernhard Wolff AöR Bd. 78 S. 203 ff.) — mit der Hessischen Verfassung vereinbar ist.

IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 24 StGHG.

Dr. Lesser Dr. Schröder Dr. Coing Dr. Düker

zugleich für den durch

Urlaub verhinderten RA. Engel

Dr. Goldschmidt Dr. Hornef Dr. Nickel

Dr. Speith v. Stein Dr. Vollert

St.Anz. 39/1958 S. 1154

969 DARMSTADT**Regierungspräsidenten****Bildung des Zweckverbandes zur Förderung des Landschaftsschutzgebietes Naturschutzpark Hoher Vogelsberg und Feststellung der Verbandssatzung****Beschluß**

Nachdem die beteiligten Landkreise Alsfeld, Büdingen, Gießen und Lauterbach sich über die Verbandssatzung geeinigt und erklärt haben, daß sie auf dieser Grundlage dem Zweckverband beitreten, wird hiermit gemäß §§ 7, 11 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 979) die Bildung des Zweckverbandes zur Förderung des Landschaftsschutzgebietes Naturschutzpark Hoher Vogelsberg beschlossen und die Verbandssatzung wie folgt festgestellt:

Satzung des Zweckverbandes zur Förderung des Landschaftsschutzgebietes Naturschutzpark Hoher Vogelsberg

Die Landkreise Alsfeld, Büdingen, Gießen und Lauterbach schließen sich auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 7. Juni 1939 (RGBl. S. 979) i. d. F. vom 11. 6. 1940 (RGBl. S. 876) zu einem Zweckverband zusammen und vereinbaren die folgende Verbandssatzung:

§ 1

Mitglieder des Verbandes sind die Landkreise Alsfeld, Büdingen, Gießen und Lauterbach.

§ 2

Der Verband führt den Namen „Zweckverband zur Förderung des Landschaftsschutzgebietes Naturschutzpark Hoher Vogelsberg“. Sitz des Verbandes ist Büdingen.

§ 3

Aufgabe des Verbandes ist es, Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes im Rahmen der Verordnung des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 1. 11. 1956 (St.Anz. 1956 S. 1242) zu fördern sowie lärmfreie Erholungsgebiete zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Der Erfüllung dieser Aufgaben dient insbesondere die Lenkung des Fremdenverkehrs durch die Errichtung und Unterhaltung von Straßen, Parkplätzen, Schutz- und Rasthütten, Zeltplätzen sowie Wanderwegen.

Der Verband verfolgt keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

§ 4

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Vorsitzende und der Beirat.

§ 5

Die Verbandsversammlung setzt sich aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder zusammen. Vertreter der Landkreise ist der jeweilige Landrat, in dessen Verhinderungsfalle ein von ihm bestellter Vertreter.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, insbesondere über

1. Satzungsänderungen,
2. Aufnahme neuer Mitglieder,
3. Feststellung des Haushaltsplanes und die Entlastung des Vorsitzenden,
4. Aufnahme von Anleihen und Übernahme von Bürgschaften,
5. Auflösung des Verbandes.

Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führen im jährlichen Wechsel die Landräte der Landkreise Büdingen und Lauterbach, und zwar beginnt der Landrat des Landkreises Büdingen, der den Vorsitz von der Gründung des Verbandes bis zum Ende des Geschäftsjahres 1958 führt.

Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal vom Vorsitzenden einzuberufen. Die Einberufung muß ferner erfolgen, wenn dies mindestens die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Grundes verlangt.

Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende, anwesend sind.

Einstimmiger Beschlüsse bedürfen die im Absatz 2 unter Ziff. 1—5 genannten Aufgaben. Im übrigen ist zu einem Beschluß die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Die Tätigkeit in der Verbandsversammlung ist ehrenamtlich.

§ 6

Der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Verbandes nach Weisung der Verbandsversammlung und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

§ 7

Der Verbandsversammlung steht ein Beirat beratend zur Seite.

Dieser Beirat besteht aus Persönlichkeiten und Vertretern von Behörden, Dienststellen und Vereinigungen, die an der Entwicklung des Landschaftsschutzgebietes ein besonderes Interesse haben.

Das Nähere beschließt die Verbandsversammlung.

§ 8

Das Geschäftsjahr beginnt jeweils mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März des folgenden Kalenderjahres.

Der Vorsitzende hat vor Beginn des Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen und ihn der Verbandsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Nach Abschluß des Geschäftsjahres hat er der Verbandsversammlung eine Jahresrechnung zu seiner Entlastung vorzulegen.

Gleichen sich Einnahmen und Ausgaben nicht aus, dann werden die Verbandsmitglieder zur Deckung des Fehlbetrages im Verhältnis ihrer zum Landschaftsschutzgebiet gehörenden Fläche herangezogen. Maßgebend ist der Flächenanteil am 1. 10. des Jahres, in dem das Geschäftsjahr beginnt.

§ 9

Der Austritt eines Mitgliedes ist nur zum Schluß eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist möglich.

§ 10

Bei Streitigkeiten zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern sowie zwischen den Mitgliedern untereinander über Rechte und Verbindlichkeiten aus dem Verbandsverhältnis entscheidet der Regierungspräsident in Darmstadt.

§ 11

Bei der Auflösung des Verbandes fällt ein in diesem Zeitpunkt etwa vorhandenes Vermögen an das Land Hessen, mit der Maßgabe, daß es nur für gemeinnützige Zwecke des Landschafts- bzw. Naturschutzes im Landschaftsschutzgebiet Naturschutzpark Hoher Vogelsberg durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt als höhere Naturschutzbehörde verwendet werden darf.

§ 12

Die Bekanntmachungen des Verbandes werden in den Amtsblättern der Mitgliedskreise veröffentlicht.

§ 13

Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 10. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I/1 — 3 u

St.Anz. 39/1958 S. 1158

970**KASSEL****Verordnung über die Öffnungszeiten für Verkaufsstellen in Kurorten und in Erholungs- und Wallfahrtsorten mit besonders starkem Fremdenverkehr**

Auf Grund des § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und des § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird für den Regierungsbezirk Kassel verordnet:

§ 1

Die Öffnungszeiten für Verkaufsstellen an den nach § 2 der Verordnung der Landesregierung über den Verkauf in Kur- und Erholungsorten vom 23. 1. 1958 (GVBl. S. 21) von den Magistraten und Landräten bestimmten Sonn- und Feiertagen, an denen Andenken, Badegenstände, Devotionen, Tabakwaren, Frischobst, Obstsäfte, Süßigkeiten, Blumen und

Zeitungen verkauft werden dürfen, werden für nachstehende Kur-, Erholungs- und Wallfahrtsorte wie folgt festgesetzt:

- a) Im Kurviertel Bad Hersfeld:
für den Verkauf von Blumen von 11.00 bis 15.00 Uhr
und für den Verkauf der sonstigen
oben aufgeführten Waren von 14.00 bis 18.00 Uhr
- b) Im Kurviertel
Kassel-Wilhelmshöhe: von 14.00 bis 18.00 Uhr
- c) Im Kurviertel
Bad Sooden-Allendorf: von 11.00 bis 13.00 Uhr
und von 14.00 bis 16.00 Uhr
- d) Im Kurviertel Bad Wildungen: von 8.00 bis 9.00 Uhr
von 11.00 bis 12.00 Uhr
und von 16.00 bis 18.00 Uhr
- e) In Karlshafen: von 11.00 bis 12.00 Uhr
und von 15.00 bis 18.00 Uhr
- f) In Bad Salzschlirf: von 11.00 bis 12.30 Uhr
und von 15.30 bis 18.00 Uhr
- g) In Vöhl: von 13.00 bis 17.00 Uhr
- h) In Gersfeld und auf der Wasser-
kuppe (Gem.-Bez. Obernhäusen) von 11.00 bis 15.00 Uhr
- i) In Edersee, Hemfurth, Heringhau-
sen, Usseln, Waldeck u. Willingen von 13.00 bis 17.00 Uhr

§ 2

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 25 des Gesetzes über den Ladenschluß mit Geldbußen in Höhe von 2,— DM bis 1000,— DM geahndet.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Kassel, 2. 9. 1958

Der Regierungspräsident

III/5 Az.: 53 a 18.091

St.Anz. 39/1958 S. 1158

971

Verordnung über die Verlängerung der Verkaufszeiten an Werktagen und die Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen in ländlichen Gebieten

Auf Grund des § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und der Zweiten Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 4. September 1957 (GVBl. S. 127) wird für den Regierungsbezirk Kassel verordnet:

§ 1

In allen Gemeinden bis zu 1500 Einwohnern und in den Gemeinden Allendorf/Eder, Battenberg, Gemünden/Wohra, Hatzfeld, Friedewald, Hombressen, Rhoden und Sachsenhausen dürfen die Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden alljährlich in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober an Werktagen eine Stunde länger geöffnet bleiben, als nach § 3 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 des Gesetzes über den Ladenschluß zulässig ist.

§ 2

Abweichend von den Vorschriften des § 3 Abs. 1 Ziff. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß dürfen an Sonn- und Feiertagen im Landkreis Hünfeld in den Gemeinden Schwarzbach und Rudolphshan alljährlich in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober die Verkaufsstellen während zweier sich an den Hauptgottesdienst anschließenden Stunden für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden geöffnet sein.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden — soweit nicht § 24 des Gesetzes über den Ladenschluß Anwendung findet — als Ordnungswidrigkeiten auf Grund von § 25 des Gesetzes geahndet.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Kassel, 2. 9. 1958

Der Regierungspräsident

III/5 Az.: 53 a 18.091

St.Anz. 39/1958 S. 1159

972

Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Verkaufszeiten bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen im Regierungsbezirk Kassel vom 21. März 1958 (StAnz. S. 509)

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und der Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 21. Dezember 1957 (BGBl. I S. 1881) sowie der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. für das Land Hessen S. 17) wird verordnet:

§ 1

(1) Abweichend von der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß und des § 1 Abs. 1 Ziffer 3 der Verordnung über die Verkaufszeiten bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen im Regierungsbezirk Kassel vom 21. 3. 1958 dürfen im Regierungsbezirk Kassel die Verkaufsstellen vor Krankenhäusern und Friedhöfen, in denen im erheblichen Umfang Blumen feilgehalten werden, wahlweise von 11 bis 13 Uhr oder von 14 bis 16 Uhr geöffnet sein. Die Verkaufszeiten nach der Verordnung vom 21. 3. 1958 am 1. 11. (Allerheiligen), am Volkstrauertag, am Buß- und Betttag, am Totensonntag und am ersten Adventsonntag bleiben unberührt.

(2) Absatz (1) gilt nicht für die Abgabe von Blumen am zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Kassel, 2. 9. 1958

Der Regierungspräsident

III/5 Az. 53 a 18.091

St.Anz. 39/1958 S. 1159

973

Verlust von Vertriebenenausweisen nach dem BVFG

Die nachstehend aufgeführten Vertriebenenausweise „A“ (Erstausfertigungen) sind verloren gegangen und werden für ungültig erklärt.

Nr. 6236/3913 für Frau Hanna Boehm, wohnhaft in Hofgeismar, Hessisches Siechenhaus

Nr. 6236/9926 für Frau Margarete Grüner, wohnhaft in Hümme, Kreis Hofgeismar Nr. 39 1/2.

Nr. 6243/3272 für Herrn Franz Brill, wohnhaft in Oberrieden, am Kahlenberg 111.

Nr. 6243/8188 für Frau Marie Russ, wohnhaft in Hess. Lichtenau, Hirschhagen, Baracke 5.

Nr. 6245/8486 für Karl-Heinz Krücken, wohnhaft in Kiel-Oppendorf, Spitzenkamp 29.

Kassel, 13. 8. 1958

Der Regierungspräsident

I/5 Az. 58 e 02/01

St.Anz. 39/1958 S. 1159

974

Befreiung der Stadt Melsungen von den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. S. 19)

Nach § 29 des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 befreie ich hiermit den Magistrat der Stadt Melsungen hinsichtlich seiner Stromerzeugungsanlage von den Vorschriften des genannten Gesetzes.

Kassel, 21. 8. 1958

Der Regierungspräsident

I/2 Az. 33 I

St.Anz. 39/1958 S. 1159

975

Zurückziehung der Bestellung als fliegerärztlicher Sachverständiger

Die am 18. 6. 1957 (St.Anz. S. 684) ausgesprochene Ernennung des Dr. med. Axel Borchers als fliegerärztlicher Sachverständiger bei der Luftfahrtmedizinischen Untersuchungsstelle Kassel wird wegen Verlegung des Wohnsitzes zurückgezogen.

Kassel, 9. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I/8 Pol. Az.: 66 m — 28/05

St.Anz. 39/1958 S. 1159

976

WIESBADEN

Ungültigkeitserklärungen von Bescheiden über die Registrierung Evakuierter

Die Registrierbescheide nachstehend aufgeführter Evakuierter werden für ungültig erklärt:

Ellenrieder, Franz, geb. 30. 4. 1906, wohnhaft in Rommelsried/Schwaben, Haus Nr. 62, Reg. Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 9. 5. 1955 — 09/06311/9080—81

Stephan, Hans, geb. 30. 8. 1913, wohnhaft in Sommerkahl (Ufr.), Vormwald 3, Reg. Bescheid der Stadt Frankfurt/Main vom 1. 7. 1955 — 09/06311/10412—18

Wiesbaden, 8. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58 g 02

St.Anz. 39/1958 S. 1160

977

Ungültigkeitserklärung von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes

Mit Verfügung vom heutigen Tage erkläre ich die Erstausfertigung der Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) vom 15. 3. 1956 — ausgestellt vom Regierungspräsidenten — Flüchtlingsdienst — in Wiesbaden — des Otto Barkow, geb. am 12. 1. 1912 in Ulrichshorst, Kreis Usedom, wohnhaft in Hanau, Marköbelerstr. 56, für ungültig, da sie beim Umzug verlorengegangen ist.

Wiesbaden, 6. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58c 12-21/Nr. 415

*

Mit Verfügung vom heutigen Tage erkläre ich die Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG)

für Frau Ilse Wagner, geb. Leutner, geb. am 30. 11. 1920 in Gera/Thüringen, wohnhaft in Hanau/Main, Cranachstr. 1-5, ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden am 30. 4. 1958, für ungültig, da sie der Inhaberin verlorengegangen ist.

Wiesbaden, 8. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58c — 12-21/Nr. 1306

*

Mit Verfügung vom heutigen Tage erkläre ich die Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) vom 13. Februar 1956 für Hans Stemler, geb. am 4. 11. 20 in Pöhla/Erzgeb., wohnhaft in Frankfurt/Main, Fahrgasse 26, ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden, für ungültig, da sie dem Inhaber verlorengegangen ist.

Wiesbaden, 8. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58c — 12-21/Nr. 229

*

Mit Verfügung vom heutigen Tage erkläre ich die Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) für Erwin Wagner, geb. am 14. 2. 1915 in Berlin-Pankow, wohnhaft in Hanau/Main, Cranachstr. 1—5, ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden am 7. 1. 1958, für ungültig, da sie dem Inhaber verlorengegangen ist.

Wiesbaden, 8. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58c — 12-21/Nr. 1178

St.Anz. 39/1958 S. 1160

Buchbesprechungen

Die steuerliche Prüfung von Verträgen. Anleitung und Muster zur Vertragsgestaltung. Von Dr. jur. Godehard Fiegle, Rechtsanwalt in Stuttgart. 128 Seiten, Ganzleinen, DM 14,—. Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ mbH., Heidelberg.

Wer einen Vertrag schließt, gestaltet damit einen Tatbestand, der auch für die steuerliche Beurteilung gilt. Die richtige Vertragsgestaltung ist damit entscheidend für das Maß der steuerlichen Belastung. Verträge „richtig“ schließen, setzt deshalb voraus, daß bei der zivilrechtlichen Ausarbeitung, der Beurteilung, des Abschlusses, der Durchführung und Änderung von Verträgen fast jeder Art die steuerlichen Auswirkungen geprüft und beachtet werden müssen. Wird dies versäumt, können sich schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile ergeben.

Dieser Forderung gerecht zu werden, ist nicht leicht. Der Verfasser gibt aber jedem Vertragspartner einen Überblick und praktische Hinweise grundsätzlicher Art über das, was zu berücksichtigen ist.

In Form eines Leitfadens werden Ziele und Methoden der steuerlichen Vertragsprüfung beschrieben und durch zahlreiche Beispiele unter Anführung von Schrifttum und Rechtsprechung erläutert. Der Abschluß von Verträgen wird durch zahlreiche Vertragsmuster erleichtert.

Den mit der steuerlichen Vertragsgestaltung befaßten Berufen wird das Buch von erheblichem praktischen Wert sein.

Oberregierungsrat Diedrichs

Erich Koschare: Die Haus- und Grundstücksentwässerung. Technische Bestimmungen für den Bau und Betrieb sowie für die Wahl zweckmäßiger Entwässerungsgegenstände mit gleichzeitigem Kommentar zu DIN 1986, Bl. 1 u. 2 — 2. erweiterte Auflage 1958, 128 Seiten mit 2 Faltafeln (Mischsystem und Trennsystem), 73 Abbildungen und zahlreichen Tabellen, DIN A 5, kartoniert mit Leinenrücken 8,80 DM. Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld.

Die vorliegende Schrift behandelt in anschaulicher Weise alle technischen Grundsätze, die bei der Planung von Haus- und Grundstücksentwässerungsanlagen zu beachten sind. Neben allgemeinen Angaben über die Rohrleitungen ist den für die Entwurfsbearbeitung besonders wichtigen Einzelheiten eines Entwässerungssystems sehr viel Platz eingeräumt. Die Darstellung dieser Einzelheiten erstreckt sich auf alles, was bei der Linienführung, dem Gefälle, der Querschnittsermittlung und dem Werkstoff des Rohrsystems zu beachten ist und erfaßt ebenso die Entwässerungsgegenstände wie Ausgüsse, Waschbecken, Badewannen, Aborte usw. Auch alle für die Betriebssicherheit einer Entwässerungsanlage erforderlichen Einrichtungen, wie Schächte, Be- und Entlüftung, Pumpen, Abscheider usw. sind be-

schrieben und in ihrer Wirkungsweise dargestellt. In der Neuauflage sind auch die sanitären Erfordernisse eingehender behandelt.

Der Verfasser macht seine Ausführungen, insbesondere über die Rohrleitungen, in enger Anlehnung an das Normblatt DIN 1986 — Grundstücksentwässerungsanlagen, Technische Bestimmungen für den Bau und Betrieb, Blatt 1 und 2, das als Technische Baubestimmung im Rahmen der Hess. Bauordnung eingeführt ist. Sie kommentieren gleichzeitig das Normblatt, weisen aber auch auf bewährte Erfahrungsgrundsätze hin, die es gestatten, das Normblatt mit dem entsprechenden Spielraum anzuwenden. Diese Tatsache ist besonders hervorzuheben, weil damit das vorliegende Buch einen wertvollen Beitrag für die Rationalisierung auf einem Gebiet liefert, auf dem die Planung weitgehend auf Faustregeln und z. T. veralteten Entwässerungsvorschriften der Städte aufbaute.

Jeder, der mit der Haus- und Grundstücksentwässerung zu tun hat, Fachmann und Bauherr, wird dem Buch viele wertvolle Hinweise entnehmen können, wobei ihm die zahlreichen leicht verständlichen Abbildungen und Tabellen die Handhabung erleichtern.

Das im Anhang vorgeschlagene Muster einer „Ortssatzung für Entwässerung der Grundstücke und Anschluß an die gemeindlichen Abwasseranlagen“ erhebt jedoch — wie der Verfasser selbst angibt — keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit, da sich die Bestimmungen einer Ortssatzung nach den jeweils geltenden bau- und wasserrechtlichen Vorschriften richten müssen. Regierungsbaurat Steckermeier

Tagungsberichte des Bundeskriminalamtes.

Das Bundeskriminalamt verstärkt verdienstvollerweise die Resonanz seiner nunmehr schon bekannten jährlich ein- oder zweimal stattfindenden Vortragstagungen über kriminalistische Grundfragen und Arbeitsbereiche, indem es die gehaltenen Vorträge als Tagungsberichte drucken läßt. Erschienen sind bereits folgende Schriften:

1. Bekämpfung von Glücks- und Falschspiel, 2. Bekämpfung der Jugendkriminalität, 3. Bekämpfung von Rauschgiftdelikten, 4. Bekämpfung von Betrug und Urkundenfälschung, 5. Das kriminalpolizeiliche Ermittlungsverfahren, 6. Bekämpfung der Wirtschaftsdelikte und 7. Grundfragen der Kriminaltechnik.

Es ist nicht möglich, im Rahmen einer Kurzbesprechung den vielschichtigen und reichen Inhalt dieser Bücherreihe angemessen zu würdigen. Mit Genugtuung sei aber festgestellt, wie sich Justiz und Kriminalpolizei, Wissenschaft und Praxis zusammengefunden haben, um nach und nach ein Sammelwerk der Kriminalpraxis entstehen zu lassen. Mit seinem Inhalt sollte sich jeder, der an der Verbrechensbekämpfung mitzuwirken berufen ist, vertraut machen. Inhalt und Aufmachung erfreuen in gleicher Weise.

Jedes der vorstehend aufgeführten Hefte ist bei der Bundesdruckerei Frankfurt/Main zum Preise von DM 9,50 zu beziehen.

Regierungsdirektor Schneider

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1958

Samstag, den 27. September 1958

Nr. 39

Veröffentlichungen

3215

Wegeeinziehung in der Gemeinde Breithardt

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 12. September 1958 beschlossen, den Weg Flur 56 Flurstück 76, Wirtschaftsweg im Ort (Hißchen) u. den Wirtschaftsweg Flur 61 Flurstück 104, Wirtschaftsweg Beun (Turnplatz) bei der Turnhalle einzuziehen.

Gemäß § 57 des Preuß. Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 9. 1893 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Anforderung, etwaige Einsprüche bei der Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen und zwar werktags in der Zeit von 8—12 Uhr, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt in der vorstehend angegebenen Zeit im Bürgermeisteramt zu jedermanns Einsicht offen.

Breithardt, 17. 9. 1958

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Breithardt

3216

Baulandumlegung in der Gemarkung Dillenburg.

Gemäß der §§ 26 und 27 des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (GVBl. 1948 Nr. 25) und der dazu ergangenen Ergänzungen hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dillenburg in der Sitzung am 13. März 1958 die Baulandumlegung eines Teiles der Grundstücke in der Gemarkung Dillenburg, Flur 50, Flurstücke 32, 33, 34, 82 u. 83, Flur 51, Flurst. 181/38, 184/38, 271/39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 211/57, 212/57, 58, 59, 60, 61, 145/1, 149, 150, 151, 152, Lage: Hinterm Galgenberg und in den Nassenbetten beschlossen und eingeleitet.

1. Das Umlegungsgebiet ist auf dem Umlegungsplan durch Umrandung mit einem grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

2. Die betroffenen Grundstücke der Fluren 50 und 51 sind im Umlegungsplan näher bezeichnet.

3. Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 13. Oktober bis 25. Oktober 1958 beim Katasteramt Dillenburg, das mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt ist, offen.

4. Der Termin zur Verhandlung mit den Beteiligten über den Verteilungsplan wird gesondert bekanntgegeben.

Dillenburg, 19. 9. 1958

Der Magistrat der Stadt Dillenburg
— Umlegungsbehörde —

3217

Baulandumlegung Goddelau „Auf die alten Länder“

Der Kreistag hat die Einleitung des Baulandumlegungsverfahrens „Auf die alten Länder“ in Goddelau beschlossen. Das Gebiet ist in einem Umlegungsplan dargestellt

und dort mit einem grünen Farbstreifen umgrenzt. Dieser Plan liegt beim Katasteramt Groß-Gerau, das mit der technischen Durchführung des Verfahrens beauftragt ist, in der Zeit vom 1. — 15. Oktober 1958 zur Einsicht offen.

In dieser Zeit können auch Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, von den Beteiligten angemeldet werden. Die Verhandlung über den Verteilungsplan findet am 16. Oktober 1958 im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Goddelau statt.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß bei ihrem Ausbleiben auch ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Groß-Gerau, 17. 9. 1958

Der Kreisaußschuß des Landkreises
Groß-Gerau als Umlegungsbehörde

Gerichtsangelegenheiten

3218

Aufgebote

F 4/58: Der Landwirt Johannes Momberg in Wabern hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Wabern Band 10 Blatt 475 in Abt. III lfd. Nr. 2 für die Kreissparkasse zu Fritzlar verzeichnete Darlehnsforderung von 3000,— GM nebst 6% Jahreszinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. Januar 1959, 12 $\frac{1}{2}$ Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 9, anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Fritzlar, 11. 9. 1958

Amtsgericht

3219

F 23/58: Der Rentner Georg Adam Geist in Horbach, Krs. Gelnhausen, Alter Weg 104, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Horbach Band 7, Artikel 210 auf den Namen der Eheleute Fabrikarbeiter Johann Georg Geist III, Georgs Sohn von Horbach und Christine, geb. Baier von Horbach eingetragenen Grundstücks Flur 18 Flurstück 106, Hof- und Gebäudefläche, Alter Weg 104 von 3,59 Ar beantragt.

Die eingetragenen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf das Grundstück spätestens in dem auf den 3. Dezember 1958, 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebots-termin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 16. 9. 1958

Amtsgericht

3220

F 26/58: Die Ehefrau Margarete Röhl, geb. Botzum in Somborn hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Somborn Band 62 Artikel 920 auf den Namen des

Ackermanns Konrad Botzum, Georgs Sohn, in Somborn eingetragenen Grundstücke Flur 18 Flurstück 46, Ackerland auf die Landstraße von 6,21 Ar und Flur 22, Flurstück 214/107, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 14 von 1,03 Ar beantragt.

Der eingetragene Eigentümer oder dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf die Grundstücke spätestens in dem auf 26. 11. 1958, 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebots-termin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 15. 9. 1958

Amtsgericht

3221

F 1/58: Der Karl Wiegel in Ermenrod, Kr. Alsfeld, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Ober-Ohmen, Band 2 Blatt 122 eingetragenen Grundstücks

Flur 13 Nr. 297, Acker auf dem Dautenhain, 7,63 Ar beantragt. (§ 927 BGB).

Die a) Johann Jost Karl Schmidt und b) dessen Ehefrau Elise, geb. Neeb, beide in Ermenrod, die im Grundbuch als Eigentümer eingetragen sind, oder diejenigen, die Eigentumsrechte hinter ihnen geltend machen, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 17. Dezember 1958, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Sitzungssaal) anberaumten Aufgebots-termin ihre Rechte anzumelden widrigenfalls die Ausschließung der eingetragenen Eigentümer erfolgen wird.

Grünberg (Hessen), 16. 8. 1958

Amtsgericht

3222

5 F 3/1958: Die Ehefrau Paula Nill, geb. Hisge in Breitscheid (Dillkreis) hat das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer des im Grundbuch von Breitscheid Band XIV Blatt 508 eingetragenen Grundstücks

Flur 1 Flurstück 16 Gartenland Dorfbering 2,44 Ar.

beantragt (§ 927 BGB). Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer a) die Erben des Heinrich Keßler von Breitscheid, b) der Landmann Reinhard Reeh, daselbst, c) der Landmann Ferdinand Gail, daselbst, d) der Fabrikarbeiter Wilhelm Gail, daselbst, e) die Eheleute Fabrikarbeiter Wilhelm Hisge und Luise, geb. Klaas in Breitscheid als Miteigentümer kraft ehelicher Errungenschaftsgemeinschaft, f) die Wwe. des Töpfers Friedrich August Thielmann, Katharina Luise, geb. Weyel in Breitscheid und die Eigentumserben derselben nach nassauischem Leibzucht-recht, errungenschaftlicher Eheerwerb, g) Johannete Weber, ledig, in Breitscheid und Fabrikarbeiter Ferdinand Weber zu Breitscheid, h) die Wwe. des Töpfers Friedrich August Thielmann, Katharina Luise, geb. Weyel in Breitscheid, werden aufgefordert, spätestens am dem auf den 2. Dezember 1958 anberaumten Aufgebots-termin ihre Rechte geltend zu machen, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Herborn, 17. 9. 1958

Amtsgericht

3223

5 F 2/1958: Der Brief über die im Grundbuch von Breitscheid Band 9 Blatt 303 in Abt. III lfd. Nr. 4 für den Bäckermeister Emil Henning in Breitscheid eingetragene Darlehenshypothek ist kraftlos (Urteil vom 16. 9. 1958).

Herborn, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

3224

F 2/58: Der Brief über die im Grundbuch von Hünfeld Blatt 1023 in Abt. III Nr. 8 für den Kreis Hünfeld (Kreissparkasse) eingetragene Verkehrshypothek von 1500,— Goldmark ist kraftlos (Urteil vom 17. 9. 1958).

Hünfeld, 17. 9. 1958 **Amtsgericht**

3225

3 F 6/58: Der Holzdreher Christian Jakob, und seine Ehefrau Martha, geb. Betz, Mühlhäuser Hammer — vertreten durch Rechtsanwalt L. Goebel in Arolsen, — haben das Aufgebot des verloren gegangenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Mühlhausen Band 8 Blatt 248 in Abt. III unter Nr. 4 eingetragene Grundschuld über 650,— DM nebst 10 vom Hundert Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 6. Januar 1959, 9 Uhr vormittags vor dem Amtsgericht Korbach, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls ihre Kraftloserklärung erfolgen wird.

Korbach, 13. 9. 1958 **Amtsgericht**

3226

F 3/1958: Durch **Ausschlußurteil** vom 17. September 1958 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Lauterbach Band XII Blatt 570 in Abt. III unter lfd. Nr. 5, 6 für die Bezirksparkasse Lauterbach in Lauterbach eingetragene Grundschuld von 25 000,— Goldmark nebst 10 1/2 unter Umständen 12 % Jahreszinsen für kraftlos erklärt worden.

Lauterbach (Hessen), 17. 9. 1958 **Amtsgericht**

3227

8 F 2/1958: 1. Charlotte Liederbach, geb. Kleinhans, Neu-Isenburg, Bahnhofstraße 13 2. Kfm. Angestellter Georg Kleinhans, Neu-Isenburg Offenbacher Straße 112, haben das Aufgebot des Grundschuldbriefes der im Grundbuch von Neu-Isenburg Bl. 3407 in Abt. III unter lfd. Nr. 2 zugunsten der Mitteldeutschen Kreditbank, Niederlassung der Kommerz- und Privatbank A. G. Frankfurt (Main) eingetragenen Grundschuld von RM 3000,— beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert spätestens in dem auf **Mittwoch, den 14. Januar 1959, 9.00 Uhr vorm.** vor dem unterzeichneten Gericht Offenbach (Main), Kaiserstraße 21 anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Offenbach (Main), 15. 9. 1958 **Amtsgericht Abt. 8**

3228

6 F 4/58: 1. Margarete Meyer, Zabern/Elsaß, Steigstr. 9, 2. a) Mireile Weil, geb. 14. 6. 1937, b. Claude Weil, geb. 29. 6. 1936, beide Straßburg, Weißturming 10, haben das Aufgebot des Grundschuldbriefes der im Grundbuch von Offenbach-Bürgel, Band 26 Blatt 1411 in Abt. III unter lfd. Nr. 2 eingetragenen Briefgrundschuld in Höhe von 8000,— GM (i. W. achttausend Goldmark) beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 22. Januar 1959, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 26, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Offenbach (Main), 18. 9. 1958 **Amtsgericht**

3229**Güterrechtsregister**

GR 301/58 — Eheleute Hermann Wagner, Kaufmann, Eifa und seine Ehefrau Anna, geborene Kurz, daselbst:

Durch notariellen Ehevertrag vom 9. August 1958 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart worden.

Alsfeld, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

3230

GR 102 — 26. 8. 1958 — Kaufmann Karl Gemmecker und Auguste, geb. Varlemann, beide wohnhaft in Wrexen (Waldeck), Haus 57:

Durch Erklärung vom 29. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

GR 103 — 26. 8. 1958 — Studienrat Anno von Reth und Mathilde, geb. Emde, Gut Höhnscheid (Kreis Waldeck):

Durch Erklärung vom 29. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

GR 104 — 26. 8. 1958 — Paul Gemmecker und Emma, geb. Ramus, Wrexen/Waldeck, Haus 166:

Durch Erklärung vom 29. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

GR 105 — 26. 8. 1958 — Stabsarzt Dr. Karl-Heinz Kraushaar und Roswitha, geb. Agater, Wetterburg (Kreis Waldeck), Meerbrücke 82:

Durch Erklärung vom 29. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Arolsen

3231

GR 224 — Durch notariell beurkundete Erklärung vom 28. Juni 1958 (UR.Nr. 348/58 von Notar Gesing) ist bei den Eheleuten Rentner Friedrich Schlangen und Marie Schlangen, geb. Arend in Bad Hersfeld die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 5. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 225 — Durch notariell beurkundete Erklärung vom 28. Juni 1958 (UR. Nr. 28/58 von Notar Dr. Vollert) ist bei den Eheleuten Kaufmann Heinrich Lützebauer und Lucie Lützebauer, geb. Kelterborn in Bad Hersfeld die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 8. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 226 — Durch notariell beurkundete Erklärung vom 30. Juni 1958 (UR. Nr. 95/58 von Notar Dr. Freytag) ist bei den Eheleuten Kaufmann Herbert Wiedenbeck und Frau Sieglinde Wiedenbeck, geb. Kynast in Bad Hersfeld die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 227 — Durch notariell beurkundete Erklärung vom 30. Juni 1958 (UR. Nr. 32/58 von Notar Dr. Vollert) ist bei den Eheleuten Oberingenieur Georg Schmidt und Frau Irmgard Schmidt, geb. Schulz in Bad Hersfeld die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 228 — Durch notariell beurkundete Erklärung vom 28. Juni 1958 (UR. Nr. 15/58 von Notar Dr. Ploetner) ist bei den Eheleuten Bauunternehmer Peter Kümmel und Ehefrau Irma Kümmel, geb. Lindemann in Philippsthal (Werra) die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 18. 9. 1958 **Amtsgericht**

3232

GR 241 — 17. 9. 1958: Kaufmann Ernst Hess in Büdingen und Ehefrau Lieselotte, geb. Hofstetter, daselbst:

Auf Grund der am 30. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung des Ehemannes nach Artikel 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Amtsgericht Büdingen

3233

GR 242 — 19. 9. 1958: Landwirt Jakob Krieg in Burgbracht, und Ehefrau Rosa, geb. Merkler, daselbst:

Auf Grund der am 28. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Amtsgericht Büdingen

3234**Neueintragungen**

GR 131 — 2. 9. 1958: Die Eheleute Kaufmann Johann Hohmann und Liselotte, geb. Fierle in Ober-Roden (Waldacker) leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I Seite 609 — in Gütertrennung.

GR 132 — 12. 9. 1958: Die Ehel. Johann Heinrich Grohe und Maria, geb. Dahlem in Dieburg leben auf Grund der Erklärung des Ehemannes vom 20. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I Seite 609 — in Gütertrennung.

GR 130 — 30. 8. 1958: Die Eheleute Georg Bickert, Schlosser und Maria, geb. Müller beide in Groß-Zimmern haben durch Vertrag vom 16. Juli 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 133 — 16. 9. 1958: Die Eheleute Adam Johann Susann H., Kaufmann und Elisabetha Eva, geb. Beck in Münster b. Dieburg leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 57 — BGBl. I Seite 609 — in Gütertrennung.

Amtsgericht Dieburg

3235

Neueintragung

GR 40 — 18. 9. 1958 — Freudenstein, August, Landwirt und Kiesgrubenbesitzer und Ehefrau Ruth Hedwig Reinhilde, geb. Günther in Altenburg:

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 BGBl. I S. 609 ff. — besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Melsungen Zweigstelle Felsberg

3236

73 GR 6916 A: Kaufmann Karl Pfaff und Katharina, geb. Troidl, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6917 A: Direktor Johannes Friebe und Gertrud, geb. Wiedermann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6918 A: Direktor Dr. jur. Karl Bellwinkel und Gertraude, geb. Kaup, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6919 A: Kaufmann Robert Drüing und Certa, geb. Gerbner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6920 A: Rentner Rudolf Gräß und Elisabeth, geb. Ruffer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6921 A: Kaufmann Max Pierre Hoffmann und Leonie Hildegard, geb. Datke, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6922 A: Druckereibesitzer Werner Boockmann und Wally, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6923 A: Kaufmann Wilhelm Reiffenstein und Paula, geb. Ammon, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gem.

Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6924 A: Rechtsanwalt Dr. jur. Rolf-Rüdiger Stroth und Hazel, geb. Stall, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6925 A: Maurer Otto Hartwig und Alma, geb. Bartsch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6926 A: Gastwirt Horst Doßke und Gertrude, geb. Kunert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6927 A: Kaufmann Johannes Dietrich und Brigitta, geb. Dombrowski, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6928 A: Direktor Bernhard Ahlbrecht und Lisa, geb. Repke, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6929 A: Kaufmann Heinrich Dehnert und Hildegard, geb. Hilbert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6930 A: Drogist Gustav Kobberger und Inge, geb. Seeger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6931 A: Dipl.-Handelslehrer Dr. Leo Gimboth und Erika, geb. Rogaischat, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6932 A: Behördenangestellter Franz Quander und Elisabeth, geb. Siebke, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 14. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6933 A: Architekt Karl Gerhardt und Elisabeth, geb. Emanel, Bergen-Enkheim:

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6934 A: Graphiker Ludwig Jeitner, Frankfurt (Main), und Marianne, geb. Hebenstreit, Gera:

Durch Erklärung vom 12. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6935 A: Diplomchemiker Dr. Heinz Günter Greve und Dr. Ingeborg, geb. Stöpel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6936 A: Kaufmann Wilhelm gen. Willy Hundemer und Therese, geb. Müller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6937 A: Kaufmann Rudolf Daßler und Irene, geb. Pörsch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6938 A: Rentner Friedrich Karl Arnold und Anna, geb. Schneider, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6939 A: Rechtsanwalt Erich Cohn-Bendit, Frankfurt (Main), und Herta, geb. David, Boulogne sur Seine (Frankreich):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6940 A: Bankangestellter Ignatz Bohnert und Elsa Emma, geb. Wäcken, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6941 A: Brauereidirektor Dipl.-Brauerei-Ingenieur Hans Greiner und Alice, geb. Possert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 16. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6942 A: Kaufm. Angestellter Viktor Hehl, Frankfurt (Main), und Marie, geb. Decher, Hörgenau:

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6943 A: Ingenieur Wilhelm Brandstätter und Henriette, geb. Döll, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6944 A: Angestellter Franz Wittek und Hannelore, geb. Schmitz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6945 A: Kaufmann Friedrich Amberg und Gertrud, geb. Schönberger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 12. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6946 A: Gastwirt Ludwig Bleher und Edith, geb. Schlothauer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6947 A: Versicherungsinspektor Ernst Erich Müller, Wiesbaden, und Eleonore Charlotte Luise, geb. Nicklas, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6948 A: Flugzeugmechaniker Erhard Berger und Irmgard, geb. Scholz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6949 A: Statistiker Goetz Graf v. Pestalozza und Almut Maria, geb. Lehmann-Dronke, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6950 A: Facharzt für Chirurgie Dr. Hans-Joachim Wissfeld und Ursula, geb. Spandau, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6951 A: Kaufmann Dieter Körber und Lieselotte, geb. Falter, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6952 A: Kaufmann Wilhelm Dannhof und Else, geb. Krämer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6953 A: Maler und Graphiker Willy Eysell und Friedel Sophie, geb. Scholz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6954 A: Kaufmann Heinrich Adolf Frantzen und Elise, geb. Dotzert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6955 A: Schlosser Ferdinand Hoflender und Anna, geb. Butterfass, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6956 A: Geschäftsführer Walter Ernst Sieber und Frieda Martha, geb. Pelpowski, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 7. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6957 A: Spenglermeister Josef Wilhelm Deeg und Elisabeth Anna, geb. Hähle, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 13. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6958 A: Buchhändler Johann Zvan und Anna Elisabeth Margarethe, geb. Meixner, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 22. März 1951 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6959 A: Kaufmann Heinrich Rojek und Katharina, geb. Mayer, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 22. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6960 A: Kaufmann Edmund Grosz und Melanie, geb. Haimerl, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 23. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6961 A: Kaufm. Angestellter Herbert Eisenschmidt und Magdalene, geb. Mücke, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 29. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6962 A: Kaufmann Erich Komusin und Hildur, geb. Pettersson, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 10. Oktober 1933 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6963 A: Kaufmann Wilhelm Trapper und Frieda, geb. Maier, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 21. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6964 A: Werbekaufmann Günter Schwartz und Gerda, geb. Röckert, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 23. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6965 A: Glas- und Gebäudereiniger Hermann Rösch und Hilda, geb. Meckel, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 19. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6966 A: Postschaffner Josef Philipp Vogt und Ursula Anny, geb. Reim, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 20. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6967 A: Kaufmann Jakob Max Krauthammer und Regina, geb. Szwarc, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 30. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6968 A: Ingenieur Adolf Rau und Helene, geb. de Bruyn, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 18. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht, Frankfurt (Main), Abt. 73

3237

GR 99 — 17. 9. 58 — Die Eheleute Bundesbahnoberinspektor Gerhard Janthur und Maria, geb. Höfer in Wabern, leben durch Erklärung gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

Amtsgericht Fritzlar

3238

GR 186 — Eheleute Johann Otten, Schlosser in Hailer und Else, geb. Born:

Durch Erklärung der Ehefrau vom 27. 6. 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 11. 9. 1958 Amtsgericht

GR 187 — Eheleute Karl Schnürer, Spediteur in Altenhasslau und Hannelore, geb. Petri:

Durch Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 11. 9. 1958 Amtsgericht

3239

GR 238 — 9. Sept. 1958: Die Eheleute Erich Lehr, Autoschlosser und Maya, geb. Koch, beide wohnhaft in Semd, Oberendstr. 9 leben gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

Amtsgericht Groß-Umstadt

3240

GR 190 — 12. 9. 1958: Rincker, Friedrich Wilhelm, Glockengießermeister, Sinn (Dillkreis), und Ella Johanne Gertraud, geb. Sporkhorst.

Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart. Die Zugewinn-gemeinschaft ist ausgeschlossen.

Amtsgericht Herborn (Dillkreis)

3241

GR 127 — Eheleute Jakob Teubert und Hedwig Teubert, geb. Humburg in Hohenkirchen:

Laut Erklärung der Ehefrau vom 25. 6. 1958 gemäß Artikel 8 Ziffer I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.

Amtsgericht Hofgeismar

GR 128 — Eheleute Karl Rettberg und Luise Rettberg, geborene Dolle in Vaake (Weser):

Laut Erklärung des Ehemannes vom 28. 6. 1958 gemäß Artikel 8 Ziffer I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.

Amtsgericht Hofgeismar

GR 129 — Eheleute Georg Lohr, Zahnarzt und Auguste Lohr, geb. Armbrust in Immenhausen:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 26. 6. 1958 gemäß Artikel 8 Ziffer I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.

Amtsgericht Hofgeismar

GR 130 — Eheleute Mühlenbesitzer Karl Schöttler und Paula Schöttler, geb. Backhaus in Sielen:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 26. 6. 1958 gemäß Artikel 8 Ziffer I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.

Amtsgericht Hofgeismar

3242

Neueintragung

GR 301 — Friedrich Karl, Sägewerksbesitzer und Zimmermeister in Homberg und Martha, geb. Volp, daselbst:

Gemäß notarieller Erklärung des Ehemannes vom 14. 6. 1958 auf Grund Art. 8 Abs. I Ziffer 3 des Gleichberechtigungsgesetzes leben die Eheleute in Gütertrennung.

Homberg (Kreis Alsfeld), 18. 9. 1958

Amtsgericht

3243

GR 173 — In das hiesige Güterrechtsregister unter Nr. 173 ist heute folgendes eingetragen worden:

Kraftfahrzeug-Kaufmann August Ruhmann und Charlotte Ruhmann, geb. Müller, beide wohnhaft in Idstein/Ts. Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Idstein (Taunus), 22. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 174 — In das hiesige Güterrechtsregister unter Nr. 174 ist heute folgendes eingetragen worden:

Dr. Walter Pauly und Liesel Pauly, geb. Suchanek, beide wohnhaft in Idstein (Taunus). Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Idstein (Taunus), 26. 8. 1958 **Amtsgericht**

3244

GR 447 A — 2. 7. 58: Dr. Heins, Engelhard, Rechtsanwalt, Kassel, und Gisela, geb. Gramkow.

GR 493 A — 28. 8. 58: Krause, Hubert, Tiefbauingenieur, Kassel, und Gerda, geb. Mittmann.

GR 494 — 28. 8. 58: Wentzell, Paul, Kaufmann, Kassel, und Renate, geb. Lohne.

GR 494 A — 28. 8. 58: Brandt, Josef, Konditormeister, Kassel, und Magdalene, geb. Jacobs.

GR 495 — 28. 8. 58: Richter, Friedrich, Dipl.-Ingenieur, Kassel, und Gertrud, geb. Heuer.

GR 495 A — 28. 8. 58: Koch, Georg, Kaufmann, Kassel, und Lieselotte, geb. Hartner.

GR 496 — 28. 8. 58: Weißhaar, Friedrich, Zolloberinspektor, Kassel, und Paula, geb. Amsbeck.

GR 496 A — 28. 8. 58: Schaumburg, Hermann, Fabrikant, Kassel, und Else Marie Martha, geb. Lippmann.

GR 497 — 28. 8. 58: Vollmann, Edmund, Kaufmann, Kassel, und Erna, geb. Grigull.

GR 497 A — 28. 8. 58: Maluvius, Erwin, Möbelkaufmann, Kassel, und Friedericke, geb. Meier.

GR 498 — 28. 8. 58: Broschkat, Arthur, Landarbeiter, Kassel, und Ella, geb. Balzer.

GR 498 A — 28. 8. 58: Butt, Karl, Wagenmeister, Kassel, und Emma Katharina, geb. Gerhardt.

GR 499 — 28. 8. 58: Berndt, Helmut, Kaufmann, Kassel, und Erna, geb. Borngrebe.

GR 499 A — 28. 8. 58: Schade, Heinz, Fabrikant, Kassel, und Johanna, geb. Trschil.

GR 500 — 28. 8. 58: Bärmann, Günter, Versicherungskaufmann, Kassel, und Friederike, geb. Stroink.

GR 500 A — 28. 8. 58: Fostini, Rudolph, Direktor, Kassel, und Hulda Margarete Helene, geb. Schunke.

GR 501 — 1. 9. 58: Mees, Wilhelm, Bauunternehmer, Kassel, und Elisabeth, geb. Meyfarth.

GR 501 A — 1. 9. 58: Speck, Erich, Kaufmann, Kassel, und Elfriede, geb. Weitkamp.

GR 502 — 1. 9. 58: Michlenz, Alfred, Bierverleger, Kassel, und Helene, geb. Kranz.

GR 502 A — 1. 9. 58: Schmidt, Joachim-Hans, Kaufmann, Sandershausen, und Christa Helga, geb. Habich.

GR 507 A — 2. 9. 58: Dortans, Helmut, Studienrat, Kassel, und Elisabeth, geb. Lyons.

GR 508 — 2. 9. 58: Schinkel, Friedrich, kaufmännischer Angestellter, Kassel, und Irmgard, geb. von Schuler.

GR 508 A — 2. 9. 58: Dr. Birkenauer, Herbert, Regierungsdirektor i. R., Kassel, und Erika genannt Marita, geb. Pauls.

GR 509 — 2. 9. 58: Redler, Paul, Kaufmann, Ihringshausen, u. Olga, geb. Schmidt.

GR 509 A — 2. 9. 58: Hohmann, Robert, Tapezierermeister, Kassel, und Else, geb. Schönemann.

GR 510 — 2. 9. 58: Herrmann, Emil, Kaufmann, Kassel, und Ida, geb. Schatz.

GR 510 A — 2. 9. 58: Pape, Johannes, Justizoberinspektor i. R., Kassel, und Johanna Luise, geb. Stange.

GR 511 — 10. 9. 58: Flachsbarth, Alfred, Kaufmann, Kassel, und Elfriede, geb. Vogel.

GR 512 — 10. 9. 58: Dr. oek. publ. Meyknecht, Ernst, Kaufmann, Kassel, und Lene, geb. Niermann.

GR 512 A — 10. 9. 58: Radke, Albert, Helfer in Steuersachen, Kassel, und Gisela, geb. Schöppe.

GR 513 — 10. 9. 58: Scheyhing, Kurt, Kaufmann, Kassel, und Emmy, geb. Bolte.

GR 513 A — 10. 9. 58: Bergfeld, Friedrich, Kaufmann, Kassel, und Elly, geb. Koch.

GR 514 — 10. 9. 58: Fink, Heinrich, Landwirt, Breitenbach, und Helga, geb. Döring.

GR 514 A — 10. 9. 58: Noetzold, Herbert, Landgerichtsrat z. Wv., Kassel, u. Gertrud, geb. Stiel.

GR 515 — 10. 9. 58: Dr. Jörns, Gerhard, Fabrikant, Kassel, und Gertrud, geb. Beiker.

GR 515 A — 10. 9. 58: Momberg, Friedrich, Karl, Prokurist, Kassel, u. Ingrid, geb. Struck.

GR 516 — 10. 9. 58: Zahn, Günther, Bauingenieur, Kassel, und Marlis, geb. Lasch.

GR 516 A — 10. 9. 58: Menzel, Rudolf, Kaufmann, Kassel, und Ursula, geb. Haase.

GR 517 — 10. 9. 58: Bierwirth, Fritz, Kaufmann, Kassel, und Hilde geb. Ludwig.

GR 517 A — 10. 9. 1958: Sonntag, Egon, Kaufmann, Kassel und Edith, geb. Haase.

GR 518 — 10. 9. 1958: Feldhordt, Klaus, Kaufmann, Kassel und Margot, geb. Pressler.

GR 518 A — 10. 9. 1958: Henze, Helmut, technischer Kaufmann, Kassel und Evelyne, geb. Donhauser.

GR 519 — 10. 9. 1958: Schmidt jun., Walter, Kaufmann, Kassel und Gerta, geb. Werner.

GR 519 A — 10. 9. 1958: Homberg, Karl, Apotheker, Kassel und Anna Dorothea, geb. Müller.

GR 520 — 10. 9. 1958: Schölch, Georg, Kaufmann, Kassel und Käthe, geb. Jankowsky.

GR 520 A — 10. 9. 1958: Busch, Heinz, Kaufmann, Kassel und Gisela, geb. Trube.

GR 521 — 10. 9. 1958: Aschenbrenner, Arthur, Kaufmann, Kassel und Paula, geb. Wollmer.

GR 521 A — 10. 9. 1958: Claar, Kurt, Fabrikant, Kassel und Hildegard, geb. Riffer.

GR 522 — 10. 9. 1958: Schomberg, Herbert, Kaufmann, Kassel und Ursula, geb. Hillebrand.

GR 522 A — 10. 9. 1958: Grupp, Bernhard, Kraftfahrzeug-Elektromeister, Kassel, und Else, geb. Kling.

GR 523 — 11. 9. 1958: Gibhardt, Richard, Klempner- und Installationsmeister, Kassel und Else, geb. Schröder.

GR 523 A — 11. 9. 1958: Gibhardt, Günter, Klempner- und Installationsmeister, Kassel und Ingrid, geb. Gundlach.

GR 524 — 11. 9. 1958: Falke, Ewald, Geschäftsführer, Kassel und Ilse-Dore, geb. Bärenfänger.

GR 524 A — 11. 9. 1958: Dr. Behrenbeck, Rudolf, Bankdirektor, Kassel und Hannelore, geb. Voß.

GR 525 — 11. 9. 1958: Herwig, Werner, Kaufmann, Kassel und Annemarie, geb. Spude.

GR 525 A — 11. 9. 1958: Martin, Max, Kaufmann, Kassel und Irmgard, geb. Meilchen.

GR 529 — 12. 9. 1958: Liebeck, Friedrich, Fabrikant, Kassel und Elise, geb. Wölky.

GR 529 A — 12. 9. 1958: Schaumburg, Paul, Ingenieur, Kassel und Hella, geb. Rudloff.

GR 530 — 12. 9. 1958: Stürmer, Günther, Kaufmann, Dörnhausen und Anna-Marie, geb. Schaffranek.

GR 530 A — 12. 9. 1958: Seebach, Helmut, Fleischermeister, Kassel und Käthe, geb. Wimmel.

GR 531 — 12. 9. 1958: Helmrich, Friedrich, Kaufmann, Kassel und Else, geb. Viehmann.

GR 531 A — 12. 9. 1958: Moldenhauer, Horst, Kaufmann, Kassel und Margarete, geb. Christopher.

GR 532 — 12. 9. 1958: Rudolph, Alfred, Fabrikant, Kassel und Liselotte, geb. Riffer.

Die vorstehend genannten Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 503 — 1. 9. 1958: Lincke, Gerhard, Malermeister, Kassel und Anneliese, geb. Buchholz: Vertrag vom 28. 6. 1958, Gütertrennung.

GR 503 A — 1. 9. 1958: Siebert, Wilhelm gen. Willi, Bauunternehmer, Kassel und Anna Elisabeth gen. Anneliese, geb. Börger: Vertrag vom 21. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 504 — 1. 9. 1958: Pauly, Heinz, Pressephotograph, Kassel und Anna, geb. Hesse: Vertrag vom 28. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 504 A — 1. 9. 1958: Rudolph, Erich, Kaufmann, Kassel, und Luise, geb. Scharff: Vertrag vom 30. 6. 1958, Gütertrennung.

GR 505 — 2. 9. 1958: Peuker, Kurt, Kaufmann, Kassel und Johanna, geb. Brede: Vertrag vom 27. 6. 1958, Gütertrennung.

GR 505 A — 2. 9. 1958: Weber, Hermann, Architekt, Großenritte und Elisabeth, geb. Rohloff: Vertrag vom 30. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 506 — 2. 9. 1958: Neumann-Opitz, Gerhard, Kaufmann, Kassel und Ursula Margot, geb. Jakuszeit: Vertrag vom 26. 4. 1958, Gütertrennung.

GR 506 A — 2. 9. 1958: Beermann, Hans-Jürgen, Kaufmann, Kassel und Ella, geb. Krüger: Vertrag vom 26. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 526 — 11. 9. 1958: Lund, Rudolf, Bäckermeister, Kassel und Edith, geb. Graeber: Vertrag vom 28. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 526 A — 11. 9. 1958: Beyer, Günther, Architekt, Kassel und Käthe, geb. Reger: Vertrag vom 31. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 527 — 11. 9. 1958: Scheyhing, Heinrich, Optiker, Kassel und Anna-Maria, geb. Spies: Vertrag vom 18. 8. 1958, Gütertrennung.

GR 527 A — 11. 9. 1958: Reuss, Gerhard, Fabrikant, Kassel und Erna Katharina, geb. Pickhardt: Vertrag vom 26. 6. 1958, Gütertrennung.

GR 528 — 11. 9. 1958: Kelterborn, Klaus Gerhard, Holzkaufmann, Kassel und Barbara, geb. Jordan: Vertrag vom 22. 8. 1958, Gütertrennung.

GR 528 A — 12. 9. 1958: Schmelz, Gerhard, Fleischermeister, Kassel, und Margot, geb. Ziegler: Vertrag vom 17. 7. 1958, Gütertrennung.

GR 511 A — 10. 9. 1958: Heise, Karl, Kontrollmeister, Kassel und Elisabeth, geb. Geide: Der Mann hat die Schlüsselgewalt der Frau ausgeschlossen.

GR 438 — 27. 6. 1958: Albrecht, Gerard, Kaufmann, Kassel und Anna, geb. Gabriel: Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Amtsgericht Kassel

3245

GR 69 — Kaufmann Kurt Paul Karl Fritz Brand, Allendorf, Kr. Marburg/Lahn, Eichendorffstraße 4 und Ehefrau Ingrid, geb. Textor, daselbst.

Durch Vertrag vom 16. 6. 1958 ist die Gütertrennung vereinbart.

Kirchhain (Bez. Kassel), 10. 9. 1958

Amtsgericht

3246

Durch Erklärung des Ehemanns gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht in folgenden Ehen Gütertrennung:

GR 133 A: Landwirt Karl Köhler und Emilie, geb. Rausch in Sachsenhausen, Niederwerberstraße 2,

GR 134: Landwirt Heinrich Garthe und Lina, geb. Leonhäuser in Neukirchen Nr 13.

Korbach, 17. 9. 1958

Amtsgericht

3247

GR I/173 — Kaufmann Karl Jöckel und Ehefrau Maria Jöckel, geb. Krömmelbein, jetzt in Gießen:

Durch notariellen Vertrag vom 9. 6. 1958 haben die Eheleute den Ehevertrag vom 6. 6. 1921 aufgehoben, die Zugewinngemeinschaft als gesetzlichen Güterstand abgelehnt und Gütertrennung vereinbart.

Lauterbach (Hessen), 24. 8. 1958

Amtsgericht

3248

6 GR Nr. 515 — Versicherungsinspektor Ernst Textor und Wilfriede Textor, geb. Wenkel in Wittelsberg, Kr. Marburg (Lahn), Oberdorf Nr. 47.

Der Versicherungsinspektor Ernst Textor hat am 21. Juni 1958 dem Amtsgericht-3 Xa 29/58 gegenüber erklärt, daß für seine Ehe mit Wilfriede Textor, geb. Wenkel Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 5. 9. 1958

Amtsgericht

3249

GR 117 — Ehegatten: Kaufmann Heinz Kutscher und Gisela Gertrud Kutscher, geb. Wandelt in Melsungen:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Melsungen, 12. 9. 1958

Amtsgericht

3250

GR 118 — Ehegatten: Geschäftsführer Otto Albert Heinemann und Anna Irmgard Heinemann, geb. Kirchner in Melsungen:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 15. 9. 1958

Amtsgericht

3251

GR 247 — 17. 9. 1958: Schneidergeselle Karl Müller und Helene, geb. Speck, Winkel (Rheingau):

Durch Erklärung vom 25. März 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdesheim (Rhein)

3252

Rü GR I 9 — Durch notariellen Ehevertrag vom 28. 3. 1950 und Ergänzungsvertrag vom 21. 6. 1958 haben die Eheleute Bruno Karl Albert Schon, Kaufmann, und Frau Anna, geb. Gehrman, Rüsselsheim am Main, Gütertrennung vereinbart.

Rüsselsheim, 18. 9. 1958

Amtsgericht Groß-Cerau
— Zweigstelle Rüsselsheim —

3253

GR 81 — Eheleute Textilkaufmann Karl Heinegans und Margot, geb. Kieler, Mottgers:

Durch notariellen Vertrag vom 19. 7. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Schlüchtern, 1. 9. 1958

Amtsgericht

3254

In diesen Ehen gilt Gütertrennung :

GR 82: Eheleute Fabrikant Julius Schäfer und Elfriede, geb. Rommel, Schlüchtern,

GR 83: Eheleute Kaufmann Friedrich Rudolf und Renate, geb. Lotz, Schlüchtern,

GR 84: Eheleute Kaufmann Oskar Stumpf und Adelheid, geb. Bergner, Schlüchtern,

GR 85: Eheleute Dr. Max Eckert, Bürgermeister in Schlüchtern und Frieda, geb. Reißmann,

GR 86: Eheleute Hans Jökel, Baumeister in Schlüchtern und Elisabeth, geb. Freund,

GR 87: Eheleute Franz Gehrman, Gerichtsassessor in Schlüchtern und Liselotte, geb. Gaenßlen,

GR 88: Eheleute Paul Klein, Uhrmachermeister und Optiker in Schlüchtern und Dora, geb. Vey,

GR 89: Eheleute Hans Lotz, Buchhändler in Schlüchtern und Anna, geb. Alt,

GR 90: Eheleute Heinz Füssel, Zahnarzt in Schlüchtern und Lilli, geb. Teske,

GR 91: Eheleute Oskar Breusch, Kaufmann in Schlüchtern und Herta, geb. Gundrum,

GR 92: Eheleute Dr. Hermann Weber, Rechtsanwalt und Notar in Schlüchtern und Sibylle, geb. Pollex,

GR 93: Eheleute Dr. Alfred Becker, Rechtsanwalt und Notar in Schlüchtern und Anne-Marie, geb. Fertig,

GR 94: Eheleute Augustin Schöppner, Kaufmann in Schlüchtern und Elisabeth, geb. Gemmer,

GR 95: Eheleute Richard Wegmann, Landwirt in Röhrigs, Gemeinde Klosterhöfe und Elisabeth, geb. Weitzel,

GR 96: Eheleute Dr. Friedrich August Müller, Apotheker in Schlüchtern und Ilse-Marie, geb. Heinemann,

GR 97: Eheleute Paul Merforth, Fabrikant in Schlüchtern und Erna, geb. Uffelmann,

GR 98: Eheleute Knut von Kühlmann, Freiherr von Stumm-Ramholz, Land- und Forstwirtschaft, Schloß Ramholz in Vollmerz und Jutta von Kühlmann Freifrau von Stumm-Ramholz, geb. von Ramin,

GR 99: Eheleute Eugen Heinlein, Fabrikant in Schlüchtern und Elly, geb. Albrand,

GR 100: Eheleute Friedrich Steinfeld, Buchdruckereibesitzer, Schlüchtern und Helene, geb. Stankiewitz,

GR 101: Eheleute Dr. Herbert Hoenge, Arzt in Schlüchtern und Luise, geb. Feddersen,

GR 102: Eheleute Robert Kuhlmann, Fabrikant in Schlüchtern und Grete, geb. Lechler,

GR 103: Eheleute Rudolf Schade, Klosterrentmeister in Schlüchtern und Dr. Ursula, geb. Plamsch,

GR 104: Eheleute Ludwig Steinfeld, Kaufmann in Schlüchtern, und Anneliese, geb. Flörke,

GR 105: Eheleute Melchior Eichholz, Malermeister in Oberzell, und Anna, geb. Eichholz.

Schlüchtern, 1. 9. 1958 **Amtsgericht**

3255

GR 74 — 7. 7. 1958: Gärtner Kurt Werkmeister und Martha, geb. Koch, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 75 — 7. 7. 1958: Schmiedemeister Fritz Blackert und Marie, geb. Dittmar, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 76 — 7. 7. 1958: Gärtnereibesitzer Emil Werkmeister und Elise, geb. Hollstein, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 78 — 7. 7. 1958: Schlosser Gerhard Georgi und Hildegard, geb. Brauns, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 79 — 7. 7. 1958: Arzt Dr. med. Hans Kaiser und Marie, geb. Israel, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 80 — 7. 7. 1958: Gastwirt Heinrich Stöhr und Emma, geb. Liese, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 81 — 7. 7. 1958: Kaufmann Herbert Jäger und Elisabeth, geb. Ludolph, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 82 — 7. 7. 1958: Kaufmann Georg Assmann und Martha, geb. Rehm, beide wohnhaft in Weidelbach.

GR 83 — 7. 7. 1958: Landwirt Friedrich Wiegand Appell und Betty, geb. Freitag, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 84 — 7. 7. 1958: Kraftfahrzeugmeister August Blackert und Elisabeth, geb. Becker, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 85 — 7. 7. 1958: Kaufmann Franz Sinning und Maria, geb. Lampe, beide wohnhaft in Elbersdorf.

GR 86 — 7. 7. 1958: Weber Johannes Bickel und Frieda, geb. Dillenberger, beide wohnhaft in Neumorschen.

GR 87 — 7. 7. 1958: Fabrikant August Heinzerling und Käthe, geb. Schnellenpfeil, beide wohnhaft in Altmorschen.

GR 88 — 7. 7. 1958: Elektromeister und Kaufmann Bernhard Herbold und Elisabeth, geb. Fehr, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 89 — 7. 7. 1958: Kaufmann Kurt Weber und Lieselotte, geb. Munzer, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 90 — 7. 7. 1958: Kaufmann Jakob Ellrich und Marie, geb. Schmidt, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 91 — 7. 7. 1958: Buchdrucker Heinz Munzer und Johanna, geb. Fischer, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 92 — 7. 7. 1958: Maurermeister Manfred Dröbler und Else, geb. Blumenstein, beide wohnhaft in Elbersdorf.

GR 93 — 7. 7. 1958: Schmied Johann Heinrich Noll und Frieda Margarete Karoline, geb. Clobes, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 94 — 7. 7. 1958: Landwirt Willi Jakob und Elfriede, geb. Steinbach, beide wohnhaft in PfiEFFE.

GR 95 — 7. 7. 1958: Fuhrunternehmer Walter Strube und Auguste, geb. Dietrich, beide wohnhaft in PfiEFFE.

GR 96 — 7. 7. 1958: Landwirt Gustav Diederich und Elfriede Wilhelmine Käthe, geb. Brand, beide wohnhaft in Wichte.

GR 97 — 7. 7. 1958: Schreinermeister Georg Heinrich Hoppach und Julie, geb. Methe, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 98 — 7. 7. 1958: Landwirt Christian Lange und Anna Christine, geb. Berge, beide wohnhaft in PfiEFFE.

GR 99 — 7. 7. 1958: Kaufmann Heinrich Wetzel und Katharina, geb. Hüge, beide wohnhaft in Nausis.

GR 100 — 7. 7. 1958: Maurer Hermann Tank und Elise Marie, geb. Stahl, beide wohnhaft in Metzebach.

GR 101 — 7. 7. 1958: Kaufmann Hans Sinning und Marie, geb. Blackert, beide wohnhaft in Elbersdorf.

GR 102 — 7. 7. 1958: Zimmermeister Friedrich Wilhelm Eberhardt und Käthe, geb. Simon, beide wohnhaft in Elbersdorf.

GR 103 — 7. 7. 1958: Schreinermeister Wilhelm Bier und Käthe, geb. Siebert, beide wohnhaft in Altmorschen.

GR 104 — 7. 7. 1958: Zahnarzt Gerhard Heine und Margarete, geb. Tscheuschner, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 105 — 7. 7. 1958: Maurer Georg Ludwig Schmidt und Anne Martha, geb. Schmidt, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 106 — 7. 7. 1958: Arbeiter und Parkettleger Ottokar Schmidt und Gisela, geb. Mai, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 107 — 7. 7. 1958: Architekt Wilhelm Balke und Marie Henriette, geb. Angersbach, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 108 — 7. 7. 1958: Kaufmann Helmut Kuchler und Ernestine, geb. Saenger, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 109 — 7. 7. 1958: Schreinermeister Georg Wilhelm Schmidt und Sophie, geb. Werner, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 110 — 7. 7. 1958: Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Hickmann und Päule, geb. Sivers, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 111 — 7. 7. 1958: Kaufmann Heinrich Mohr und Erna, geb. Siebert, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 112 — 7. 7. 1958: Landwirt Wilhelm Appell und Bertha, geb. Eberhardt, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 113 — 7. 7. 1958: Kaufmann Heinrich Kurzrock und Helene, geb. Malkus, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 1 A — 7. 7. 1958: Helfer in Steuer-sachen Wilhelm Redecker und Luise, geb. Jürgens, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 2 A — 7. 7. 1958: Lehrer Rudolph Ruppel und Berta, geb. Lösch, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 3 A — 7. 7. 1958: Kaufmann Oswald Rode II. und Luise, geb. Siebert, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 4 A — 7. 7. 1958: Sattlermeister Ernst Hollstein und Anna, geb. Mänz, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 5 A — 7. 7. 1958: Bankvorsteher Emil Appell und Dorothea, geb. Siebert, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 6 A — 7. 7. 1958: Kaufmann Erich Bauerfeind und Edith, geb. Anger, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 7 A — 7. 7. 1958: Elektromeister Konrad Bressler und Elisabeth, geb. Lösch, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 8 A — 7. 7. 1958: Drogist Horst Freiwald und Hildegard, geb. Beer, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 9 A — 7. 7. 1958: Sägewerksbesitzer Günther Höhns und Erika, geb. Siebert, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 10 A — 7. 7. 1958: Bierverleger Fritz Beckmann und Elfriede, geb. Pfannkuche, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 11 A — 7. 7. 1958: Stadtoberssekretär Willy Schenk und Martha, geb. Nastainczyk, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 12 A — 7. 7. 1958: Zahnarzt Bernhard Wittstamm und Marie, geb. Schneider, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 13 A — 7. 7. 1958: Kraftfahrer Fritz Hüfner und Hilde, geb. Fett, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 14 A — 7. 7. 1958: Fabrikant Fritz Dahnk und Elfriede, geb. Faust, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 15 A — 7. 7. 1958: Buchdruckereibesitzer Hugo Munzer und Lucie, geb. Stüber, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 16 A — 7. 7. 1958: Kaufmann Leo Bannefeld und Helene, geb. Franke, beide wohnhaft in Spangenberg.

GR 17 A — 7. 7. 1958: Kaufmann Georg Meurer und Marie, geb. Bender, beide wohnhaft in Spangenberg.

Die vorstehend genannten Ehegatten leben in Gütertrennung!

(Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz.)

GR 77 — 7. 7. 1958: Fuhrunternehmer Georg Köhler und Luise, geb. Blum, beide wohnhaft in Altmorschen: Vertrag vom 20. 2. 1948 — Gütertrennung —.

GR 18 A — 7. 7. 1958: Diplomkaufmann Reimer Dahnke und Elisabeth, geb. Sostmann, beide wohnhaft in Spangenberg: Vertrag vom 4. 10. 1957 — Gütertrennung —

GR 19 A — 7. 7. 1958: Verwaltungsangestellter Manfred Adolf Umbach und Sieglinde Ingrid, geb. Limmeroth, beide wohnhaft in Schnellrode: Vertrag vom 12. 7. 1958 — Gütertrennung —.

**Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Spangenberg**

3256

GR 191 — 16. 9. 1958: Ludwig Blum, Lehrer, und Elisabeth, geb. Spindler, Unter-Flockenbach (Odw.).

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Absatz 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Wald-Michelbach

3257

Güterrechtsregister Wiesbaden

Für Nachstehende ist durch Erklärung gem. Art. 8 Nr. 3. Gleichb. Gesetz vom 18. 6. 1957 Gütertrennung vereinbart:

GR 1671 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Hanika Emil, Malermeister, und Emma, geb. Schneider, Wiesbaden-Dotzheim (Schiersteiner Str. 7).

GR 1672 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Hermann Ohlemacher, Gutsbesitzer, und Lina, geb. Capito, Wiesbaden (Bahnhofstr. 67).

GR 1673 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Heinz Griebach, Stadtobersekretär, und Edith, geb. Röll, Wiesbaden (Eckernförderstr. 21).

GR 1674 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Zimmermann Wilhelm, Kaufmann, und Emma, geb. Bruelheide, Wiesbaden-Biebrich (Dotzheimer Str. 51).

GR 1675 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Richard von Heynitz, Kammerherr a. D., und Elisabeth, geb. Gräfin Snoilsky, Wiesbaden (Platter Str. 2).

GR 1676 A — 22. 8. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Karl Zitzmann, Kaufmann, und Helene, geb. Rhode, Wiesbaden-Sonnenberg (Jungferngartenstr. 1).

GR 1677 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Fritz Hertel, Verleger, und Maria, geb. Stieger, Wiesbaden (Franz-Abt-Str. 5).

GR 1678 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Hans Werner Barbe, Kaufmann, und Käte, geb. Meinecke, Wiesbaden (Lahnstraße 47c).

GR 1679 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Ing. Alexander Hrych, Professor, und Felicitas, geb. Wagner, Wiesbaden (Wittgenweg 3).

GR 1680 A — 22. 8. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Walter Kuchenbecker, Kaufmann, und Ida, geb. Beekes, Wiesbaden (Biebricher Allee 19).

GR 1682 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Karl Faber, Behördenangestellter, und Edwarda, geb. Eensaar, Wiesbaden (Oranienstr. 49).

GR 1683 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Walter Erler, Musiksortimentier, und Gerta, geb. Hempel, Wiesbaden (Eckernförderstr. 23).

GR 1684 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Johannes Dyck, Kaufmann, und Luise, geb. Klemm, Wiesbaden-Erbenheim (Wiesbadener Str. 69).

GR 1685 A — 22. 8. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Bernard Driver, Bankdirektor, und Ilse, geb. Ringk, Wiesbaden (Brentanostr. 17a).

GR 1686 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Rudolf Erdmann, Verleger, und Inge'ria, geb. Höne, Wiesbaden (Rauenthaler Str. 14a).

GR 1687 A — 22. 8. 1958 — vom 19. 6. 1958 für die Eheleute Horst von Olszewski, Kaufmann, und Anna, geb. Kruyne, Wiesbaden (Phalerstr. 54).

GR 1688 A — 22. 8. 1958 — vom 18. 6. 1958 für die Eheleute Heinrich Wilhelm Assmuss, Bauingenieur, und Elisabeth Charlotte, geb. Weis, Wiesbaden (Schumannstraße 15).

GR 1689 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Josef Hofmeier, Elektromeister, und Katharina Juliane, geb. Hartmann, Mainz-Kastel (Am Ludwigsplatz 9).

GR 1690 A — 22. 8. 1958 — vom 6. 6. 1958 für die Eheleute Waldemar Beth, Kaufmann, und Anneliese, geb. Lied, Wiesbaden (Mainzer Str. 125a).

GR 1691 A — 22. 8. 1958 — vom 19. 6. 1958 für die Eheleute Karl Hohmann, Apotheker, und Gertrud, geb. Lowka, Wiesbaden (Biebricher Allee 15).

GR 1692 A — 22. 8. 1958 — vom 3. 6. 1958 für die Eheleute Erich Friedrich, Kaufmann, und Trude, geb. Oehlschlägel, Wiesbaden (Tennelbachstr. 73).

GR 1693 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Friedrich Gröschel, Angestellter, und Hildegard, geb. Hübenenthal, Wiesbaden-Dotzheim (Biebricher Str. 239).

GR 1694 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Robert Lotz, Rechtsanwalt, und Helga, geb. Oberwinter, Wiesbaden (Viktoriastr. 9).

GR 1695 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Emil Wilhelm Riehl, Angestellter, und Emma, geb. Werner, Wiesbaden-Biebrich (Rathenauplatz 8).

GR 1696 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Rudolf Bernhard Weißenberger, Kaufmann, und Gertrud, geb. Pelzel, Mainz-Kastel (Admiral-Scheerstraße 2).

GR 1697 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Jörg Stute, Kaufmann, und Paula Maria, geb. Winkels, Wiesbaden (Mainzer Str. 46).

GR 1698 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Heinz Kreher, Büchsenmachermeister, und Emilie, geb. Heim, Wiesbaden-Biebrich (Schillstr. 14).

GR 1700 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Willibald Richter, Angestellter, und Barbara, geb. Schlegel, Wiesbaden (Moritzstr. 70).

GR 1701 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Fritz Wölfer, Angestellter, und Ingeborg, geb. Christel, Wiesbaden (Waldstr. 111).

GR 1702 A — 22. 8. 1958 — vom 19. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Ing. Walter Gundelach, Geschäftsführer, und Ruth, geb. Höpner, Wiesbaden (Hergenbahnstr. 3).

GR 1703 A — 22. 8. 1958 — vom 14. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Hans Balz, Rechtsanwalt und Notar, und Helene, geb. Schulz, Wiesbaden-Sonnenberg (Höhenstr. 12).

GR 1704 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Paul Schmidt, Kaufmann, und Luise, geb. Müller, Wiesbaden (Ellenbogengasse 10).

GR 1705 A — 22. 8. 1958 — vom 16. 6. 1958 für die Eheleute Ernst Otto Bethge, Dipl.-Kaufmann, und Ilse, geb. Meyer, Wiesbaden (Kapellenstr. 70).

GR 1706 A — 22. 8. 1958 — vom 16. 6. 1958 für die Eheleute Robert Kauffmann, Gastwirt, und Helene, geb. Lewandowski, Wiesbaden (Hauptbahnhofs-Gaststätte).

GR 1707 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Erich Bartholomäus, Chemiker, und Liselotte, geb. Fischer, Wiesbaden-Biebrich (Adolfsplatz 5).

GR 1708 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Johannes Dovidat, Stadtkämmerer a. D., und Irmgard, geb. Tessmer, Wiesbaden (Schiersteiner Str. 5).

GR 1709 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Hugo Luft, Angestellter, und Lina, geb. Haas, Wiesbaden-Biebrich (Dotzheimer Str. 117).

GR 1710 A — 22. 8. 1958 — vom 10. 6. 1958 für die Eheleute Eduard Kunkel, Elektro-Ingenieur, und Marie, geb. Geyer, Wiesbaden (Nerotai 39).

GR 1711 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Ingewald Thoresen, Helfer in Steuersachen, und Aenne, geb. Gross, Wiesbaden (Kaiser-Friedr.-Ring 65).

GR 1712 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Eugen Walter, Apotheker, und Gertrud, geb. Löhe, Wiesbaden (Schöne Aussicht 20).

GR 1713 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Günter Sobel, Apotheker, und Wilhelmine, geb. Ahlers, Wiesbaden (Wellritzstr. 11).

GR 1714 A — 22. 8. 1958 — vom 19. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Hans Mathies, Zahnarzt, und Henny, geb. Traulsen, Wiesbaden (Rheinstr. 121).

GR 1715 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Otto Heinrich Burghardt, Buchhändler, und Christine, geb. Ziemmen, Wiesbaden (Niederwaldstr. 46).

GR 1716 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Rudolf Kotze, Schreinermeister, und Anna Juliane, geb. Zimmermann, Mainz-Kostheim (Bischofsheimer Str. Nr. 20).

GR 1717 A — 22. 8. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Paul Schillo, Kaufmann, und Else, geb. Bollet, Wiesbaden (Wallufer Str. 2).

GR 1718 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Albert Hartges, Kaufmann und Liselotte, geb. Menges, Wiesbaden (Kapellenstr. 59).

GR 1719 A — 22. 8. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Karl Stiefvater, Kaufmann, und Dora, geb. Penz, Wiesbaden-Sonnenberg (Sooderstr. 48).

GR 1720 A — 22. 8. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Georg Budesheim, Kaufmann, und Hildegard, geb. Grabosch, Wiesbaden (Kauber Str. 6).

GR 1721 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Franz Keh, Innenarchitekt, und Martha, geb. Frank, Wiesbaden (Am Schlachthof 1).

GR 1722 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Karl-Adolf Schött, Kaufmann, und Eleonore, geb. Kantner, Wiesbaden (Moosbacher Str. 52).

GR 1724 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Erwin Chmielorz, Druckereibesitzer, und Charlotte, geb. Hasenbein, Wiesbaden (Sonnenberger Str. 22).

GR 1725 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Wolfgang Wick, Feinmechaniker, und Christa Gertrud, geb. Rudy, Wiesbaden-Bierstadt (Kanzelstr. 8).

GR 1726 A — 22. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute Wilhelm Kölsch, Geschäftsführer, und Rosa, geb. Daschmann, Wiesbaden (Robert-Koch-Str. 16).

GR 1727 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Wilhelm Putsch, Kaufmann, und Erika, geb. Maus, Wiesbaden (Eltviller Str. 8).

GR 1728 A — 22. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute Eduard Schmitt, kfm. Angestellter, und Margarete, geb. Reder, Wiesbaden (Biebricher Allee 53).

GR 1729 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Joachim Wehrmann, Angestellter, und Margrit, geb. von Knoop, Wiesbaden (Webergasse 28).

GR 1730 A — 22. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute August Neu, Kaufmann, und Therese, geb. Müller, Wiesbaden (Oestricher Str. 6).

GR 1731 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Erich Helberg, Kraftfahrer, und Grete, geb. Beese, Wiesbaden-Sonnenberg (Ecke Bingert- und Liebenaustraße).

GR 1732 A — 22. 8. 1958 — vom 18. 6. 1958 für die Eheleute August Adam, Bauhilfsarbeiter, und Rosa, geb. Zoytlo, Auringen-Medenbach (Vordergasse 12).

GR 1733 A — 22. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute Paul Georg Höhler, Handlungsbevollmächtigter, und Elli, geb. Witt, Wiesbaden-Biebrich (Adolfstr. 1).

GR 1734 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Hermann Anton Weiss, Betriebsleiter, und Maria, geb. Fauth, Wiesbaden-Biebrich (Brunnengasse 1).

GR 1735 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Erich Kunstmann, Kaufmann, und Elisabeth, geb. Gah, Wiesbaden-Eigenheim (Forststr. 13).

GR 1736 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dietrich Schmidt, Dolmetscher, und Hildegard Anna, geb. Senske, Mainz-Kostheim (Schiefersteiner Str. 19).

GR 1737 A — 22. 8. 1958 — vom 13. 6. 1958 für die Eheleute Reinhold Franz Forst, Syndikus, und Berthilde, geb. Stratmann, Wiesbaden (Knausstr. 8).

GR 1738 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Friedrich Lanzendorf, Verlagsangestellter, und Renate, geb. Kowarsch, Wiesbaden (Zietenring 14).

GR 1739 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Josef Ludwig Schmitt, Kaufmann, und Ilse, geb. Hirsch, Wiesbaden (Eichenwaldstr. 2).

GR 1740 A — 22. 8. 1958 — vom 12. 6. 1958 für die Eheleute Conrad Zix, Gend.-Oberinspektor i. R., und Ingeborg, geb. Baum, Wiesbaden (Theodorenstr. 3).

GR 1742 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Heinz Müller-Rhode, Geschäftsführer, und Marta, geb. Hofmann, Wiesbaden (Nußbaumstr. 2).

GR 1743 A — 22. 8. 1958 — vom 11. 6. 1958 für die Eheleute Reinhold Krause, Kaufmann, und Maud, geb. Dunker, Wiesbaden (Nerotat 27).

GR 1744 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Wilhelm Wölfert, Gärtnereibesitzer, und Regina, geb. Peuten, Wiesbaden-Dotzheim (Bleichstr. 2).

GR 1745 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Heinz Gerhard Bunders, Architekt, und Anna Ida, geb. Müller, Wiesbaden-Biebrich (Volkerstr. 15).

GR 1764 A — 22. 8. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Alexander Seeligmüller, Kaufmann, und Auguste Frieda, geb. Schulze, Wiesbaden-Eigenheim (Forststr. Nr. 23).

GR 1747 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Hans Heudorf, Kaufmann, und Margarete, geb. Menzenbach, Wiesbaden (Galileistr. 4).

GR 1748 A — 22. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute Adolf Aumann, Kaufmann, und Margarete, geb. Heid, Wiesbaden-Dotzheim (Mühlgasse 42).

GR 1749 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Ernst Hierzegger, Kaufmann, und Annemarie, geb. Kittel, Wiesbaden (Berta-von-Suttner-Str. 4).

GR 1750 A — 22. 8. 1958 — vom 18. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Helmut Johansson, Angestellter, und Susanne, geb. Wiesinger, Wiesbaden (Gerner Weg 5).

GR 1751 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Hans Buchna, Kaufmann, und Elisabeth, geb. Sähs, Wiesbaden (Fritz-Reuter-Str. 10).

GR 1752 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Georg Krämer, Gastwirt, und Hermine, geb. Kaiser, Wiesbaden (Wellritzstr. 29).

GR 1753 A — 22. 8. 1958 — vom 9. 6. 1958 für die Eheleute Otto Ginsberg, Verkaufsleiter, und Christa, geb. Kilch, Wiesbaden (Kapellenstr. 60).

GR 1754 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Wilhelm Richter, Kaufmann, und Anna, geb. Nauheimer, Wiesbaden (Hellmundstr. 19).

GR 1755 A — 22. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Eugen Offenberger, Landgerichtsrat, und Trudlinde, geb. Frey, Wiesbaden (Biebricher Allee 28).

GR 1757 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Karl Klein, Gastwirt, und Berta, geb. Krummholz, Wiesbaden (Weidenbornstr. 4).

GR 1759 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Norbert von Nieding, Lehrer, und Katharina, geb. Erben, Wiesbaden (Adolfsallee 14).

GR 1760 A — 22. 8. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Julius Wegeler, Kaufmann, und Tedha, geb. von Frese, Wiesbaden (Rosselstr. 11).

GR 1761 A — 22. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Fritz Sünder, Zahnarzt, und Elisabeth, geb. Scherer, Wiesbaden (Luiseplatz 4).

GR 1762 A — 22. 8. 1958 — vom 19. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Theo Förster, Angestellter, und Katharina, geb. Kitz, Wiesbaden (Blumenstr. 6).

GR 1763 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Heinrich Bauer, Drogist, und Maria Magdalena, geb. Barth, Mainz-Kastel (Philippstr. 17).

GR 1764 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Lothar Benndorff, Dipl.-Ing., und Anneliese, geb. Lattermann, Wiesbaden (Bahnhofstr. 34).

GR 1765 A — 22. 8. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Ernst Kletti, Kaufmann, und Maria, geb. Schubach, Wiesbaden (Römerberg 16).

GR 1766 A — 22. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Detlof Krüger, Schauspielregisseur, und Dr. jur. Gerda Krüger-Nieland, Bundesrichterin, Wiesbaden (Rösslerstr. 12).

GR 1767 A — 26. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Karl Kneuse, Dipl.-Kaufmann, und Klara, geb. Gablens, Wiesbaden (Möhrlingstr. 10).

GR 1768 A — 26. 8. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Wilhelm Schade, Kaufmann, und Hedwig, geb. Walter, Wiesbaden-Dotzheim (Biebricher Str. 231).

GR 1769 A — 26. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Paul Erich Maxheimer Verleger, und Ingeborg, geb. Renz, Wiesbaden (Taunusstr. 6).

GR 1770 A — 26. 8. 1958 — vom 24. 6. 1958 für die Eheleute Franz Kraska, Dipl.-Ingenieur, und Erika, geb. Wolf, Wiesbaden (Schenkendorffstr. 7).

GR 1771 A — 26. 8. 1958 — vom 26. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Werner Deiters, Konsul a. D., und Andy, geb. Kirchhoff, Wiesbaden (Platter Str. 2).

GR 1772 A — 26. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Friedrich Gossel, Regierungsrat, und Emma, geb. Bruder, Wiesbaden-Biebrich (Mannstaedtstr. 7).

GR 1773 A — 26. 8. 1958 — vom 25. 6. 1958 für die Eheleute Adolf Sauer, Kaufmann, und Maria, geb. Domidian, Wiesbaden (Nerostr. 28).

GR 1775 A — 3. 9. 1958 — vom 28. 6. 1958 für die Eheleute Karl Klamp, Kaufmann, und Gisela, geb. Krämer, Wiesbaden (Seerobenstr. 18).

GR 1776 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Carl Baur, Kaufmann, und Hella, geb. Ruppert, Wiesbaden (Nerotale 9).

GR 1777 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Kurt Gründel, Oberregierungsbaureisender a. D., und Lotte, geb. Heilmann, Wiesbaden (Walkmühlstr. 34).

GR 1779 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Paul Büschel, Korrektor, und Anna, geb. Sperling, Wiesbaden (Hermannstr. 28).

GR 1780 A — 3. 9. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Kurt Skroch, Direktor, und Klara, geb. Bronny, Wiesbaden (Kaiser-Friedrich-Ring 73).

GR 1781 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Herbert Scholz, Kaufmann, und Gertrud, geb. Schönbach, Kaufmann, Wiesbaden (Niederwaldstr. 30).

GR 1782 A — 3. 9. 1958 — vom 28. 6. 1958 für die Eheleute Karl Baum, Landwirt, und Meta, geb. Speisekorn, Wiesbaden-Hessloch (Vogelgangstr. 15).

GR 1783 A — 3. 9. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Martin Löffler, Kaufmann, und Inge Charlotte, geb. Meissner, Wiesbaden (Tennelbachstr. 65).

GR 1784 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Ernst-Günther Vehling, Direktor, und Käthe, geb. Barkhofen, Wiesbaden (Waldstr. 2).

GR 1785 A — 3. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Rudolf Linkenbach, Kaufmann, und Frieda, geb. Becker, Wiesbaden (Walkmühlstr. 32).

GR 1786 A — 3. 9. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Willi Weidling, Kaufmann, und Ilma, geb. Glaser, Wiesbaden (Heinrichsberg 4).

GR 1787 A — 4. 9. 1958 — vom 18. 6. 1958 für die Eheleute Herbert Zieschang, Kaufmann, und Reny Zieschang-Wieder, geb. Wieder, Zahnärztin, Wiesbaden (Luisenplatz 8).

GR 1788 A — 4. 9. 1958 — vom 21. 6. 1958 für die Eheleute Joachim von Vangerow, Helfer in Steuersachen, und Irmgard, geb. Hinze, Wiesbaden-Sonnenberg (Flandernstr. 6).

GR 1789 A — 4. 9. 1958 — vom 23. 6. 1958 für die Eheleute Kurt Gronwald, beratender Volkswirt, und Martha, geb. Teucke, Wiesbaden (Schubertstr. 1).

GR 1790 A — 4. 9. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Heinz Peter Lübke, Fabrikant, und Lieselotte, geb. Jung, Wiesbaden (Virchowstr. 6).

GR 1792 A — 4. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Richard Pelz, Kriminaloberkommissar, und Lucie, geb. Graumüller, Wiesbaden (Thaerstr. 6).

GR 1793 A — 4. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Hermann Storm, Buffetier, und Gertrud, geb. Breidenbach, Kontoristin, Wiesbaden (Kellerstr. 25).

GR 1794 A — 4. 9. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Hans Himpel, Handelsvertreter, und Erna Helene, geb. Neugebauer, Wiesbaden (Geisbergstr. 5).

GR 1795 A — 4. 9. 1958 — vom 30. 6. 1958 für die Eheleute Helmut Fritz, Angestellter, und Elfriede, geb. Chistmann, Wiesbaden (Wellritzstr. 18).

Für Nachstehende ist durch Ehevertrag Gütertrennung vereinbart:

GR 1681 A — 22. 8. 1958 — vom 12. 5. 1958 für die Eheleute Robert Leopold Oskar Hartenstein, Fabrikant, und Sophie Elisabeth, geb. Roßbach, Wiesbaden (Gluckstr. Nr. 4).

GR 1699 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 4. 1958 für die Eheleute Johann Odenbach, Maschinenbau-Ingenieur, und Gerda, geb. Jerichow, Wiesbaden-Biebrich (Dotzheimer Str. 150).

GR 1723 A — 22. 8. 1958 — vom 23. 6. 58 für die Eheleute Hans Reichold, Generaldirektor, und Ruthild, geb. Düwel, Wiesbaden (Wilhelmstr. 30).

GR 1741 A — 22. 8. 1958 — vom 24. 6. 58 für die Eheleute Ludlow Chester Grosse, Kaufmann, und Henrietta Anna, geb. Köhler, Wiesbaden (Taunusstr. 79).

GR 1756 A — 22. 8. 1958 — vom 22. 7. 1958 für die Eheleute Dr. Dietrich Hiller, Apotheker, und Edith, geb. Hahmann, Wiesbaden (Riederbergstr. 11).

GR 1758 A — 22. 8. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Klaus Eger, Maschinenbautechniker, und Margarethe, geb. Siefer, Wiesbaden-Biebrich (Mainstr. 34).

GR 1778 A — 3. 9. 1958 — vom 31. 7. 1958 für die Eheleute Richard Messinger, Metzgermeister, und Auguste, geb. Aulmann, Wiesbaden (Moritzstr. 31).

GR 1791 A — 4. 9. 1958 — vom 27. 6. 1958 für die Eheleute Dr. Reinhold Claren, Patentwirtschaftler, und Anna, geb. Nicolay, Wiesbaden (Mainzer Str. 25a).

GR 1774 A — 26. 8. 1958 — vom 20. 6. 1958 für die Eheleute Tilo Schadrack, Kaufmann, und Hedwig, geb. Brück, Wiesbaden (Sonnenberger Str. 14).

Wiesbaden, 16. 9. 1958

Amtsgericht

3258

GR 79 — Eheleute Kaufmann und Landwirt Wilhelm, Heinrich, Friedrich Stein und Gerda, Lydia, Selma, geb. Giese in Eichen a. d. Nidder, Obergasse 9;

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Windecken, 11. 9. 1958

Amtsgericht Hanau - Zweigstelle Windecken

3259

GR 80 — Weißbinder Friedrich, Heinrich, Martin Schmidt und Marie, geb. Koch, in Marköbel;

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Windecken, 11. 9. 1958

Amtsgericht Hanau - Zweigstelle Windecken

3260

In das Güterrechtsregister beim Amtsgericht Witzzenhausen wurde eingetragen:

3 GR 241 — 4. 9. 1958: Eheleute Kaufmann Otto Schäd, wohnhaft in Dohrenbach, Kr. Witzzenhausen, und Dorothea, geb. Beck, in Witzzenhausen;

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 21. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3 GR 242 — 9. 9. 1958: Eheleute Heizungsmeister Erwin Gollasch und Frieda, geb. Elbrecht, Geschäftsfrau, beide in Untertieden, Kr. Witzzenhausen;

Die Ehefrau hat in der notariellen Urkunde vom 27. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll;

3 GR 243 — 9. 9. 1958: Eheleute Kaufmann Heinrich Ehrbeck in Wendershausen,

Kr. Witzhausen, und Vally, geb. Cordes, wohnhaft in Rautheim über Braunschweig:

Die Ehefrau hat in der notariellen Urkunde vom 3. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3 GR 244 — 13. 9. 1958; Eheleute Fabrikant Herbert Jaeger und Ingeborg, geb. Pehm, beide in Witzhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 30. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3261 Nachlasssachen

Beschluß:

2 VI 321/58: Die Verwaltung des Nachlasses des am 30. Oktober 1957 verstorbenen, zuletzt in Gießen, Frankfurter Straße 44, wohnhaft gewesenen Johann Weidl wird angeordnet.

Zum Nachlaßverwalter wird Rechtsanwalt Dr. Merck in Gießen, Frankfurter Straße 10, bestellt.

Gießen, 27. 6. 1958 **Amtsgericht**

3262 Handelsregister

Im HRB. Nr. 2 ist bei der Firma I. D. Wehrenbold und Sohn G. m. b. H., Aurorahütte in Erdhausen bei Gladenbach (Hessen) am 5. September 1958 eingetragen worden: Die Prokura des Dipl.-Kaufmanns Georg Meyer in Gladenbach ist erloschen. Dem Buchhalter Otto Bender in Gladenbach (Hessen), Wilhelmstraße 13, und dem Kaufmann Hermann Bender in Weidenhausen, Kr. Biedenkopf, Petersberg 17, ist Gesamtprokura erteilt.

Amtsgericht Gladenbach

3263 Vereinsregister

Neueintragung

VR 134 — Heimatkreis Mährisch, Schönberg e. V., Sitz Bad Hersfeld: Die Satzung ist am 20. Juli 1958 errichtet. Vorstand ist der Vorsitzende oder sein Stellvertreter.

Bad Hersfeld, 8. 9. 1958 **Amtsgericht**

3264

4 VR 195 — In das Vereinsregister des hiesigen Amtsgerichts wurde heute folgendes eingetragen:

Sportverein 1907 Geinsheim e. V., in Geinsheim (Hessen).

Groß-Gerau, 11. 9. 1958 **Amtsgericht**

3265 Vergleiche — Konkurse

Beschluß

4 N 40/54: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Spannbeton-Rhein-Main, Reichelt K. G., in Lorsch, von Hausenstraße, wird nach Abhaltung des Schlußtermines aufgehoben.

Bensheim, 10. 9. 1958 **Amtsgericht**

3266

6 N 41/58 — Anschlußkonkursverfahren: Der Antrag des Kaufmanns Karl Matthias Belzper, Inhaber der nichteingetragenen Firma Textil-Versand Belzner, Darmstadt, Roßdörferstraße 128, über sein Vermögen

das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil der Schuldner zahlungsunfähig geworden ist und die zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens erforderlichen Unterlagen innerhalb der gesetzten Frist nicht vollständig beigebracht hat. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute am 15. September 1958, 11.30 Uhr das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Der vorläufige Vergleichsverwalter, Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hülstraße 47, Telefon 2340, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 7. Oktober 1958 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 15. Oktober 1958, vorm. 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Darmstadt/Mathildenplatz 12, I. Stockwerk, Zimmer 510. Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Oktober 1958 Anzeige zu machen.

Darmstadt, 15. 9. 1958 **Amtsgericht - Abt. 6**

3267

Beschluß

6 N 128/52 — Konkursverfahren Kaufmann Hans Goebel, Darmstadt, Bismarckstraße 82: Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf DM 187,50 festgesetzt.

Termin zur Gläubigerversammlung wird bestimmt auf Mittwoch, den 15. Oktober 1958, 9 Uhr, Amtsgericht, Mathildenplatz 12, Zimmer 510. Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Schlußrechnung und Bericht des Konkursverwalters. 3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse. Bericht und Rechnung des Konkursverwalters wird auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Darmstadt, 15. 9. 1958 **Amtsgericht - Abt. 6**

3268

5 N 5/58: Über das Vermögen der Firma Karl Haardt, Kommanditgesellschaft i. L. in Frohnhausen/Dillkreis, wird heute, am 16. September 1958, 10 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Leuschner in Dillenburg. Konkursforderungen sind bis zum 25. Oktober 1958 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden. Zinsen sind mit dem errechneten Betrage anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mitzuzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Konkursverwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 KO. bezeichneten Gegenstände:

17. Oktober 1958, 10 Uhr und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 22. November 1958, 10 Uhr vor dem Amtsgericht Dillenburg, Zimmer 23.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 3. Oktober 1958 anzeigen.

Dillenburg, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

3269

N 2/58: Über den Nachlaß der am 5. Mai 1958 verstorbenen Kauffrau Johanne Güse, Werdorf, Kr. Wetzlar, wird heute, am 18. September 1958, 10 Uhr, auf Antrag des Miterben Heinrich Güse das Nachlaßkonkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Helfer in Steuersachen Walter Schäfer in Werdorf. Konkursforderungen sind bis zum 11. 10. 1958 bei Gericht (doppelt) anzumelden. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 20. 10. 1958. Offener Arrest ist angeordnet. Anzeigepflicht für Forderungen, wegen deren abgesonderte Befriedigung verlangt wird, bis 11. Oktober 1958.

Ehringshausen, 18. 9. 1958 **Amtsgericht**
(Kr. Wetzlar)

3270

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Schmid, Inhaber der Firma Franz Schmid, Automobile, Frankfurt (Main), Emser Straße 28, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 13 012,84 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, die Vergütung der Mitglieder des Gläubiger-Ausschusses, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Die bevorrechtigten Forderungen sind bereits ausgeschüttet worden. Zu berücksichtigen sind 2 070 946,90 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Abt. 81 Frankfurt (Main) auf.

Frankfurt (Main), 22. 9. 1958

Der Konkursverwalter
Werner Berndt

3271

81 N 281/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Helmut Schlaaff, alleinigen Inhabers der Firma Helmut Schlaaff & Co., Frankfurt (M.), Wiesenau 10, Az.: 81 N 281/56, AG-Ffm. findet die Schlußverteilung statt.

Die Forderungen betragen: a) bevorrechtigte 32 788,51 DM, b) einfache 113 257,72 Deutsche Mark.

Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt 828,96 DM abzüglich Kosten des Verfahrens.

Frankfurt (Main), 17. 9. 1958

Der Konkursverwalter
Gentsch, Rechtsanwalt

3272**Beschluß**

81 N 141/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Josef Feuerbach, Frankfurt (Main), Glauburgstraße 26 wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters Rechtsanwalt Dr. Heinz Deutscher, Frankfurt (Main), Ratenauplatz 2—8, Tel. 2 70 13 zum Konkursverwalter ernannt. Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters wird Termin auf den 3. Oktober 1958, 11.15 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Geb. B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 13. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3273**Beschluß**

81 N 1/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Damenputz-Verkaufs-Gesellschaft mbH. Großhandel in sämtl. Erzeugnissen der Damenmodenbranche, Frankfurt (Main)-Hausen, Industriehof wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 10. Oktober 1958, 11.15 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 337, Bau B, bestimmt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung der Einwendung gegen das Schlußverzeichnis sowie der Anhörung der Gläubigerversammlung bezüglich der Einstellung gemäß § 204 Konk. O.

Frankfurt (Main), 12. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3274**Beschluß**

81 N 154/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Peter, Josef Bodensohn, Frankfurt am Main-Niederrad, Blauenstraße 19, Inhaber der Firma Bauunternehmung Bodensohn, Peter Josef Bodensohn, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 35, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 10. Oktober 1958, vormittags 10.45 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337 anberaumt.

Frankfurt (Main), 10. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3275**Beschluß**

81 N 315/52: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Farblederfabrik Bonames Dr. Schüler KG., Frankfurt (Main)-Bonames wird anstelle des verstorbenen Konkursverwalters der Rechtsanwalt Dr. Heinz Deutscher, Frankfurt (Main), Ratenauplatz 2—8, Tel. 2 70 13, zum Konkursverwalter bestellt. Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters wird Termin bestimmt auf den 3. Oktober 1958, 12 Uhr vor dem Amtsgericht, Gerichtsgeb. B, Zimmer-337.

Frankfurt (Main), 15. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3276**Beschluß**

81 N 348/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Lederwerk Bonames GmbH., Frankfurt (Main)-Bonames, Am Burghof 20, wird an Stelle des verstorbenen seitherigen Konkursverwalters der Rechtsanwalt Dr. Deutscher, Frankfurt (M.), Ratenauplatz 2—8, Tel. 2 54 86, zum Konkursverwalter ernannt. Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters wird Termin anberaumt auf den 24. Oktober 1958, 11.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337.

Frankfurt (Main), 12. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3277**Beschluß**

81 N 146/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Schmid, Inh. der Firma Franz Schmid, Automobile, Frankfurt (Main)-West, Emserstr. 28 wird die Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin anberaumt auf den 24. Oktober 1958, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337. Der Termin wird bestimmt zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Anhörung über die für die Mitglieder des Gläubigerausschusses festzusetzenden Vergütungen und Auslagen und zur Beschlußfassung über die Verwertung der restlichen Außenstände. Für den Konkursverwalter sind DM 2700,— Vergütung und DM 311,75 Auslagen festgesetzt.

Frankfurt (Main), 10. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3278

N 8/58: Über das Vermögen des Bauunternehmers Dipl.-Ing. Wilhelm Jäckel in Gelnhausen, Spessartstraße 5, wird heute am 19. September 1958, 16 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Leo Braeunlich in Gelnhausen, Barbarossastraße, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Oktober 1958 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 29. Oktober 1958, 15 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderung auf den 4. Dezember 1958, 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte, Fürstenhofstraße 1 Saal 1, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Oktober 1958 Anzeige zu machen.

Gelnhausen, 19. 9. 1958

Amtsgericht

3279

N 2/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Weinhändlers Heinrich Klippel in Altenhaßlau, Gelnhäuser Str. 1, Inhaber der Weinhandlung J. Klippel, Altenhaßlau, wird eine Gläubigerversammlung zum 6. Oktober 1958, 9 Uhr, Saal 1 vor dem Amtsgericht Gelnhausen, Fürstenhofstr. 1, zwecks Prüfung der nachträglich eingegangenen Anmeldungen, Entgegennahme eines Berichtes der Konkursverwaltung, Beschlußfassung über die Verwertung von Grundstücken sowie Wahl eines Gläubigerausschusses einberufen.

Gelnhausen, 17. 9. 1958

Amtsgericht

3280

N 2/55: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Albert Dieffenbacher in Hirschhorn, Inhaber der Firma Albert Dieffenbacher, Großhandel mit Bürsten, Holz-Zelluloidwaren und Christbaumschmuck in Hirschhorn wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Hirschhorn, 16. 8. 1958

Amtsgericht

3281**Beschluß**

N 1/57: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Götz in Rasdorf, Inhaber der Firma Franz Götz, Polster-Möbel- und Matratzenfabrik in Rasdorf, Kr. Hünfeld, wird nach Anhörung der Gläubigerversammlung gem. § 91 KO. die Vergütung des in den Gläubigerausschuß gewählten Vertreters des Finanzamtes Fulda mit 300,— DM und seine Auslagen mit 136,40 DM festgesetzt.

Hünfeld, 17. 9. 1958

Amtsgericht

3282

8 N 1/49: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Franz Fenkl, Inhaber der Firma Franz Fenkl, Filtermaschinen und Apparatebau in Bürstadt, Am Jahnplatz, ist nach Wegfertigung der Masseschulden und Massekosten mit zusammen 3 636,88 DM und nach teilweiser Befriedigung der festgestellten Vorrechtsgläubiger der Klasse I mit 12.160,65 DM zur Befriedigung nichtbevorrechtigter Gläubiger Masse nicht mehr vorhanden.

Lampertheim, 16. 9. 1958

Der Konkursverwalter
Rothermel**3283**

N 3/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Textilkaufmanns Gustav Hardy Schwarz aus Spangenberg, Burgstraße 107 wird zur Beschlußfassung über die weitere Fortführung oder Schließung des Geschäfts des Gemeinschuldners und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen eine Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 8. Oktober 1958, 11.30 Uhr vor dem hiesigen Amtsgericht, Melsungen, Kasseler Straße 29, Erdgeschoß, Zimmer 1, berufen.

Melsungen, 17. 9. 1958

Amtsgericht

3284

62 N 5/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Eva-Film GmbH. in Wiesbaden, Unter den Eichen, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Peter Gast, Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 38, ist der Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf den **16. Oktober 1958**, 9 Uhr, **Zi. 247** des Amtsgerichts in Wiesbaden, Gerichtsstraße 2.

Wiesbaden, 16. 9. 1958 **Amtsgericht****3285**

62 N 40/54: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma „Union“ Zigarettenfabrik A. Schäfer u. Hille in Wiesbaden-Dotzheim, Wilhelminenstr. 4, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mayer in Wiesbaden, Moritzstr. 28, wird mangels Masse eingestellt. Vergütung des Konkursverwalters DM 1530,— einschließlich Auslagen.

Wiesbaden, 10. 9. 1958 **Amtsgericht****3286**

62 VN 8/58: **Vergleichsantrag** vom 11. 9. 1958 der Firma Willy Becker GmbH, Eier-, Butter-, Käse- und Fettwarengroßhandlung, in Wiesbaden, Westendstraße 13. Vorläufiger Verwalter: Dipl. Kaufmann Hermann Grothus, Wiesbaden, Adolfsallee 20.

Wiesbaden, 12. 9. 1958 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3287

Beschluß

2 K 1/58: Die im Grundbuch von Arolsen, Band 7, Blatt 192, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 11, Gemarkung Arolsen, Flur 1, Flurstück 26/1 Lieg.-B. 294, Hofraum, Bahnhofstraße 0,60 Ar,

lfd. N. 13 Arolsen, Flur 1, Flurstück 25/3, Lieg.-B. 294, Geb.-B. 57, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 33, 14,49 Ar,

sollen am 23. Oktober 1958, 15 Uhr, im Gerichtsgebäude, hier, Rauchstraße 7, Zimmer 23, — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 5. Februar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Verwaltungsoberinspektor a. D., Karl Hachenberg in Freiburg/Breisgau, Emil-Gött-Str. 8, zur ideellen Hälfte, b) Irmgard Hachenberg, c) Helmut Hachenberg, d) Brigitte Hachenberg, e) Gisela Hachenberg, f) Günther Hachenberg, zu b) bis f) alle in Arolsen, Hauptstraße 3, je zum ideellen Zehntel.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: lfd. Nr. 11: 50,— DM lfd. Nr. 13: 62 830,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 17. 9. 1958 **Amtsgericht****3288**

K 2/58: Die im Grundbuch von Wallau, Band 19, Blatt 724, eingetragenen Grundstücke, **Gemarkung Wallau** Lieg.-B. 927, Geb.-B. 454):

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurst. 1, Ackerland, auf der süßen Wiese 13,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 69, Ackerland, auf dem Roßberg, 10,81 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 12, Flurstück 39, Grünland, auf der Struth, 9,14 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 27, Flurstück 181/69, Ackerland, auf der Hohle 10,09 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 10, Flurstück 178/48, Grünland, über der Stäckerschen Mühle 10,71 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 8, Flurstück 173/21, Hof- und Gebäudefläche, Birkenweg 20, 7,20 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 23, Flurstück 12, Ackerland, vorm Tälchen, 7,96 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 23, Flurstück 30, Grünland, im Lehacker, 22,24 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 23, Flurstück 13, Ackerland, vorm Tälchen, 8,00 Ar,

Gemarkung Weifenbach (Lieg.-B. 326):

lfd. Nr. 11, Flur 14, Flurstück 29, Grünland, in dem Graubach, 16,81 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 8, Flurstück 51, Wald (Holzung), auf dem Lausfeld, 9,75 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 8, Flurstück 109, Wald (Holzung), auf dem Lausfeld 10,44 Ar,

sollen am Montag, dem 1. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72 Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 16. Januar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Frau Anna Christmann, geb. Hainbach in Wallau.

Bieter bedürfen zur Abgabe wirksamer Gebote beim Gesamtausgebot der Genehmigung des Amtsgerichtes, Abteilung Landwirtschaftssachen, beim Einzelausgebot der des Landwirtschaftsamtes Biedenkopf.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Biedenkopf, 13. 9. 1958 **Amtsgericht****3289**

Beschluß

K 5/58: Die im Grundbuch von Frankenu, Blatt 1411, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Frankenu:

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 62, Lieg.-B. 774, Ackerland, vor dem Kohlberg, 27,45 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 6, Flurstück 80, Ackerland, auf dem Banner, 9,55 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 18, Flurstück 31, Grünland, Aspenwiesen, 15,35 Ar,

sollen am 24. November 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Geismarer Str. 22, Zimmer 8, — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 13. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anstreicher Adam Müller in Frankenu.

Jeder Bieter muß eine Bietgenehmigung des Landeswirtschaftsamtes vorlegen, die zweckmäßig alsbald dort beantragt wird.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für das Grundstück lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurst. 62 = 450,— DM, für das Grundstück lfd. Nr. 3, Flur 6, Flurstück 80 = 350,— DM, für das Grundstück lfd. Nr. 4, Flur 18, Flurstück 31 = 1050,— Deutsche Mark, zusammen: 1850,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankenberg (Eder), 10. 9. 1958 **Amtsgericht****3290**

84 K 106/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die beiden auf den Namen der nachgenannten Miteigentümerinnen im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Rödelheim, Band 54, Blatt 1902 eingetragenen ideellen Zwölfel des Grundstücks lfd. Nr. 1, Gemarkung Rödelheim, Flur 24, Flurstück 171/2, Hof- und Gebäudefläche, Breitlacherstraße 89, 89/1, 89/2, 89/3 und 89/5, Größe 62,19 Ar am 7. Januar 1959, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock versteigert werden. Eingetragene Miteigentümerinnen am 25. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Frau Witwe Katharina Malz, geb. Engelhardt, Frankfurt (Main), 2. Fr. Margarethe Malz, daselbst, je zu einem ideellen Zwölfel. Der Wert der beiden ideellen Zwölfel des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 7962,66 Deutsche Mark festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 9. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 84****3291**

K 1/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die im Grundbuch von Gelnhausen, Band 65, Blatt 2395 für den Zimmermann Emil Kühnl in Gelnhausen eingetragene Eigentums Hälfte an dem nachstehend beschriebenen Grundstück am 15. Dezember 1958, vormittags 9.30 Uhr an der Gerichtsstelle Fürstenhofstraße 1, Zimmer 1, versteigert werden.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gelnhausen, Flur C 1, Flurstück 59/7, Lieg. B. 3318, Hof-

und Gebäudefläche, Mühlbadweg 17, von 11,44 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Oktober 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer des zu versteigernden Anteils war damals der Zimmermann Emil Kühnl in Gelnhausen eingetragen. Das Vollstreckungsgericht hat den Wert des ganzen Grundstücks auf 33 576,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 16. 9. 1958 **Amtsgericht**

3292**Beschluß**

4 K 11/58: Das im Grundbuch von Großen-Linden, Band 35, Blatt 1956, eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gr.-Linden, Flur 4, Flurstück 5 5/10, Ackerland, in den Planken, 9,12 Ar, Grünland, daselbst, 12,92 Ar,

soll am 28. Oktober 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstr. 1, Zimmer 101, (Sitzungssaal) — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 1. April 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Friedrich Allendorfer in Lützellinden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1750,— Deutsche Mark (i. W.: siebzehnhundertfünfzig Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 12. 9. 1958 **Amtsgericht**

3293

6 K 14/58: Die im Grundbuch von Biebesheim, Band XI, Blatt 1018 eingetragenen Grundstücke:

Gemarkung Biebesheim, Flur I, Flurstück 107 5/10, Hofreite, 44. Gewinn auf den Crumstädter Weg, 6,84 Ar und Flur I, Nr. 107 8/10, Grabgarten, 44. Gewinn auf den Crumstädter Weg, 3,40 Ar (Schätzwert: 55 000,— DM)

sollen am Freitag, den 14. Nov. 1958, vorm. 9 Uhr im Bürgermeistereigebäude in Biebesheim a. Rhein durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 22. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Georg Heinrich Böttiger, Schlosser in Biebesheim.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 19. 9. 1958 **Amtsgericht**

3294**Beschluß**

K 6/56: Das im Grundbuch von Erdhausen, Band 8, Blatt 282, eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 2, Gemarkung Erdhausen, Fl. 14, Flurstück 1, Ljieg.-B. 436, Geb.-B. 129, Hof- und Gebäudefläche, Am Berg 6, 5,59 Ar,

soll am 19. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gladenbach, Gießener

Str. 27, Zimmer 12, — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 29. September 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Paul Naumann in Erdhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 11 577,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Gladenbach, 19. 9. 1958 **Amtsgericht**

3295

6 K 11/55: Die im Grundbuch von Rüsselsheim a. Main, Band 50, Blatt 2966 A, eingetragenen Grundstücke:

Nr. 1 Gemarkung Rüsselsheim, Flur VI, Flurstück 168, Hof- und Gebäudefläche am Raunheimer Weg, 6,55 Ar, Nr. 2 Gemarkung Rüsselsheim, Flur VI, Flurstück 167, Hof- und Gebäudefläche am Raunheimer Weg, 7,08 Ar, — Schätzwert: 50 100,— DM —

sollen am Freitag, den 31. Oktober 1958, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude der Zweigstelle in Rüsselsheim a. Main durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 16. 4. 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Hoffmann-Günther GmbH., Rüsselsheim a. Main, Frankfurter Straße.

Steigliebhaber werden darauf hingewiesen, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten sind.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 18. 9. 1958 **Amtsgericht**

3296

6 K 11/57: Das im Grundbuch von Ginsheim, Band 17, Blatt 1284 eingetragene Grundstück:

Nr. 1, Gemarkung Ginsheim, Flur VIII, Flurstück 74/2, Hof- und Gebäudefläche, Gabelsberger Straße 7, 5,34 Ar — Schätzwert: 29 319,— DM — soll am Freitag, den 7. November 1958, vorm. 9 Uhr, im Bürgermeistereigebäude in Gustavsburg durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 4. Mai 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Georg Plötz, Elektromaschinenbaumeister in Gustavsburg.

Steigliebhaber werden darauf hingewiesen, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 18. 9. 1958 **Amtsgericht**

3297

5 K 7/58: Die im Grundbuch von Herbornseelbach, Band 45, Blatt 1570 eingetragenen Grundstücke:

Nr. 2 Gem. Herbornseelbach, Flur 50, Flurstück 89.

Nr. 3 Gem. Herbornseelbach, Flur 3, Flurstück 60.

Nr. 4 Gem. Herbornseelbach, Flur 3, Flurstück 202.

Sollen am 10. November 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude hier durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 21. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Witwe Emmy Edith Peter, geb. Eckhoff, in Lembach, Post Borken, Bez. Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 10. 9. 1958 **Amtsgericht**

3298

51 K 52/58: Am 3. Dezember 1958, 11 Uhr, soll beim Amtsgericht, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 98, zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft die im Grundbuch von Kirchditmold, Band 24, Blatt 597, eingetragene Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kirchditmold, Flur A, Flurstück 379/135, Hof- und Gebäudefläche, Der lange Weg, Größe: 10,79 Ar, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer der zur Versteigerung anstehenden Grundstückshälfte am 25. Juni 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsvollstreckungsvermerks: a) Ehefrau Ida Martha Margarete Waldmann, geb. Uslaub, Moers; b) Ehefrau Elsa Lange, geb. Uslaub, Gotha; c) Max Richard Gustav Uslaub, Karl-Marx-Stadt; d) Hans Paul Uslaub, Gellendorf (bei Bückeberg); e) Ehefrau Clara Helene Ella Keyser, geb. Uslaub, Großgötter; f) Frau Margarete Martha Paula Eydam, geb. Uslaub, Stützerbach; g) Karl Erich Uslaub, Wittenberg/Elbe; h) Fritz Paul Otto Uslaub, Plauen; i) Ehefrau Helene Kunz, geb. Uslaub, Wetzelsdorf; j) Ehefrau Doris Pöcker, geb. Wunderlich, Kassel, in ungeteilter Erbgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 12. 9. 1958 **Amtsgericht**

3299

5 K 2/58: Die im Grundbuch von Herborn, Band X, Blatt 348, eingetragenen Grundstücke:

Nr. 1 Gemarkung Herborn, Flur 18, Flurstück 239.

Nr. 10 Gemarkung Herborn, Flur 18, Flurstück 181/2.

Nr. 11 Gemarkung Herborn, Flur 18, Flurstück 182/2.

Sollen am 24. November 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 10. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Hans Hoffmann, Gertrud, geb. Schöler, in Herborn.

Bieter müssen damit rechnen, wenigstens 10 v. H. ihres Bargebotes in barem Geld als Sicherheit hinterlegen zu müssen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 19. 9. 1958 **Amtsgericht**

3300

51 K 5/58: Am 10. Dezember 1958, 8 Uhr, soll beim Amtsgericht Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung das im Grundbuch von Wolfsanger, Band II, Blatt 34 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1: Gemarkung Wolfsanger, Flur 14, Flurstück 94/18, Hof- und Gebäudefläche, Fuhrmannsbreite Haus Nr. 22, Größe 9 Ar, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 25. 1. 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Professor Dr. August Riekel, Kassel-Wolfsanger.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 11. 9. 1958

Amtsgericht

3301

K 6/58: Am Mittwoch, 12. November 1958, vorm. 10 Uhr, wird in Zimmer 8, des unterzeichneten Gerichts im Wege der Zwangsvollstreckung das auf den Namen des Kraftfahrzeugmeisters Johann Georg Wilhelm Leinert in Reinheim im Grundbuch von Reinheim Band 42 Blatt 2209 eingetragene

Grundstück der Gemarkung Reinheim Fl. VII Nr. 101/3 Bauplatz im freien Grund 37,53 Ar — jetzt Tankstelle und Kraftfahrzeugwerkstätte — Schätzungswert: 62 765,— Deutsche Mark öffentlich meistbietend versteigert. Unter Umständen ist in Höhe von 7/10 des Bargebots im Termin Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Reinheim (Odw.), 11. 9. 1958 Amtsgericht

3302

6 K 37/57: Die im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg, Band 48, Blatt 1705 A, eingetragene ideelle Hälfte des Albert Laucht an den Grundstücken:

Nr. 1, Gemarkung Krofdorf-Gleiberg, Flur 9, Flurstück 1398/1007, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 12 = 2,20 Ar, (Wert: 5500,— DM),

Nr. 2, Flur 19, Flurstück 2/1, Ackerland, am Eselsweg = 16,40 Ar, (Wert: 500,— DM),

soll am 12. November 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 17. 8. u. 21. 11. 1957 (Tag

des Versteigerungsvermerks): Sattlermeister Albert Laucht in Krofdorf-Gleiberg, Kirchstr. 12, und seine Ehefrau Susanne, geb. Völkel, daselbst — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 19. 9. 1958

Amtsgericht

3303

6 K 25/56: Das im Grundbuch von Dutenhofen, Band 35, Blatt 1194, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dutenhofen, Flur 13, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, Münchholzhäuser Str. 122b = 9 Ar groß, (Wert: 30 000,— DM), soll am 22. Oktober 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 24. Juli 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute August Agel, und Wilhelmine, geb. Hofmann, Dutenhofen — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 19. 9. 1958

Amtsgericht

Der Sonderdruck

aus folgenden Staats-Anzeiger Nummern: 22, 23 und 24/58

Richtlinien

zum 1. Jahresförderungsplan des Hessen-Jugendplanes

ist zum Stückpreis von DM 0,50 (zuzüglich Porto) erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Wiesbaden — Herrnmühlgasse 11A — Postschließfach 109

Einzelstücke dieser Ausgabe d. St.-Anz., Stückpreis DM 0,40, sind erhältlich in den Geschäftsstellen des

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main), Münchener Str. 54
Tel. 33 12 14 / 33 11 96

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A
Tel. 2 58 61

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM 0,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117 337 — Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Ffm. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen.) — Lieferung gegen Rechnung nur ab 3 Exemplaren an Behörden, Dienststellen, Firmen und Organisationen.

Andere Behörden und Körperschaften

3304

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. September 1958 ist das Sparkassenbuch Nr. 01-30 909, lautend auf Frau Berta Heinzel, Frankfurt am Main, Richard-Wagner-Str. 11, für kraftlos erklärt worden.

Frankfurt (Main), 15. 9. 1958

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
— Der Vorstand —

3305

Aufforderung: Durch Beschluß vom 17. September 1958 sind die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: 1. Sparkassenbuch Nr. 26 123, Willi Dülfer und Ehefrau, Singlis; 2. Sparkassenbuch Nr. 29 709, Sieglinde Becker, Borken.

Borken (Bez. Kassel), 19. 9. 1958

Stadtparkasse Borken, Bez. Kassel
Der Vorstand

3306

Öffentliche Ausschreibung

Die Bauarbeiten zur Herstellung der Rheinbrücke Schierstein in Strom-km 504,4 sollen vergeben werden. Die Arbeiten umfassen die Erstellung der Widerlager, Strompfeiler, Zwischenpfeiler und Überbauten der rd. 1220 m langen mit zwei Stromöffnungen von rd. 170 m (linke Rheinseite) und 205 m (rechte Rheinseite) Spannweite.

Eine Auftragserteilung kann nur an Anbieter erfolgen, die nachweislich über ausreichende Erfahrungen verfügen und allein oder federführend in einer Arbeitsgemeinschaft seit 1945 gleichartige Brücken mit Spannweiten über 100 m und Gesamtlängen von über 300 m gebaut haben.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, wenden gebeten, dies dem Straßenneubauamt Rhein-Main in Wiesbaden, Gustav-Freytag-Str. 6, bis spätestens 3. Oktober 1958 mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für drei Ausfertigungen des Leistungsverzeichnisses und eine Ausfertigung der Planunterlagen in Höhe von DM 80,— ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Nr. 6830 Frankfurt/M. mit dem Kennwort „Rheinbrücke Schierstein“. Die Übersendung per Post erfolgt als portopflichtige Dienstsache.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 7. Oktober 1958 in der Zeit von 8 bis 12.30 Uhr, im Straßenneubauamt Rhein-Main, Wiesbaden, Gustav-Freytag-Str. 6, abgegeben. Eröffnungstermin: Freitag, den 19. Dezember 1958, 10 Uhr.

Wiesbaden, 20. 9. 1958

Straßenneubauamt Rhein-Main

3307

Bekanntmachung

Die Liquidatorin der Gewerkschaft „Carlsburg III“ i. L. in Hannover, Frau Erika Möller in Hannover, Badenstedter Straße 44, hat auf Grund der ihr durch einstimmigen Beschluß der Gewerkschaftsversammlung am 13. Februar 1958 erteilten Ermächtigung den freiwilligen Verzicht auf das der Gewerkschaft „Carlsburg III“ i. L. gehörige Eisenerzbergwerk „Carlsburg II“ bei Dodenau, Kreis Biedenkopf, eingetragen im Berggrundbuch des Amtsgerichts Battenberg, Band IV, Blatt 71, vor der Bergbehörde erklärt.

Unter Verweisung auf die §§ 158, 159, 161 des Allgemeinen Berggesetzes für das Land Hessen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1953 (GVBl. S. 61) wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wiesbaden, 11. 9. 1958

Hessisches Oberbergamt

Die im Staats-Anzeiger Nr. 34/1958 veröffentlichten

Verwaltungsvorschriften

zur Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (HBeihVO) vom 12. August 1958

sind als **Sonderdruck 34/58**

erschienen und zum Stückpreis von DM -,40 (bei Postversand zuzüglich Versandkosten DM -,10)

erhältlich in den Geschäftsstellen des

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

FRANKFURT (MAIN)

Münchener Straße 54

Telefon 331196 u. 331214

WIESBADEN

Herrnmühlgasse 11 A

Telefon 25861

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf WIESBADEN, Moritzstraße 36
Ruf: 2 32 36 und 2 08 70

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmieleorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Einsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 32 Seiten.